

AGNIESZKA ŁADA

**GEMEINSAME RICHTUNG
– VERSCHIEDENE
PERSPEKTIVEN.
DEUTSCHE UND
POLNISCHE ANSICHTEN
ZU DEN GEGENSEITIGEN,
EUROPÄISCHEN UND
GLOBALEN BEZIEHUNGEN**

DEUTSCH-POLNISCHES
BAROMETER 2019

Institut für Öffentliche Angelegenheiten EUROPA PROGRAMM

Gemeinsames Projekt des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen und der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Konzeptionelle Zusammenarbeit: Dr. Jacek Kucharczyk

Statistische Analyse: Dr. Dariusz Przybysz

Übersetzung aus dem Polnischen: Ulrich Räther

Sprachliche Redaktion: Thomas Behrens

Infografiken: Ewa Brejnakowska-Jończyk

Copyrights: Institut für Öffentliche Angelegenheiten 2019

ISBN: 978-83-7689-311-2

Herausgeber:

Stiftung Institut für Öffentliche Angelegenheiten

00-031 Warschau, ul. Szpitalna 5/22

Tel.: (+48 22) 55 64 260

E-Mail: isp@isp.org.pl, www.isp.org.pl

Lay-Out und Druck:

Ośrodek Wydawniczo-Poligraficzny „SIM”

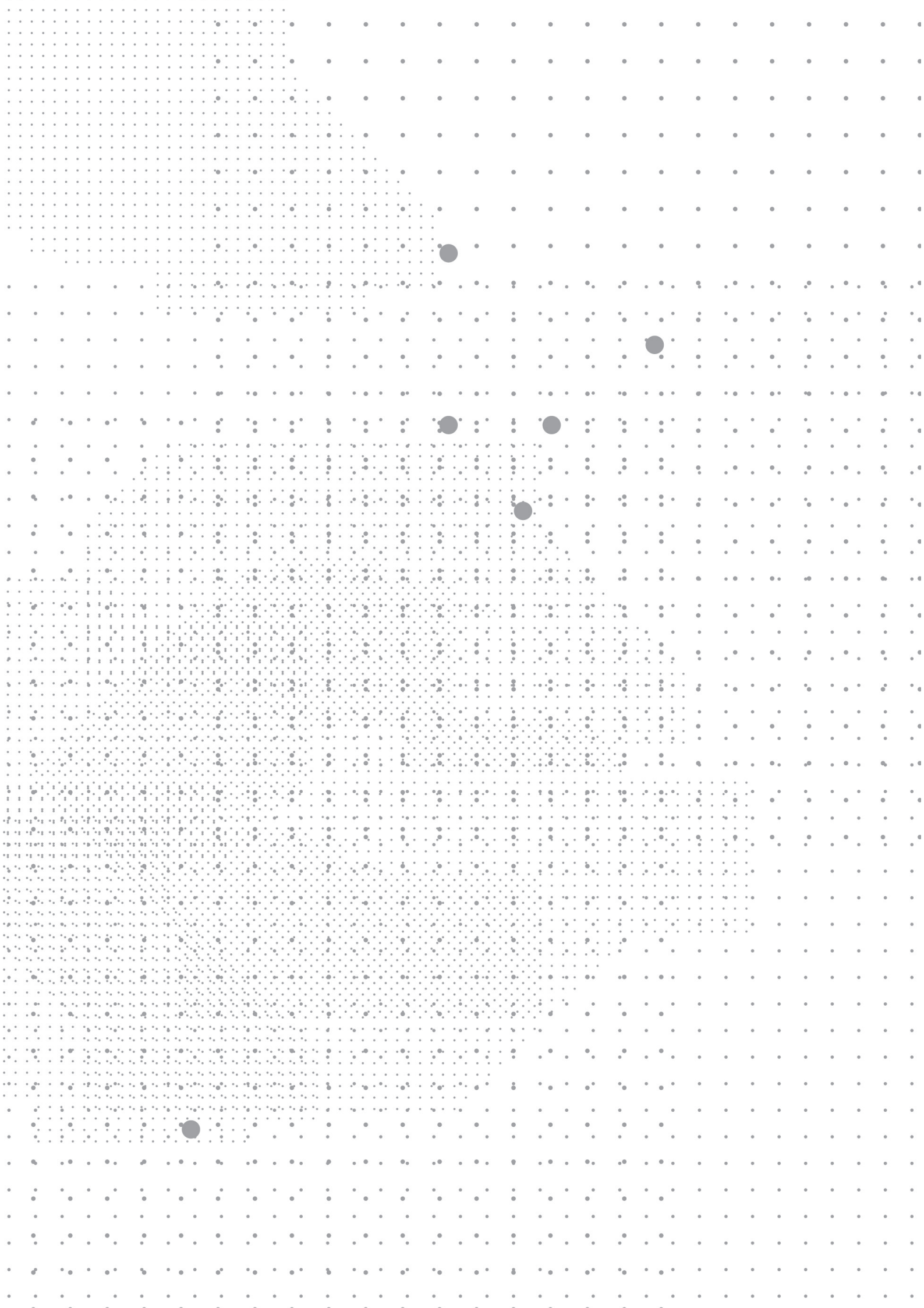
05-077 Warschau, ul. Orzechowa 2

Tel.: (+48 22) 629 80 38

www.owpsim.pl



Ergebnisse kompakt	5
Einleitung	7
Bewertung der gegenseitigen Beziehungen	9
Meinungen zum gegenwärtigen Zustand der bilateralen Beziehungen	9
Wünschenswerte Einstellung in den Beziehungen zum Nachbarland	16
Wahrnehmung des Einflusses des Zweiten Weltkrieges auf die gegenwärtigen Beziehungen	21
Wahrnehmung der Anerkennung des polnischen Leides	27
Meinungen zu den drei politischen Jubiläen im Jahr 2019	35
Die demokratische Wende 1989	35
Polens Beitritt zur NATO	39
Polens Beitritt zur Europäischen Union	43
Ähnlichkeiten und Unterschiede in der Einschätzung der Weltordnung	47
Meinungen zur Rolle der Großmächte	47
Einstellung zu international führenden Politikern	51
Kommentar und Handlungsempfehlungen	57
Mehr oder weniger überraschende Meinungen	57
Die gemeinsame Geschichte bleibt eine Herausforderung	59
In die gleiche Richtung, aber mit verschiedenen Perspektiven	60
Zusammenfassung	64
Zu der Autorin	65





- ▶ Deutsche und Polen bewerten den gegenwärtigen Zustand der bilateralen Beziehungen ihrer beiden Länder ähnlich: 59 Prozent der befragten Polen und 60 Prozent der Deutschen geben an, die Beziehungen seien gut, während 23 Prozent der Polen und 27 Prozent der Deutschen den Zustand als schlecht einschätzen. In den letzten Jahren unterlagen vor allem die Meinungen der Deutschen hierzu allerdings großen Schwankungen. So sank die Zahl der positiven Einschätzungen seitens der Polen seit dem letzten Jahr um fünf Prozent, während diese im selben Zeitraum auf Seiten der Deutschen um 29 Prozent deutlich anstieg.
- ▶ Sowohl die Deutschen als auch die Polen sprechen sich mehrheitlich für einen kooperativen Stil in der Zusammenarbeit mit dem Nachbarn aus. Dabei ist diesbezüglich erstmals ein höherer Wert auf deutscher Seite (61%) als auf polnischer (51%) zu verzeichnen. Etwa ein Drittel der Befragten in beiden Ländern befürwortet hingegen eine Politik der harten Verteidigung nationaler Interessen.
- ▶ Sowohl die Deutschen als auch die Polen nehmen nach wie vor einen Einfluss des Zweiten Weltkrieges auf die gegenseitigen Beziehungen wahr, doch die Zahl jener Befragten, die diesen Einfluss als stark bezeichnen, geht zurück. In Deutschland ist deren Anteil seit dem Jahr 2008 bis heute von 34 auf 22 Prozent gesunken, in Polen von 43 auf 32 Prozent. Hingegen gar keinen Einfluss der Kriegsgeschehnisse auf die gegenwärtigen Beziehungen sehen 19 Prozent der Deutschen sowie 14 Prozent der Polen.
- ▶ Fast die Hälfte der polnischen Befragten (46%) ist der Ansicht, dass das Leid und die Opfer, die Polen im Laufe seiner Geschichte auferlegt wurden, von der internationalen Öffentlichkeit nicht ausreichend anerkannt worden sind. Auf deutscher Seite sind im Verhältnis weniger als halb so viele Befragte (21%) dieser Meinung. Eine deutliche Mehrheit der Deutschen (62%) findet stattdessen, dass dieses Leid ausreichend Anerkennung gefunden hat.
- ▶ Geteilter Meinung sind die Polen darüber, ob der Beitrag ihres Landes zum Sturz des Kommunismus und zum demokratischen Wandel in Mittel- und Osteuropa von der internationalen Öffentlichkeit ausreichend anerkannt worden ist. Die größte Gruppe der Befragten (41%) vertritt die Ansicht, dass dies nicht der Fall ist, während 35 Prozent eine angemessene Anerkennung wahrnehmen.

- ▶ Die Deutschen ihrerseits tun sich schwer mit der Einschätzung des Beitrags Polens zum Sturz des Kommunismus und zum demokratischen Wandel in Mittel- und Osteuropa. Die größte Gruppe der deutschen Befragten (42%) erkennt einen polnischen Beitrag (13 Prozent sehen sogar einen starken Anteil Polens an der Entwicklung), doch ein gutes Drittel bewertet den Beitrag der Polen weder als groß noch als klein, und 10 Prozent der Befragten können einen solchen sogar nur wenig bis gar nicht erkennen.
- ▶ Mehr Polen (75%) als Deutsche (63%) sind überzeugt, dass der NATO-Beitritt Polens und anderer Länder der Region einen Zugewinn an Sicherheit in Europa mit sich gebracht hat. Ganz ähnlich sieht es bei der Frage nach den Auswirkungen des Beitritts Polens und anderer Länder der Region zur Europäischen Union aus: 76% Prozent der Polen sind der Auffassung, dies habe zu wirtschaftlicher Entwicklung und politischer Stabilität geführt, während auf deutscher Seite 64 Prozent der Befragten diese Ansicht teilen.
- ▶ Befragt zu internationalen Schlüsselakteuren ähneln sich die deutschen und die polnischen Einschätzungen bezüglich der Europäischen Union, Russland und China. Mit Blick auf die USA jedoch sind die Ansichten sehr verschieden. Einzelne Regierende wiederum werden im Vergleich wie folgt gesehen: 47 Prozent der Polen bewerten Donald Trump positiv, während lediglich 15 Prozent der Deutschen diese Einschätzung teilen. Am positivsten bewerten die Deutschen ihrerseits Emmanuel Macron (68%), gefolgt von der eigenen Regierungschefin Angela Merkel (61%). Die Polen beurteilen die deutsche Bundeskanzlerin (48%) besser als den französischen Präsidenten (39%). Wladimir Putin hingegen wird von lediglich 18 Prozent der Polen positiv bewertet, während auf Seiten der Deutschen 29 Prozent dieser Meinung sind.
- ▶ Ferner lässt sich abschließend festhalten, dass die Bewertungen auf polnischer Seite große Unterschiede aufweisen, und zwar je nachdem, ob die Befragten Wähler der Partei *Recht und Gerechtigkeit* (PiS) sind oder Anhänger der *Europäischen Koalition*.



Seit fast zwei Jahrzehnten wird im Rahmen des Deutsch-Polnischen Barometers untersucht, wie es um die Atmosphäre in den gegenseitigen Beziehungen bestellt ist und welche Auswirkungen konkrete Entwicklungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf die wechselseitige Wahrnehmung von Deutschen und Polen haben. Gerade die letzten Monate waren reich an Ereignissen und Diskussionen, die das Potential haben, Meinungsbilder zu verändern. Allerdings scheinen klassische deutsch-polnische Fragen etwas aus dem Blick zu geraten angesichts gegenwärtig auf internationaler Bühne stattfindender, wegweisender Prozesse wie etwa dem Brexit, der Frage nach der zukünftigen Ausgestaltung der transatlantischen Beziehungen oder der zunehmenden Konkurrenz zwischen Europa und neuen, aufstrebenden Großmächten. Darüber hinaus zieht sowohl in Deutschland als auch in Polen die innenpolitische Situation – nicht zuletzt aufgrund anstehender Wahlen – so viel Aufmerksamkeit auf sich, dass bilaterale Themen eher in den Hintergrund treten. Alle diese Faktoren beeinflussen die Antworten der Befragten und es gilt, dies bei der Analyse der Meinungsäußerungen zu berücksichtigen.

Wie in jeder Ausgabe des Barometers haben wir den Befragten auch diesmal die Frage nach ihrer persönlichen Einschätzung mit Blick auf den Zustand der Beziehungen zwischen beiden Ländern gestellt und zusätzlich gefragt, wie ihrer Meinung nach die Politik gegenüber dem Nachbarland gestaltet werden sollte. Derweil stehen im Jahr 2019 runde Jubiläen an, die an die dunkelsten Momente der deutsch-polnischen Geschichte erinnern lassen: den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939 und den Warschauer Aufstand 1944. Daher dürfen im diesjährigen Barometer Fragen zur Bedeutung dieser geschichtlichen Epoche für die gegenseitigen Beziehungen nicht fehlen. Doch auch positive Ereignisse jüngerer Datums – Meilensteine beim Aufbau partnerschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern – jähren sich in diesem Jahr und bilden ebenfalls runde Jubiläen: Vor dreißig Jahren wurde mit den ersten teilweise freien Wahlen zum Sejm und den freien Wahlen zum Senat am 4. Juni 1989 der Transformationsprozess in Ostmitteleuropa unumkehrbar eingeläutet. Dabei unterscheidet sich jedoch rückblickend die Wahrnehmung des Jahres 1989 in Polen und Deutschland zwangsläufig – und zwar aufgrund der jeweils national im Vordergrund stehenden, anders gelagerten Ereignisse dieser Monate. Zwar erinnern sich die Deutschen diesbezüglich fraglos primär an die eigene Wiedervereinigung und die Polen an den Sieg der Solidarność und die Wiedererlangung der Freiheit. Doch es bleibt zugleich auch nach wie vor eines der wichtigsten Anliegen der polnischen Gesellschaft, dass der grundlegende Beitrag Polens zum Sturz des Kommunismus von den westlichen

Nachbarn anerkannt wird. Außerdem jährt sich zum zwanzigsten Mal Polens Eintritt in das Nordatlantische Verteidigungsbündnis sowie zum fünfzehnten Mal der Beitritt zur Europäischen Union. In diesem Zusammenhang gehen wir der Frage nach, wie die Folgen dieser Ereignisse in beiden Gesellschaften beurteilt werden. Die beiden zuletzt genannten Jubiläen, aber auch aktuelle Diskussionen innerhalb der westlichen Bündnisse NATO und EU, nehmen wir schließlich zum Anlass, den Blick zu weiten und Meinungen zu globalen Themen abzufragen: zur Rolle der Europäischen Union, der Vereinigten Staaten, Chinas und Russlands in einer neuen Weltordnung sowie zur Beurteilung der gegenwärtigen regierenden Spitzenpolitiker dieser Mächte.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dieser Umfrage wurden in Form von Face-to-Face-Interviews in ihrer häuslichen Umgebung befragt. In Polen wurde eine repräsentative Gruppe von 1000 erwachsenen Einwohnern älter als 15 Jahre in der Zeit zwischen dem 8. und 13. März 2019 von KANTAR PUBLIC befragt; in Deutschland umfasste die repräsentative Stichprobe 1000 erwachsene Einwohner älter als 14 Jahre¹, die von IPSOS im Zeitraum zwischen dem 4. und 10. März 2019 befragt wurden.

1 In Polen werden Face-to-Face Untersuchungen unter Befragten im Alter von mindestens 15 Jahren, in Deutschland im Alter von mindestens 14 Jahren durchgeführt. Der Unterschied beeinflusst aber die Vergleichbarkeit der Studie nur in geringfügigem Ausmaß, da es sich um eine sehr kleine Zahl an Befragten handelt.



Meinungen zum gegenwärtigen Zustand der bilateralen Beziehungen

Die Beziehungen zwischen zwei Staaten umfassen viele verschiedene Sphären und Ebenen. Je nach Bereich können diese Beziehungen unterschiedlich sein, und dementsprechend variieren auch die Meinungen hierzu. Aktuell schätzen Deutsche und Polen den Zustand der Beziehungen ähnlich ein: 59 Prozent der befragten Polen und 60 Prozent der befragten Deutschen sehen die Beziehungen als gut an, während 23 Prozent der Polen und 27 Prozent der Deutschen diese eher schlecht beurteilen. Rückblickend betrachtet unterlagen die Meinungen zu dieser Frage im Laufe der vergangenen Jahre aber durchaus erheblichen Schwankungen, wobei die Diskrepanz zwischen den deutschen und den polnischen Einschätzungen nicht selten eine bedeutende war, so z.B. im Jahr 2000 mit 26, und im vergangenen Jahr sogar mit 33 Prozentpunkten. Auf polnischer Seite lagen die positiven Werte dabei stets deutlich über den negativen, wohingegen seitens der deutschen Befragten in den vergangenen Jahren die Negativbewertungen überwogen.

Deutsche und Polen schätzen den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen sehr ähnlich ein.

Seitens der polnischen Gesellschaft wurden die Beziehungen zum westlichen Nachbarn in der Zeit vor dem EU-Beitritt Polens besonders positiv wahrgenommen, insofern Deutschland damals als Anwalt Warschaus auftrat und das gemeinsame Ziel der Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union die schwierigen bilateralen Themen in den Schatten stellte. Nach dem Erreichen dieses Zieles machte sich in den Beziehungen ein gewisses Vakuum breit, das nicht sofort mit neuen gemeinsamen Projekten und Ideen gefüllt werden konnte, und so traten problematische historische und politische Themen, die lange Zeit auf Eis gelegen hatten, wieder in den Vordergrund. In Polen kam die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) der Brüder Kaczyński an die Macht, die mit großer Skepsis an das Thema der deutsch-polnischen Beziehungen heranging. Die Beziehungen auf Regierungsebene verschlechterten sich zusehends, was in beiden Gesellschaften deutlich wahrgenommen wurde. Und obwohl diese Regierung nach zwei Jahren am Ende war und die weltoffeneren „Bürgerplattform“ (PO) die Regierung übernahm, verbesserte sich die Wahrnehmung mit Blick auf die Beziehungen keineswegs sofort. Dies liegt darin begründet, dass sich Effekte eines veränderten Regierungshandelns regelmäßig erst mit gewisser Zeit einstellen, und weil negative Eindrücke im kollektiven Gedächtnis zudem lange fortwirken. Doch auch die Diskussionen um den Bau der Nord-Stream-Pipeline oder manche unverarbeitete historische

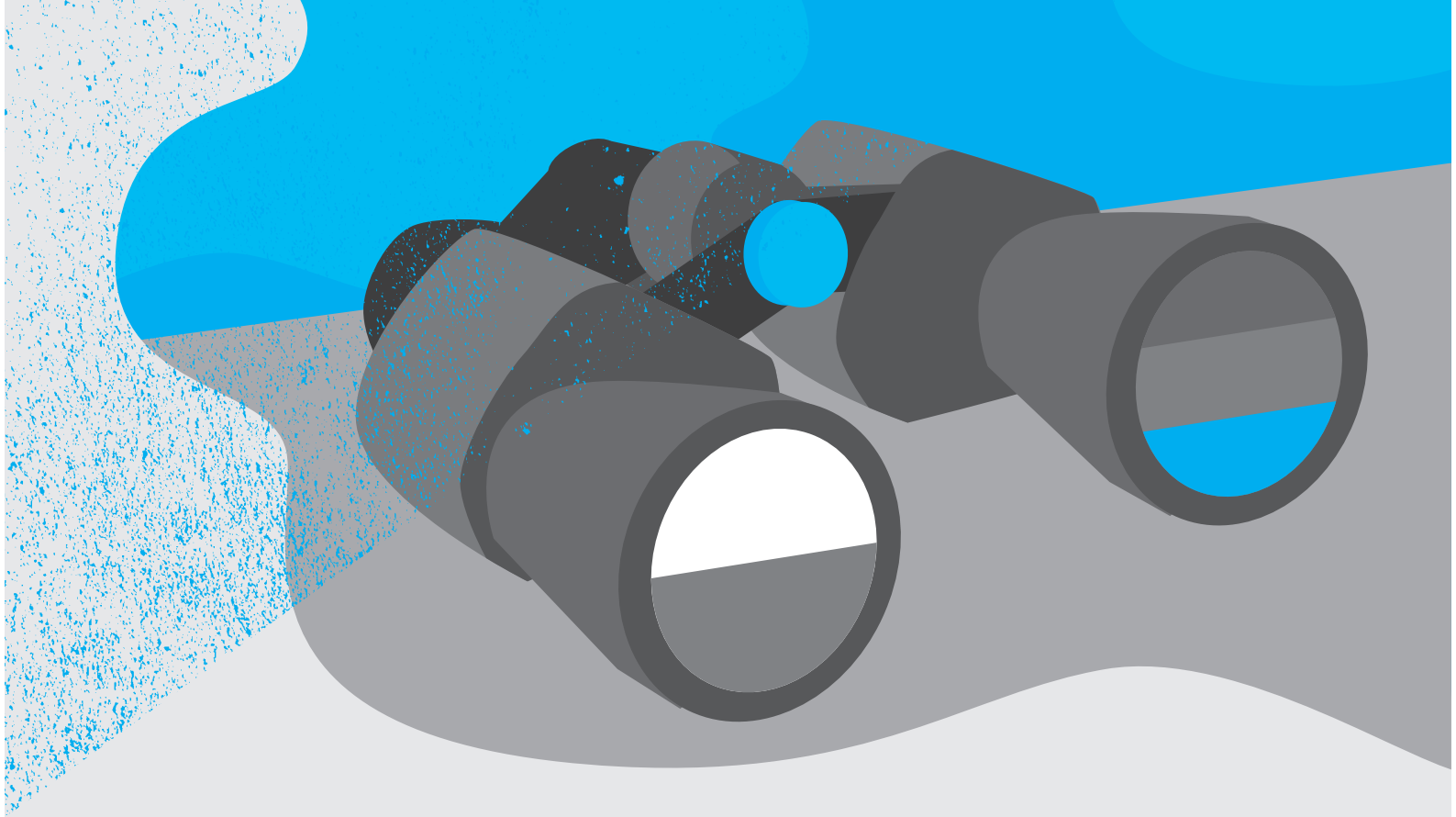
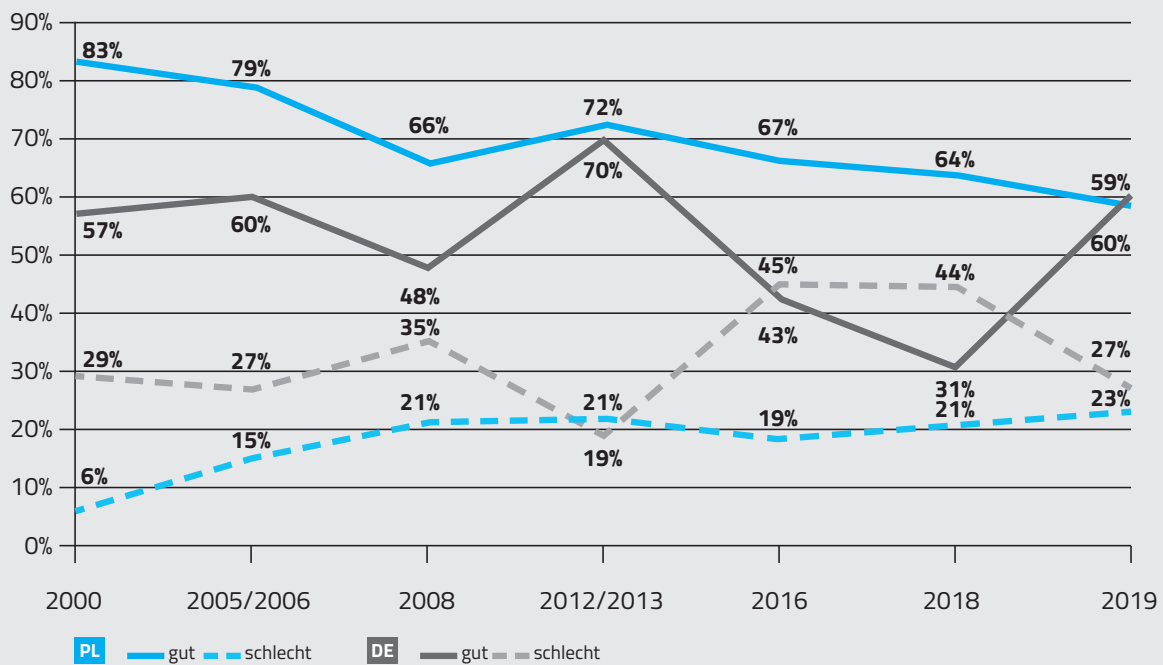


Abbildung 1.

Bewertung des Zustandes der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland.

Antworten von Polen und Deutschen seit dem Jahr 2000.



Quelle: 2000-2008: ISP, KAS
 2013 und 2016: ISP, Bertelsmann Stiftung, KAS
 2018: ISP, Körber-Stiftung, KAS
 2019: ISP, SdpZ, KAS

Bürden, wie etwa die Vertreibungsproblematik, wirkten weiterhin trennend, auch wenn die Wellen der Emotionen nicht mehr so hoch schlugen. Erst mit dem Jahr 2010 gab dann wieder eine deutliche Mehrheit der Polen an, dass die Beziehungen gut seien. Und bezeichnenderweise unterliegen inzwischen seit Jahren nur die mittleren Bewertungen gewissen Schwankungen, wohingegen der Anteil der Einschätzungen als „sehr gut“ und „sehr schlecht“ über die Jahre stets in etwa gleich stark ausgeprägt war bzw. ist.

Auf polnischer Seite ist die Gesamtverteilung der Meinungen zum Zustand der Beziehungen seit dem Jahr 2015 nahezu stabil, abgesehen vom letztjährigen Rückgang der positiven Bewertungen um fünf Prozentpunkte. Gleichzeitig gab es bei den negativen Bewertungen einen geringen (im Rahmen der Fehlertoleranz liegenden) Anstieg um zwei Prozentpunkte und auf Seiten der Unentschiedenen einen Anstieg um drei Prozentpunkte. Dies ist für sich genommen weder dramatisch noch entscheidend, verweist aber auf eine wachsende Verunsicherung, die nicht verwundern kann angesichts völlig divergierender Berichte und Meinungen in den Medien. Dabei unterscheidet sich die Berichterstattung nicht nur entlang der Linie regierungsfreundlich/ oppositionell, sondern ist schon allein im Regierungslager sehr heterogen. Einerseits ist zu vernehmen, Deutschland sei Polens wichtigster Partner und die Zusammenarbeit – zumal die wirtschaftliche – gedeihe prächtig, andererseits lassen sich nur wenig später die schärfsten Vorwürfe gegen den Nachbarn verzeichnen bei Themen wie dem historischen Gedenken, der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene oder dem Verhalten deutscher Investoren in Polen. Diese Rhetorik überlagert die eigenen Erfahrungen vieler Polen, die in Deutschland gearbeitet haben oder dort in Kontakt stehen mit Verwandten/Bekanntem, oder die an einem der unzähligen deutsch-polnischen Projekte teilnehmen oder einfach geschäftliche Kontakte nach Deutschland haben. Solche zumeist positiven Erfahrungen erlauben eine eigene Bewertung

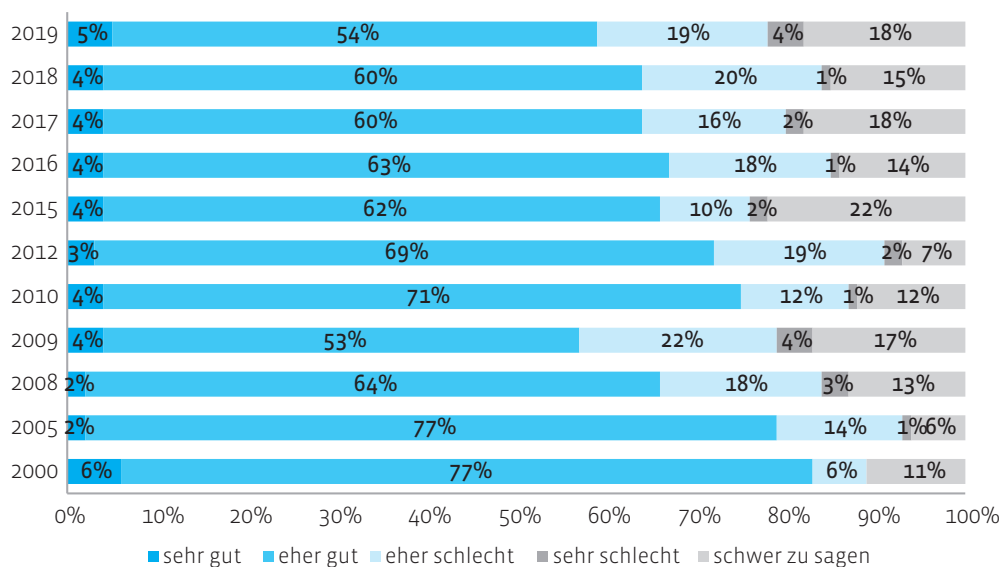


Abbildung 2.
Bewertung des Zustandes der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland. Antworten der Polen seit dem Jahr 2000.

Quelle: 2000-2012, 2015 und 2017: ISP, KAS; 2016: ISP, Bertelsmann Stiftung, KAS; 2018: ISP, Körber-Stiftung, KAS; 2019: ISP, SdpZ, KAS.

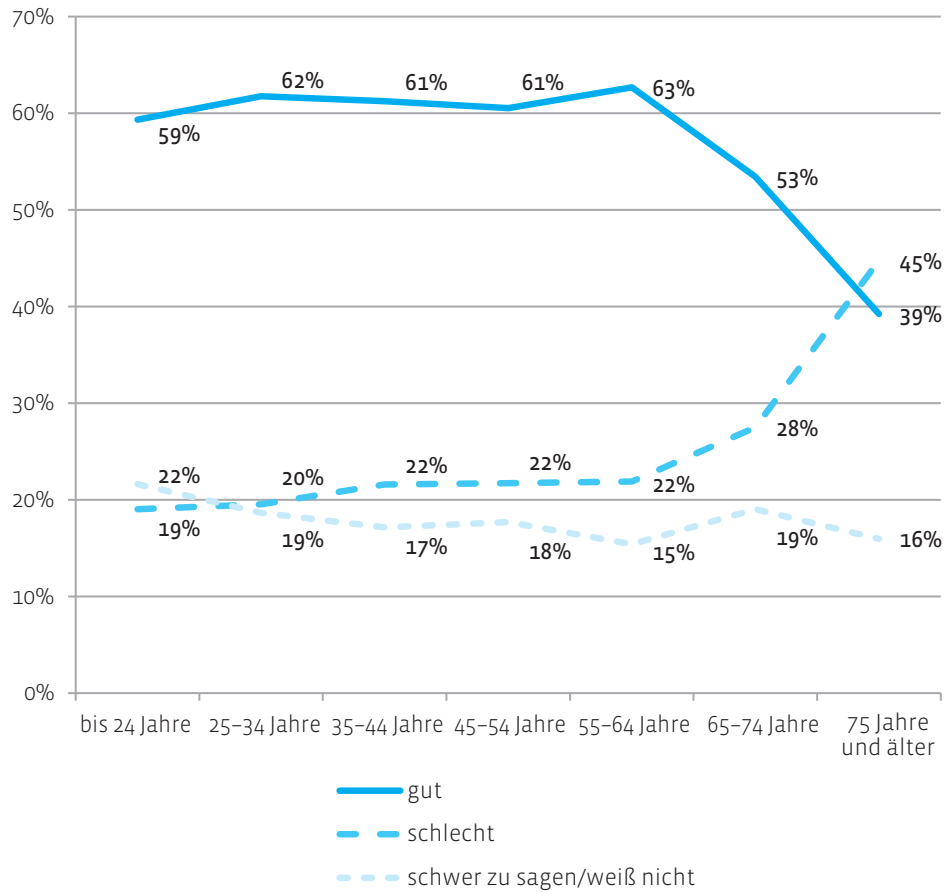
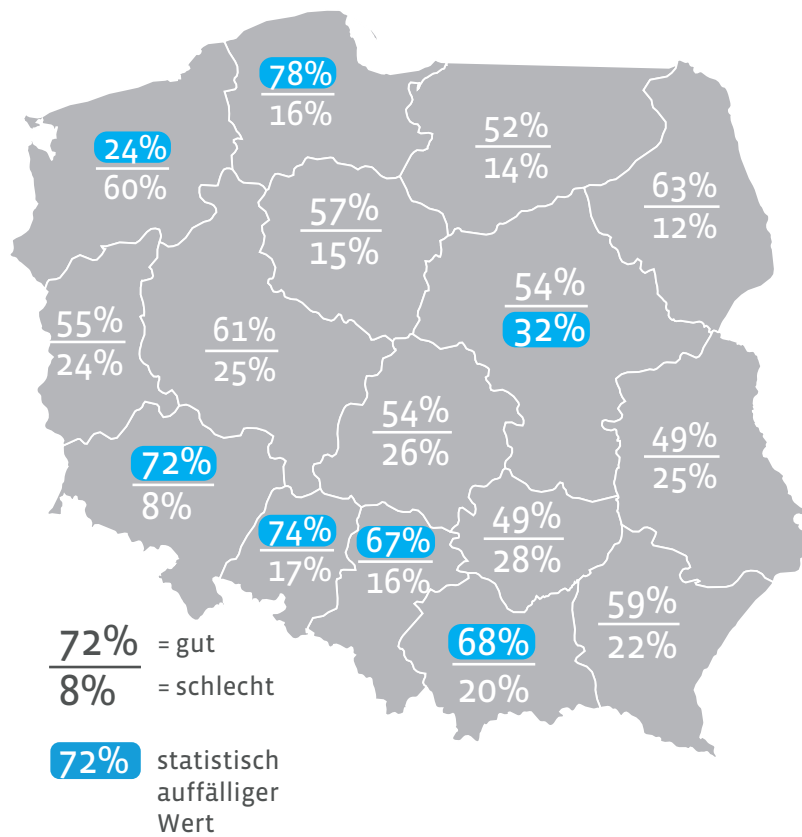


Abbildung 3.
Bewertung des Zustandes
der Beziehungen zwischen
Polen und Deutschland.
Antworten der Polen im
Jahr 2019 nach Alter.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ,
KAS.



Karte 1:
Einschätzung des
Zustandes der
Beziehungen zwischen
Polen und Deutschland
nach Regionen. Antworten
der Polen.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ,
KAS.

der Beziehungen und verdeutlichen deren Vielschichtigkeit, sobald man die Sphäre der hohen Politik verlässt. Die vorliegend im Rahmen der Studie gestellte Frage zielt allerdings auf den Bereich der Politik ab und betrifft somit eher die Staaten und weniger die Gesellschaften, was dazu führt, dass sich ein Teil der Befragten angesichts der vielen Faktoren, die diesbezüglich zu berücksichtigen sind, nicht imstande sieht, die Beziehungen zu beurteilen.

Die vergleichsweise schlechtesten Bewertungen mit Blick auf die deutsch-polnischen Beziehungen unter den polnischen Befragten gibt die Gruppe der über 75-Jährigen ab (45% negative Antworten). Die anderen Altersgruppen hingegen unterscheiden sich bezüglich dieser Frage nicht erheblich voneinander.

Bei der Aufschlüsselung nach Regionen finden sich die positivsten Bewertungen in den Wojewodschaften Pommern (78%), Oppeln (74%) und Niederschlesien (72%), d.h. folglich in Regionen, die traditionell eng mit Deutschland verbunden sind. Gleichzeitig allerdings bewerten 60 Prozent der Bewohner der Region Westpommern, die ebenfalls starke Verbindungen mit Deutschland aufweist, die Beziehungen besonders negativ.

Zwischen den Wählern der Regierungspartei und jenen des oppositionellen Parteienbündnisses sind in der Einschätzung der deutsch-polnischen Beziehungen keine erheblichen statistischen Unterschiede erkennbar. Dies zeigt, dass deutsch-polnische Themen die Gesellschaft keineswegs so stark polarisieren, wie es in öffentlichen Debatten gelegentlich den Anschein hat. Parteifunktionäre sowie Experten und Journalisten, die mit einem der beiden politischen Lager sympathisieren, sind in ihren Meinungen oft radikaler als die Wähler bzw. Rezipienten. Die Anhänger der erst kürzlich gegründeten Partei „Frühling“ (Wiosna) hingegen schätzen die Beziehungen deutlich positiver ein als Wähler anderer Parteien.

	gut	schlecht	schwer zu sagen/weiß nicht
Insgesamt	59%	23%	18%
Recht und Gerechtigkeit	61%	28%	11%
Europäische Koalition	66%	23%	11%
Kukiz-Bewegung	62%	16%	22%
Partei Frühling	87%	13%	0%

Tabelle 1:
Bewertung des Zustandes
der Beziehungen zwischen
Polen und Deutschland.
Antworten der Polen
im Jahr 2019 nach
Parteipräferenzen.*

Quelle: 2019: ISP, SdpZ,
KAS.

* In dieser Tabelle sind nur Befragte berücksichtigt, die sich als Anhänger einer der Parteien oder Wahlbündnisse zu erkennen gegeben haben, die laut Umfragen die Sperrklausel überwinden werden. Anhänger anderer Parteien oder Nichtwähler sind nicht berücksichtigt. Deshalb stellen die unter „Insgesamt“ angegebenen Anteile nicht den Durchschnitt der in dieser Tabelle genannten Antwortwerte dar.

Wie die regelmäßig vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten und der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführten Studien der Reihe Deutsch-Polnisches Barometer belegen, haben Deutsche in der Regel weniger

Kenntnisse und Informationen über Polen, haben weniger persönliche Erfahrungen und kommen seltener in die Situation, Beurteilungen über dieses Land abzugeben. Polnische Medien berichten täglich zu ganz verschiedenen Themen mit Deutschlandbezug, ob über Politik, Wirtschaft, Gesellschaft oder auch „Vermischtes“, und dies häufig mit Blick auf den polnischen Kontext. In Deutschland hingegen taucht das Thema Polen in den Medien vor allem in negativen Zusammenhängen auf, und oftmals wird dabei über randständige Phänomene berichtet, vor allem aus dem Bereich der Politik. Darüber hinaus stellen sich über inzwischen durchaus häufige Kontakte zu in Deutschland lebenden Polen kaum verbesserte Kenntnissen über Polen als Land ein und vermehrte Berührungspunkte mit den polnischen Nachbarn führen auch nicht zu einem schärferen Bewusstsein für die Komplexität der deutsch-polnischen Beziehungen. Dies bedeutet, dass die Einschätzungen, die die meisten Deutschen mit Blick auf Polen vornehmen, lediglich auf geringem Wissen basieren, ergänzt um aktuelle Presseinhalte, die aber wohl eher flüchtig zur Kenntnis genommen werden. Zudem wurde über Polen bzw. die deutsch-polnischen Beziehungen in den vergangenen Monaten in deutschen Medien nicht allzu viel berichtet, anders als in den Jahren 2015 und 2016, als die PiS gerade an die Macht gekommen war, oder im Jahr 2017, als lautstark die Erosion des Rechtsstaates beim östlichen Nachbarn beklagt wurde und sich die politischen Beziehungen merklich verschlechterten. Einerseits passierte in den letzten Monaten im bilateralen Bereich kaum Neues, andererseits drängten andere Themen wie der Brexit und die Politik von US-Präsident Donald Trump medial vieles in den Hintergrund. Auch Themen der deutschen Innenpolitik wie eine mögliche Regierungsumbildung oder Führungswechsel in den Parteien vermögen deutsche Zuschauer bzw. Leser mehr zu fesseln als die Situation in Polen und in den deutsch-polnischen Beziehungen. Im Ergebnis ist daher festzustellen, dass sich der deutsche Normalbürger eher wenig mit dem Zustand des bilateralen Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen befasst. Stattdessen könnte er – zumal vor dem Hintergrund noch größerer Probleme im Kontext mit anderen Ländern – zur Ansicht gelangen, dass die Beziehungen zwischen Berlin und Warschau nicht zum Schlechtesten stehen.

Eben diese Faktoren könnten ein Grund sein für die bedeutenden Veränderungen, die sich im Meinungsbild der deutschen Befragten zum Thema der gegenwärtigen Beziehungen zeigen. Denn die diesbezüglich positiven Einschätzungen sind von 31 auf 60 Prozent gestiegen, während die Negativbewertungen von 44 auf 27 Prozent gefallen sind.

In Deutschland bewerten die Jüngeren unter den Befragten die deutsch-polnischen Beziehungen besonders positiv; am positivsten äußert sich die Gruppe der 25-34-Jährigen.

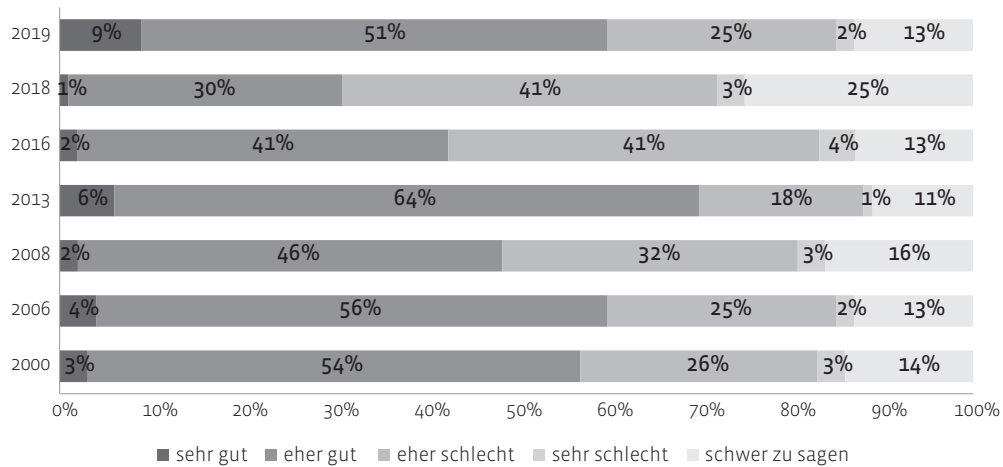


Abbildung 4. Bewertung des Zustandes der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland. Antworten der Deutschen seit dem Jahr 2000.

Quelle: 2000-2008: ISP, KAS; 2013 und 2016: ISP, Bertelsmann Stiftung, KAS; 2018: ISP, Körber-Stiftung, KAS; 2019: ISP, SdpZ, KAS.

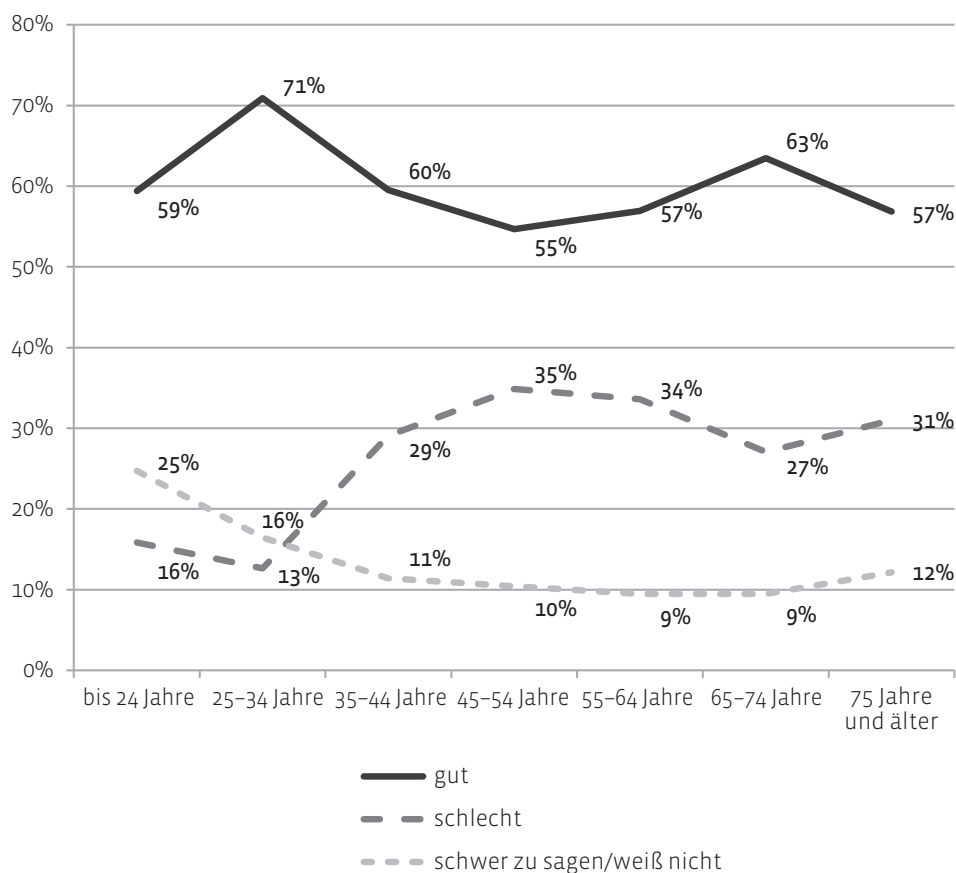
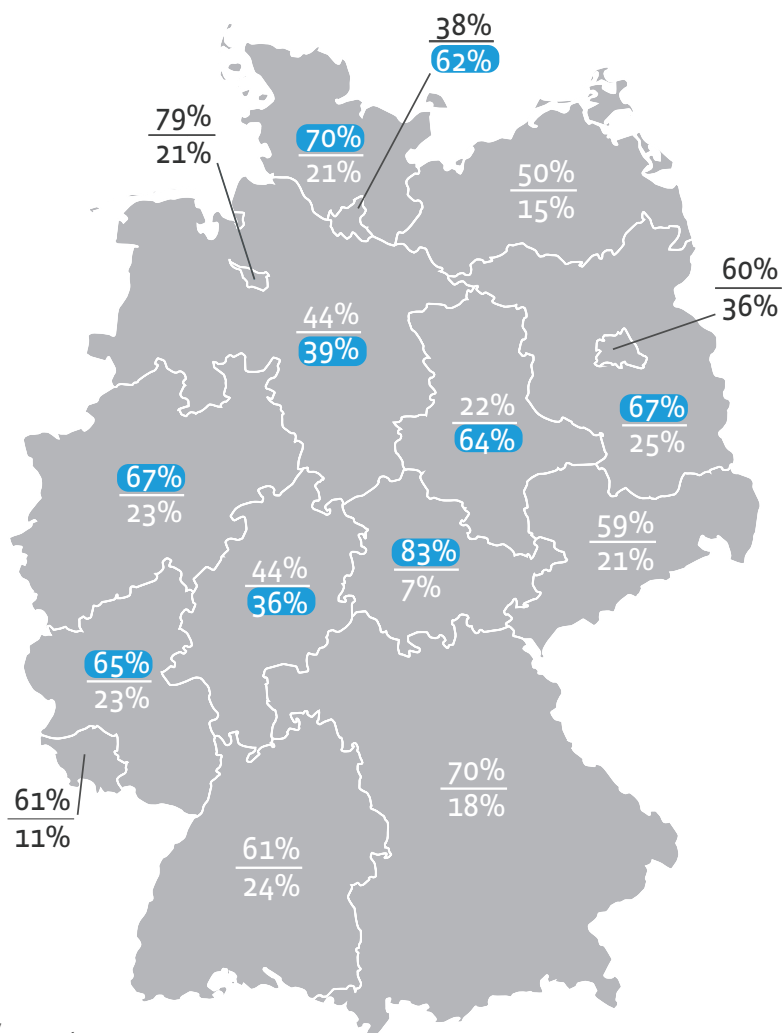


Abbildung 5. Bewertung des Zustandes der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland. Antworten der Deutschen im Jahr 2019 nach Alter.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ, KAS.

Während die Einteilung in ost- und westdeutsche Befragte keine nennenswerten statistischen Unterschiede zu Tage fördert, lohnt sich ein Blick auf die Bewertungen der Beziehungen nach Bundesländern. Die meisten positiven Einschätzungen finden sich in Thüringen (83%), gefolgt von Schleswig-Holstein (70%), d.h. in Ländern, die weder eine Grenze zu Polen haben noch ähnlich starke traditionelle Bindungen ins Nachbarland wie etwa Brandenburg und Nordrhein-Westfalen (beide 67%); Brandenburg ist das

Bundesland mit der längsten Grenze zu Polen, Nordrhein-Westfalen wiederum verzeichnet eine große Zahl polnisch-stämmiger Einwohner. Demgegenüber kommen die schlechtesten Bewertungen aus Sachsen-Anhalt (64%) und Hamburg (62%).



Karte 2:
Einschätzung des
Zustandes der
Beziehungen zwischen
Polen und Deutschland
nach Regionen. Antworten
der Deutschen.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ,
KAS.

72% = gut
8% = schlecht

72% statistisch
auffälliger
Wert

Wünschenswerte Einstellung in den Beziehungen zum Nachbarland

Geografische Nähe, intensive wirtschaftliche Verbindungen sowie die gemeinsame Zugehörigkeit zur Europäischen Union erfordern eine enge Zusammenarbeit auf zahlreichen Gebieten. Dabei richten Deutschland und Polen, wie jeder andere Staat, ihre Beziehungen entlang der eigenen Interessen

aus. Die schwierige gemeinsame Geschichte bringt es jedoch mit sich, dass der Umgangsstil eine bedeutende Rolle spielt. Daher ist eine grundlegende Frage in diesen gegenseitigen Beziehungen, ob man der Kooperation einen gewissen Eigenwert beimisst oder ob man nach dem Prinzip der unbedingten Gewinnmaximierung seine eigenen Interessen hart durchzusetzen bestrebt ist.

Rückblickend lassen die Antworten deutscher und polnischer Befragter zu diesem Thema über die Jahre einige Tendenzen erkennen. Primär überwiegt in beiden Ländern unter den Befragten die Ansicht, konstruktive Zusammenarbeit sei besser als Konfrontation. Des Weiteren lässt sich feststellen, dass die Polen im Vorjahr eher zum Kooperationsmodell tendierten als die Deutschen, und zwar im Jahr 2018 um zehn Prozentpunkte stärker. Im Folgejahr 2019 hat sich dieser Trend aber inzwischen umgekehrt. Nun sprechen sich die deutschen Befragten um zehn Prozentpunkte stärker für den kooperativen Ansatz aus als die polnischen Befragten.

Doch nach wie vor ist die Mehrheit der Polen der Ansicht, dass sich Polen in den Beziehungen mit dem Nachbarn vom Gedanken der Kompromissbereitschaft leiten lassen sollte. Dieser Wert ist im Laufe des letzten Jahres immerhin um 11 Prozentpunkte gesunken, und man kommt schwer umhin, dies in einen Zusammenhang mit der Rhetorik der gegenwärtigen Regierung zu bringen, die häufig konfrontative Parolen gegen Deutschland bemüht und sich für die Verteidigung polnischer Interessen ausspricht. Immerhin ist der Anteil der Befragten, die sich explizit für ein hartes Vorgehen zur Wahrung der eigenen Interessen aussprechen, nur gering – innerhalb der statistischen Fehlertoleranz liegend – angestiegen; entsprechend gestiegen ist der Wert der unentschiedenen Antworten um sieben Prozentpunkte. Es zeigt sich somit, dass in diesem Fall ein Teil der Polen schwankt zwischen der Position, wie sie von Regierungsseite aus vertreten wird, und der eigenen bisherigen Einschätzung, wonach eine kooperative Zusammenarbeit mit dem Nachbarn wünschenswert ist.

Auf deutscher Seite ist das umgekehrte Phänomen zu beobachten. Hier ist zwar – ähnlich wie auf polnischer Seite – der Anteil derer gestiegen, die sich für eine entschiedene Verteidigung der eigenen Interessen aussprechen (ein Anstieg um vier Prozentpunkte). Doch gleichzeitig ist auch die Gruppe der Befürworter von Kooperation und Kompromissbereitschaft um deutliche zehn Prozentpunkte angewachsen.

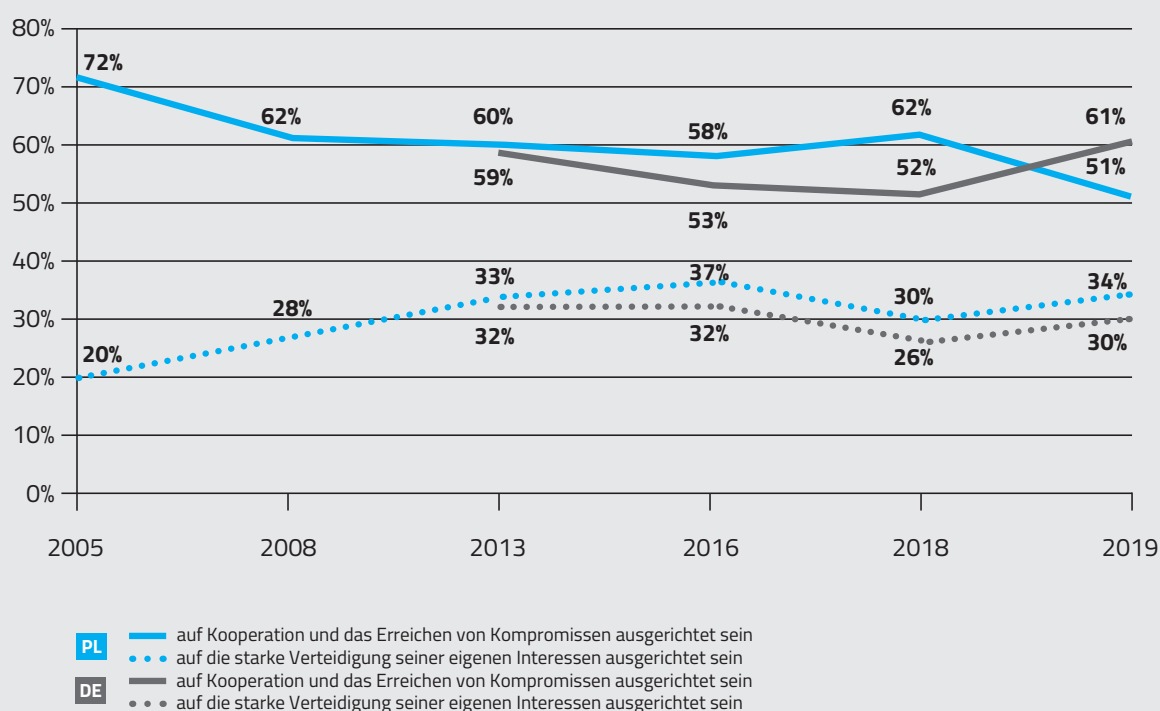
Dies könnte einerseits Ausdruck einer gewissen Nachdenklichkeit sein, in dem Sinne, dass angesichts des Brexit und der Politik von US-Präsident Trump wieder verstärkt der Schulterschluss mit anderen Partnern innerhalb der Europäischen Union gesucht werden sollte. Andererseits korrelieren die Werte durchaus mit der relativ guten Bewertung der Beziehungen zu Polen. Und die Antworten sollten zudem auch vor dem Hintergrund des

Sowohl die Deutschen als auch die Polen befürworten mehrheitlich eine gute Zusammenarbeit in den gegenseitigen Beziehungen. Zum ersten Mal sprechen sich mehr Deutsche als Polen dafür aus.

Abbildung 6.

Meinungen zur wünschenswerten Einstellung in den Beziehungen zum Nachbarland.

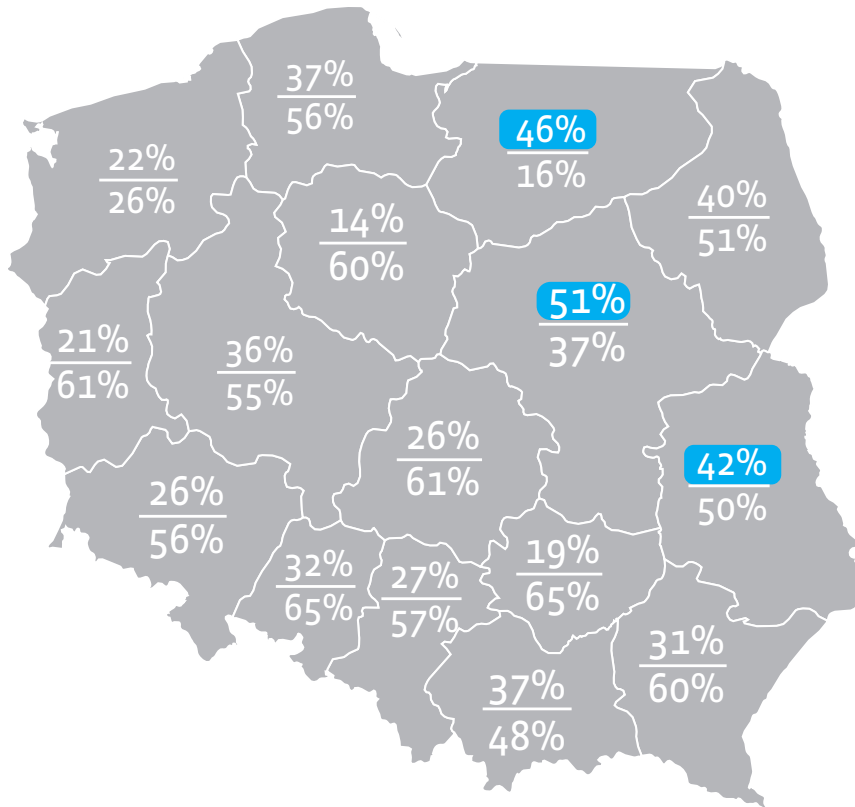
Antworten von Polen und Deutschen seit dem Jahr 2005.



Quelle: 2005 und 2008: ISP, KAS
2013 und 2016: ISP, Bertelsmann Stiftung, KAS
2018: ISP, Körber-Stiftung, KAS
2019: ISP, SdpZ, KAS

relativ geringen Interesses an Polen sowie der geringen gesellschaftlichen Polarisierung entlang des Themas der Beziehungen zum östlichen Nachbarn gesehen werden. Vermuten lässt sich im Umkehrschluss aber ebenfalls, dass die Meinungen der Polen zu diesen und zu anderen Themen der vorliegenden Studie das Ergebnis einer im Vergleich mit den Deutschen tiefer reichenden Reflexion über die deutsch-polnischen Beziehungen sind.

Auf polnischer Seite sind anhand der Meinungen zu dieser Frage deutliche regionale Unterschiede zu verzeichnen. So gibt es unter den Einwohnern der Wojewodschaften Mazowien (51%), Ermland-Masuren (46%) und Lublin (42%) wesentlich mehr Befürworter einer starken Verteidigung der eigenen Interessen als in Niederschlesien, Kujawien-Pommern, Lebus, Lodsch, Schlesien, Heiligkreuz oder Westpommern (alle unter 30%).



72% = Auf die starke Verteidigung seiner eigenen Interessen ausgerichtet sein
8% = Auf Kooperation und das Erreichen von Kompromissen ausgerichtet sein

72% statistisch auffälliger Wert

Karte 3: Meinungen zur wünschenswerten Einstellung in den Beziehungen zum Nachbarland. Antworten der Polen im Jahr 2019 je nach Wohnort.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ, KAS.

Eher den Erwartungen entsprechend erweisen sich die unterschiedlichen Antworten auf diese Frage entlang der Parteipräferenzen. Personen, die in ihrer politischen Einstellung den Parteien Recht und Gerechtigkeit (PiS) oder Kukiz'15 zuneigen, betonen häufiger (50% bzw. 62%) die Priorität der Verteidigung der eigenen Interessen, als dies die Anhänger der Europäischen Koalition (Wahlbündnis liberaler und linker Parteien) tun (26%). Zwei Drittel dieser Anhänger (65%) bevorzugen explizit einen kooperativen und kompromissbereiten Umgangsstil.

Tabelle 2:
Meinungen zur
wünschenswerten
Einstellung in den
Beziehungen zum
Nachbarland. Antworten
der Polen im Jahr 2019
nach Parteipräferenzen.*

Quelle: 2019: ISP, SdpZ,
KAS.

	auf die starke Verteidigung der eigenen Interessen ausgerichtet sein	auf Kooperation und das Erreichen von Kompromissen ausgerichtet seine	schwer zu sagen/weiß nicht
Insgesamt	34%	51%	15%
Recht und Gerechtigkeit	50%	43%	7%
Europäische Koalition	26%	65%	9%
Kukiz-Bewegung	62%	28%	10%
Partei Frühling	32%	60%	8%

* In dieser Tabelle sind nur Befragte berücksichtigt, die sich als Anhänger einer der Parteien oder Wahlbündnisse zu erkennen gegeben haben, die laut Umfragen die Sperrklausel überwinden werden. Anhänger anderer Parteien oder Nichtwähler sind nicht berücksichtigt. Deshalb stellen die unter „Insgesamt“ angegebenen Anteile nicht den Durchschnitt der in dieser Tabelle genannten Antwortwerte dar.

Auf deutscher Seite stechen besonders die Antworten der jüngsten Befragten heraus, von denen ein Viertel zu dieser Frage keine Meinung hat. Regional fällt vor allem der Wert in Nordrhein-Westfalen auf, wo sich mehr Befragte (77%) als in jedem anderen Bundesland für das Modell der konstruktiven Zusammenarbeit aussprechen.

Gleichzeitig lässt sich eine Wechselbeziehung zwischen den Antworten auf die Frage zum Zustand der Beziehungen und jener nach der Verteidigung der eigenen Interessen erkennen: 62 Prozent der befragten Polen, die die Beziehungen als gut bewerten, sind für eine konstruktive Zusammenarbeit. Dagegen sind nur etwa halb so viele Befragte (32%) dafür, vor allem für die eigenen Interessen zu kämpfen. Auf deutscher Seite fällt diese Korrelation mit Werten von 69 gegenüber 28 Prozent noch etwas deutlicher aus.

Der umgekehrte Zusammenhang der Antworten auf diese beiden Fragen ist noch deutlicher zu erkennen: 72 Prozent der polnischen und 70 Prozent der deutschen Befragten, die für ein kooperatives Miteinander optierten, beurteilten den gegenwärtigen Zustand der Beziehungen als gut.

Wahrnehmung des Einflusses des Zweiten Weltkrieges auf die gegenwärtigen Beziehungen



Die Meinungen und Einstellungen zu den Beziehungen zwischen Deutschen und Polen werden nach wie vor durch die schwierige gemeinsame Geschichte, vor allem den Zeitraum des Zweiten Weltkrieges, beeinflusst. Dieser Umstand ist und bleibt unbestreitbar und wird in beiden Gesellschaften von einer deutlichen Mehrheit so wahrgenommen, wobei diese Mehrheit auf polnischer Seite über die Jahre immer etwas stärker ausfiel

Der Anteil der Polen und der Deutschen, die den Einfluss des Zweiten Weltkrieges auf die gegenseitigen Beziehungen als stark wahrnehmen, sinkt.

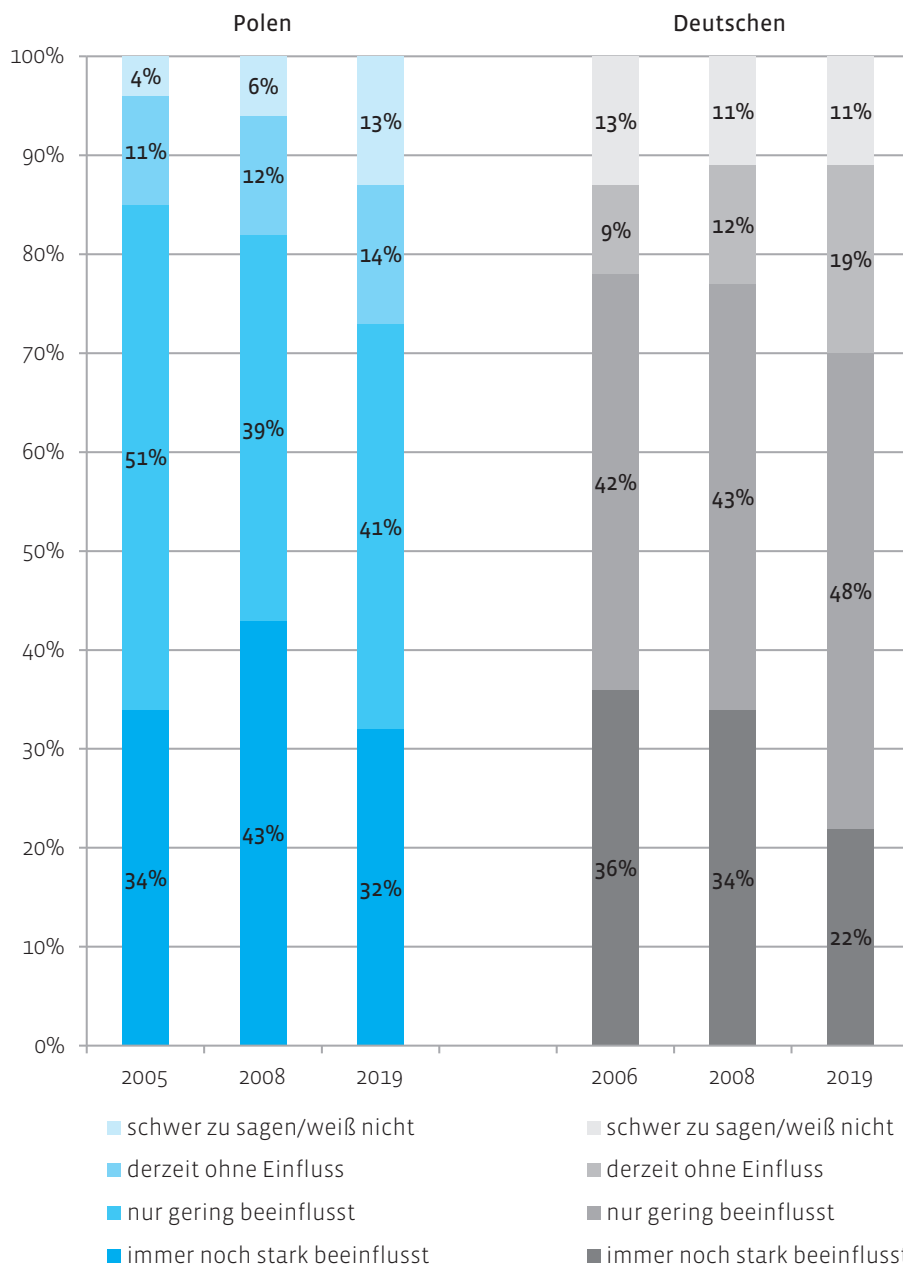


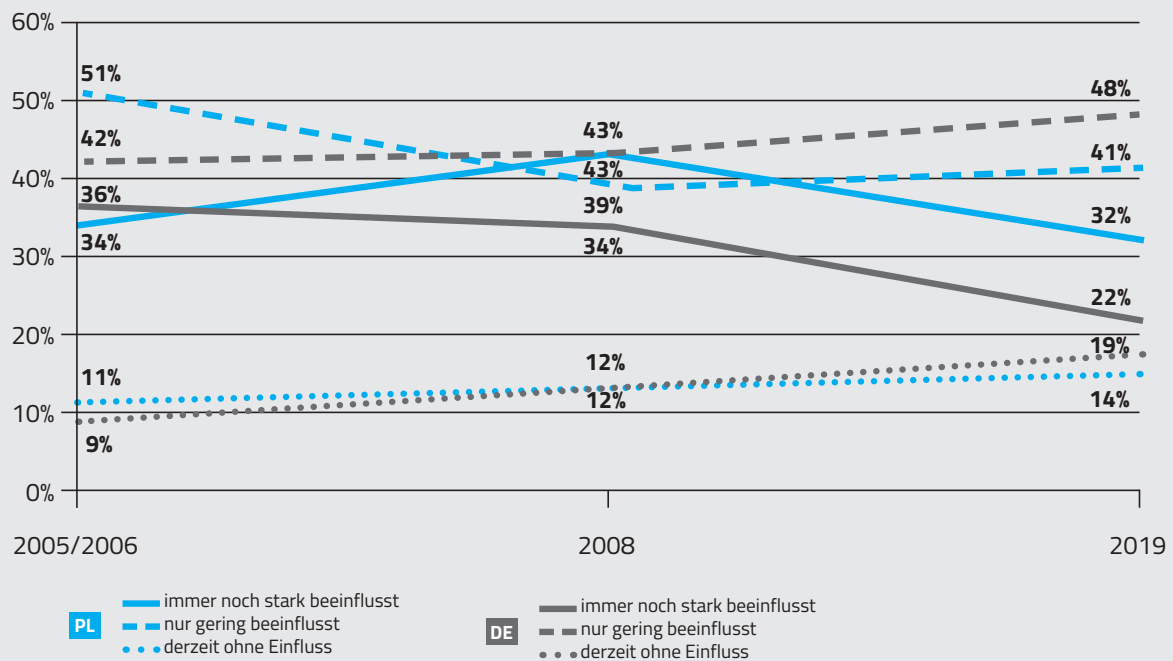
Abbildung 7. Bewertung der Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges auf die gegenseitigen Beziehungen. Antworten von Polen und Deutschen seit dem Jahr 2005/2006.

Quelle: 2000-2008: ISP, KAS; 2019: ISP, SdpZ, KAS.

Abbildung 8.

Bewertung der Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges auf die gegenseitigen Beziehungen.

Antworten von Polen und Deutschen seit dem Jahr 2005/2006.



Quelle: 2000-2008: ISP, KAS
2019: ISP, SdpZ, KAS

als in Deutschland. Im Jahr 2005 (in Polen) bzw. 2006 (in Deutschland) lag das Verhältnis bei 85 zu 78 Prozent, 2008 bei 82 zu 77 Prozent. Gegenwärtig geben 73 Prozent der Polen und 70 Prozent der Deutschen an, die Bürden der Geschichte für die gegenseitigen Beziehungen sehr wohl wahrzunehmen. Doch, wie zu erkennen ist, sinken die Werte auf beiden Seiten stetig und haben sich mittlerweile fast angeglichen.

Auf deutscher Seite stieg der Anteil derer, die gar keinen Einfluss der Geschichte auf die Beziehungen wahrnehmen, zwischen 2006 und 2019 um zehn Prozentpunkte (von 9% auf 19%), wohingegen dieser Wert auf polnischer Seite stabil blieb (11% bzw. 14%).

Der Anteil derjenigen Befragten, die einen starken Einfluss der Kriegereignisse ausmachen, ist für gewöhnlich niedriger als der Anteil derer, die lediglich einen geringen Einfluss wahrnehmen; mit Ausnahme der polnischen Umfragewerte im Jahr 2008. In Deutschland ist der Wert für einen geringen Einfluss mittlerweile mehr als doppelt so hoch wie jener für einen starken Einfluss. Auf beiden Seiten der Oder fiel der Anteil derer, die nach wie vor einen starken Einfluss wahrnehmen, im vergangenen Jahrzehnt in ähnlichem Ausmaß (11% bzw. 12%). Ebenfalls bemerkenswert ist: Im Jahr 2005 lag der Anteil der polnischen Befragten, die keine Meinung in dieser Frage zu haben bekundeten, bei sehr geringen vier Prozent, was dafür spricht, dass dieses Thema zu diesem Zeitpunkt eine große Bedeutung im gesellschaftlichen Diskurs besaß. In Deutschland betrug der Anteil der Enthaltungen in jener Zeit (2006) mit 13 Prozent ein Mehrfaches. Bis heute ist der Anteil der Unentschiedenen in Polen allerdings auf eben diese 13 Prozent angestiegen, während er in Deutschland im Rahmen der statistischen Fehlertoleranz gesunken ist und mit elf Prozent nun unterhalb des polnischen Wertes liegt.

In Polen bemerken Befragte der Altersgruppen „65 bis 74 Jahre“ bzw. „75+“ anteilig häufiger einen Einfluss des Zweiten Weltkrieges auf die deutsch-polnischen Beziehungen als jüngere Befragte. Der oben konstatierte Rückgang des Anteils jener Personen, die einen starken Einfluss wahrnehmen, ist somit wohl dadurch bedingt, dass die Generation, die den Krieg oder dessen direkte Auswirkungen noch selbst erlebt hat, allmählich zahlenmäßig abnimmt. Ferner ist von einem starken Einfluss ein wesentlich höherer Anteil der PiS-Wähler überzeugt (46%) als dies Anhänger der Europäischen Koalition, von „Frühling“ und von Kukiz'15 sehen.

Einen starken Einfluss nehmen anteilig häufig die Einwohner der Wojewodschaften Oppeln (47%), Lodsch (43%), Niederschlesien (41%), Lublin (38%) sowie Großpolen (37%) wahr. Von einem völligen Fehlen dieses Einflusses sind am häufigsten Einwohner der Wojewodschaften Schlesien und Westpommern (jeweils 22%) überzeugt.

Abbildung 9.
Bewertung der
Auswirkungen des
Zweiten Weltkrieges
auf die gegenseitigen
Beziehungen. Antworten
der Polen im Jahr 2019 je
nach Alter.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ,
KAS.

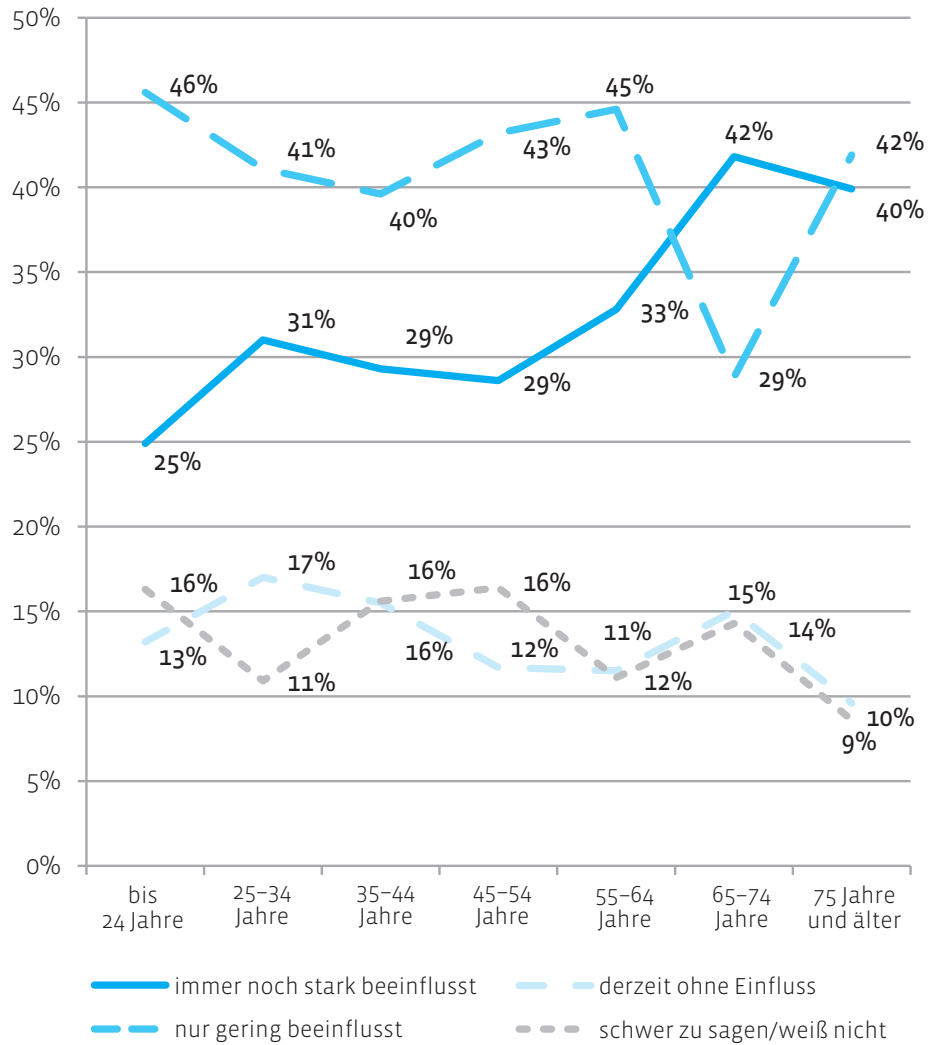
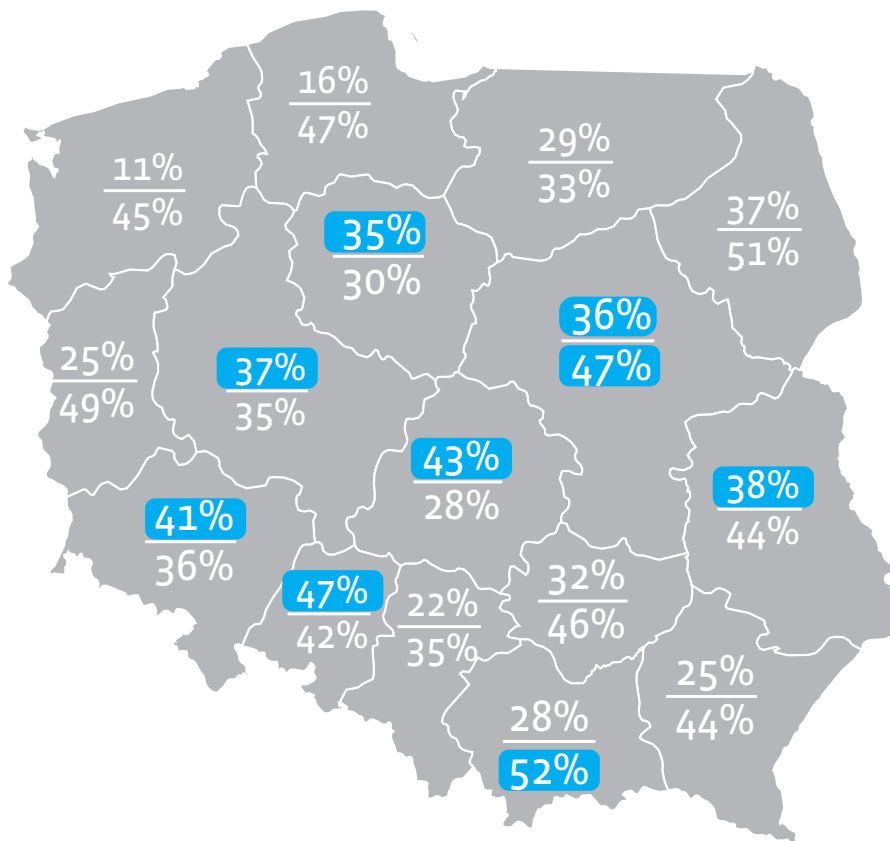


Tabelle 3.
Bewertung der
Auswirkungen des
Zweiten Weltkrieges
auf die gegenseitigen
Beziehungen. Antworten
der Polen im Jahr 2019
nach Parteipräferenzen.*

Quelle: 2019: ISP, SdpZ,
KAS.

	immer noch stark beeinflusst	nur gering beeinflusst	derzeit ohne Einfluss	schwer zu sagen/weiß nicht
Insgesamt	32%	41%	14%	14%
Recht und Gerechtigkeit	46%	38%	9%	7%
Europäische Koalition	36%	39%	19%	6%
Kukiz-Bewegung	27%	56%	10%	8%
Partei Frühling	25%	56%	7%	11%

* In dieser Tabelle sind nur Befragte berücksichtigt, die sich als Anhänger einer der Parteien oder Wahlbündnisse zu erkennen gegeben haben, die laut Umfragen die Sperrklausel überwinden werden. Anhänger anderer Parteien oder Nichtwähler sind nicht berücksichtigt. Deshalb stellen die unter „Insgesamt“ angegebenen Anteile nicht den Durchschnitt der in dieser Tabelle genannten Antwortwerte dar.



72% = immer noch stark beeinflusst
8% = nur gering beeinflusst

72% statistisch auffälliger Wert

Karte 4: Bewertung der Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges auf die gegenseitigen Beziehungen. Antworten der Polen im Jahr 2019 je nach Wohnort.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ, KAS.

Auf deutscher Seite erkennt die Gruppe der ältesten Befragten häufiger (34%) einen starken Einfluss als die jüngeren Befragten, wobei in der Gruppe der 25-34-Jährigen jeder Vierte (26%) überhaupt keinen Einfluss wahrnimmt.

Sowohl Polen als auch Deutsche, die der Kriegsproblematik einen geringen oder gar keinen Einfluss beimessen, erachten den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen häufig als gut. Deutsche allerdings, die einen starken Einfluss ausmachen, bewerten den Zustand der Beziehungen deutlich häufiger schlecht als Polen, die einen starken Einfluss wahrnehmen (49% zu 32%). Dies könnte mit der oben erwähnten allgemein schlechteren Orientierung der Deutschen mit Blick auf das Thema der deutsch-polnischen Beziehungen zusammenhängen. Polen, die die Beziehungen als schlecht bewerten, tun dies nicht nur wegen der problematischen gemeinsamen Geschichte. Da sich die Deutschen im Durchschnitt weniger in den gegenwärtigen Entwicklungen der Beziehungen zwischen beiden Ländern auskennen, neigen sie zu der Überzeugung, die Geschichte sei im Wesentlichen die Ursache des schlechten Zustandes der Beziehungen.

Abbildung 10.
Bewertung der
Auswirkungen des
Zweiten Weltkrieges
auf die gegenseitigen
Beziehungen. Antworten
der Deutschen im Jahr
2019 je nach Alter.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ,
KAS.

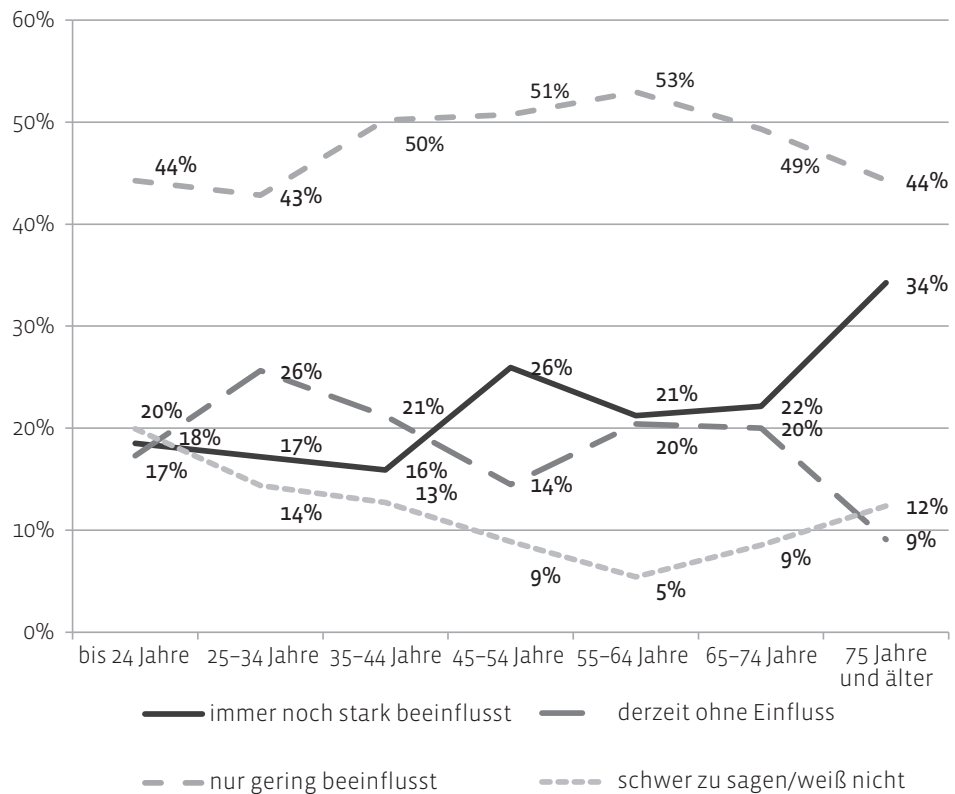


Tabelle 4:
Abhängigkeit der
Antworten auf Fragen
zu den Auswirkungen
des Zweiten Weltkrieges
auf die gegenwärtigen
Beziehungen zwischen
Deutschen und Polen
und zur Beurteilung des
Standes der Beziehungen
zwischen Polen und
Deutschland. Antworten
der Polen.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ,
KAS.

		Wie sind Ihrer Meinung nach die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen?			
		gut	schlecht	schwer zu sagen/weiß nicht	Insgesamt
Beeinflusst die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Deutschen und Polen immer noch?	immer noch stark beeinflusst	54%	32%	15%	100%
	nur gering beeinflusst	67%	23%	10%	100%
	derzeit ohne Einfluss	69%	15%	16%	100%
	schwer zu sagen/weiß nicht	40%	8%	52%	100%

Tabelle 5:
Abhängigkeit der
Antworten auf Fragen
zu den Auswirkungen
des Zweiten Weltkrieges
auf die gegenwärtigen
Beziehungen zwischen
Deutschen und Polen
und zur Beurteilung des
Standes der Beziehungen
zwischen Polen und
Deutschland. Antworten
der Deutschen.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ,
KAS.

		Wie sind Ihrer Meinung nach die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen?			
		gut	schlecht	schwer zu sagen/weiß nicht	Insgesamt
Beeinflusst die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Deutschen und Polen immer noch?	immer noch stark beeinflusst	44%	49%	7%	100%
	nur gering beeinflusst	69%	26%	6%	100%
	derzeit ohne Einfluss	77%	13%	11%	100%
	schwer zu sagen/weiß nicht	28%	11%	61%	100%

Wahrnehmung der Anerkennung des polnischen Leides

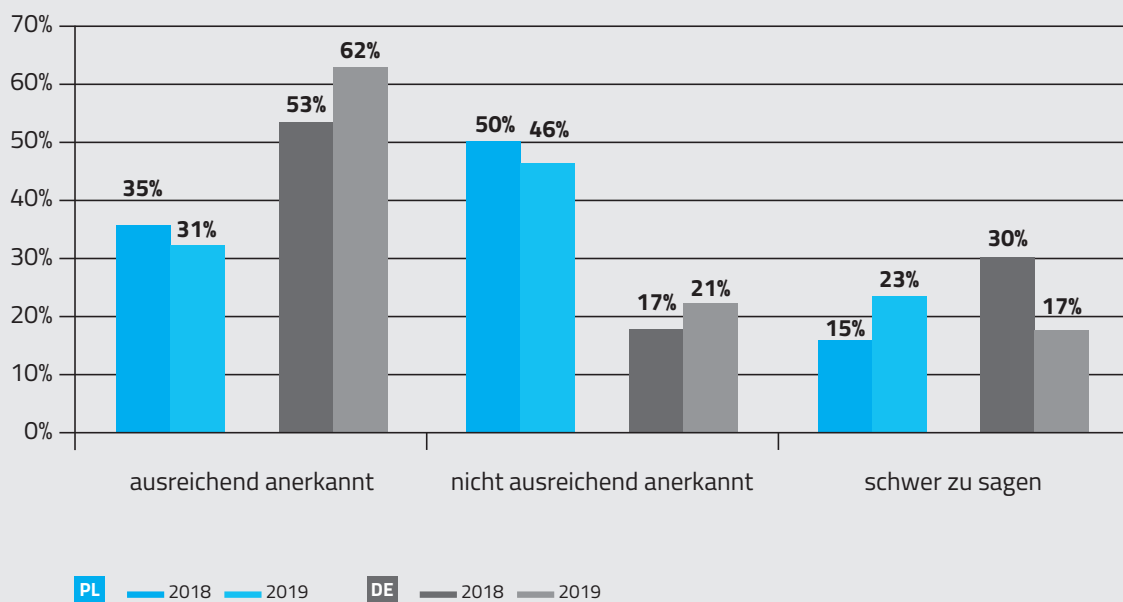
Die Wahrnehmung des Einflusses des Zweiten Weltkrieges auf die deutsch-polnischen Beziehungen ist verbunden mit der polnischen Sensibilität bezüglich der Anerkennung des polnischen Leides durch die internationale Öffentlichkeit. In gegenwärtigen polnischen Diskursen kommt die Sorge zum Ausdruck, dass die polnischen Opfer, die im Namen der Verteidigung der polnischen Unabhängigkeit, aber auch für die Freiheit anderer Völker erbracht wurden, zunehmend in Vergessenheit geraten.

In der diesbezüglichen Wahrnehmung unterscheiden sich Polen und Deutsche sehr. Fast die Hälfte der Polen (46%) meinen, dass dieses Leid nicht ausreichend anerkannt wird, während auf deutscher Seite weit weniger Befragte (21%) dieser Ansicht sind. Und entsprechend häufig ist die gegenteilige Meinung zu verzeichnen: eine ausreichende Anerkennung des polnischen Leides sehen doppelt so viele Deutschen (62%) wie Polen (31%). Ferner ist im Vergleich zum Vorjahr auf polnischer Seite sowohl der Anteil der positiven Einschätzungen (von 35% auf 31%) wie der Anteil der negativen Einschätzungen (von 50% auf 46%) gesunken, und der Anteil der Befragten ohne klare Meinung ist deutlich (von 15% auf 23%) angestiegen. Ein Grund für diese veränderten Werte könnten die laufenden polnischen geschichtspolitischen Debatten der letzten Monate sein, die zwar vor allem die Beziehungen zu Israel und zur Ukraine betrafen, aber ebenso auch immer wieder Deutschland vor dem Hintergrund der schwierigen gemeinsamen Geschichte miteinbezogen. Und weil viele dieser Diskussionen zu keinen eindeutigen Schlussfolgerungen führen, ist es anzunehmen, dass ein wachsender Teil der Befragten unschlüssig darüber ist, ob die polnischen Opfer angemessen anerkannt sind oder nicht – dies bleibt demnach ein offenes Thema.

Unter den deutschen Befragten ist die Tendenz exakt gegenläufig. Deutlich mehr Deutsche als im Vorjahr vertreten neuerdings eine eigene Ansicht zu diesem Thema, was sich darin zeigt, dass bezüglich beider Antwortoptionen deutlich mehr Meinungsäußerungen zu verzeichnen sind und zugleich der Anteil der Enthaltungen entsprechend gesunken ist – von 30 Prozent auf 17 Prozent. Diese Entwicklung mag einerseits eine konkrete Reaktion sein auf Vorwürfe aus Polen, die Deutschen hätten ihre historische Schuld noch nicht abgetragen und vor allem noch keine angemessenen Reparationszahlungen geleistet. Dies könnte mehr Deutsche dazu veranlasst haben, sich überhaupt eine Meinung zu diesem Thema zu bilden. Andererseits gibt es wohl auch – besonders unter denjenigen Befragten, die die Auffassung vertreten, die Opfer würden ausreichend anerkannt – ein allgemeines Unverständnis darüber, wie emotional die Polen auf dieses Thema heute reagieren. Dies wiederum ließe sich zurückführen auf die Vermutung einer in Deutschland verbreiteten – bisweilen an Ignoranz grenzenden – Unwissenheit über die polnische Geschichte und damit verbundene Sensibilitäten. Und zudem wird

Abbildung 11.

Wahrnehmung des Leides und der Opfer der Polen in ihrer Geschichte seitens der internationalen Öffentlichkeit.
Antworten von Polen und Deutschen in den Jahren 2018 und 2019.



Quelle: 2018: ISP, Körber Stiftung, KAS
2019: ISP, SdpZ, KAS

dabei nicht in Erwägung gezogen, den eigenen (nationalen) Standpunkt zu hinterfragen.

Die Polen sind in der Haltung bezüglich der Frage der Anerkennung des polnischen Leides gespalten. Im Vergleich zum Jahr 2018 sind weniger Befragte davon überzeugt, dass es ein unzureichendes Maß an Anerkennung gibt. Doch insgesamt gibt es weder für die eine noch für die andere Seite eine Mehrheit. Die Jüngsten unter den Befragten vertreten häufiger die Auffassung, das Leid werde ausreichend anerkannt. Ferner sind von einem unzureichenden Maß an Anerkennung in besonders großer Zahl die Einwohner der Wojewodschaften Podlachien (62%), Lebus und Masowien (jeweils 60%) sowie Heiligkreuz (58%) überzeugt.

Doppelt so viele Deutsche wie Polen sind der Ansicht, das in der Geschichte erlittene polnische Leid werde seitens der internationalen Öffentlichkeit ausreichend anerkannt.

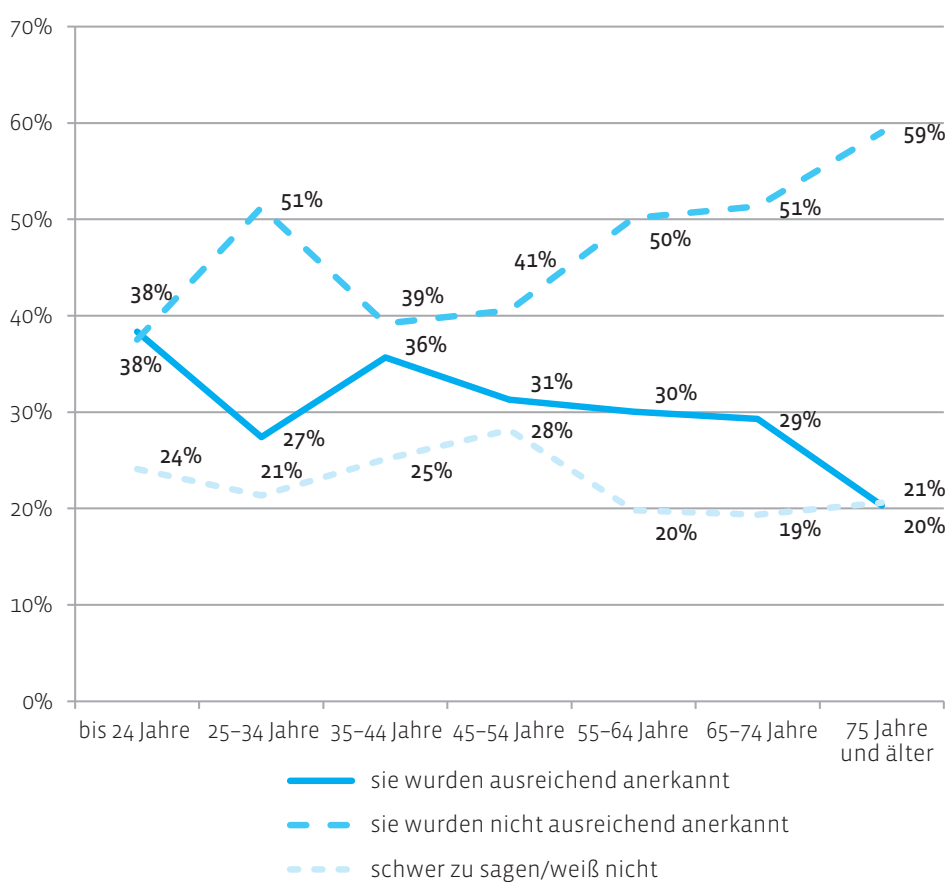


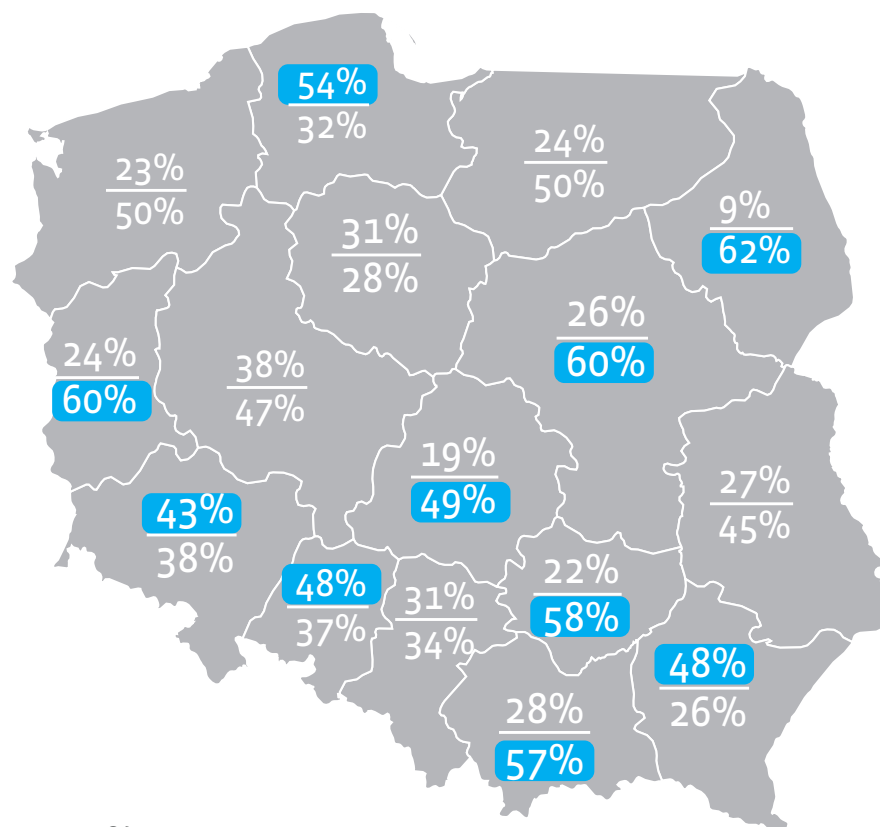
Abbildung 12. Wahrnehmung des Leides und der Opfer der Polen in ihrer Geschichte seitens der internationalen Öffentlichkeit. Antworten der Polen im Jahr 2019 nach Alter.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ, KAS.

Die Wähler der Europäischen Koalition gehören vergleichsweise häufiger zu denjenigen Befragten, für die die Anerkennung der Opfer ausreichend ist (43%), als die Anhänger der Parteien Recht und Gerechtigkeit (PiS) und KUKIZ'15 (beide 21%). Bei dieser Frage, wie auch bei anderen, ist eine starke politische Polarisierung zu erkennen, d.h. die politische Loyalität ist ein stärkerer meinungsbildender Faktor als das Alter und andere demografische Merkmale.

Karte 5.
Wahrnehmung des Leides
und der Opfer der Polen in
ihrer Geschichte seitens
der internationalen
Öffentlichkeit. Antworten
der Polen im Jahr 2019
nach Wohnort.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ,
KAS.



72% = sie wurden ausreichend anerkannt

8% = sie wurden nicht ausreichend anerkannt

72% statistisch auffälliger Wert

Tabelle 6.
Wahrnehmung des Leides
und der Opfer der Polen in
ihrer Geschichte seitens
der internationalen
Öffentlichkeit. Antworten
der Polen im Jahr 2019
nach Parteipräferenzen.*

Quelle: 2019: ISP, SdpZ,
KAS.

	sie wurden ausreichend anerkannt	sie wurden nicht ausreichend anerkannt	schwer zu sagen/weiß nicht
Insgesamt	31%	46%	23%
Recht und Gerechtigkeit	21%	65%	14%
Europäische Koalition	43%	42%	15%
Kukiz-Bewegung	21%	77%	2%
Partei Frühling	41%	44%	15%

* In dieser Tabelle sind nur Befragte berücksichtigt, die sich als Anhänger einer der Parteien oder Wahlbündnisse zu erkennen gegeben haben, die laut Umfragen die Sperrklausel überwinden werden. Anhänger anderer Parteien oder Nichtwähler sind nicht berücksichtigt. Deshalb stellen die unter „Insgesamt“ angegebenen Anteile nicht den Durchschnitt der in dieser Tabelle genannten Antwortwerte dar.

Auf deutscher Seite denken ebenfalls die Ältesten unter den Befragten vergleichsweise häufiger (33%), die Leiden der Polen fänden nicht genügend Anerkennung, als dies die Vertreter jüngerer Altersgruppen einschätzen (13%)

bis 26%). Gleichzeitig gibt es in der Gruppe „75 Jahre und älter“ einen relativ hohen Anteil an Befragten, der sich nicht in der Lage sieht, diese Frage zu beantworten (23%). Nur unter den jüngsten Befragten liegt dieser Anteil noch höher (32%).

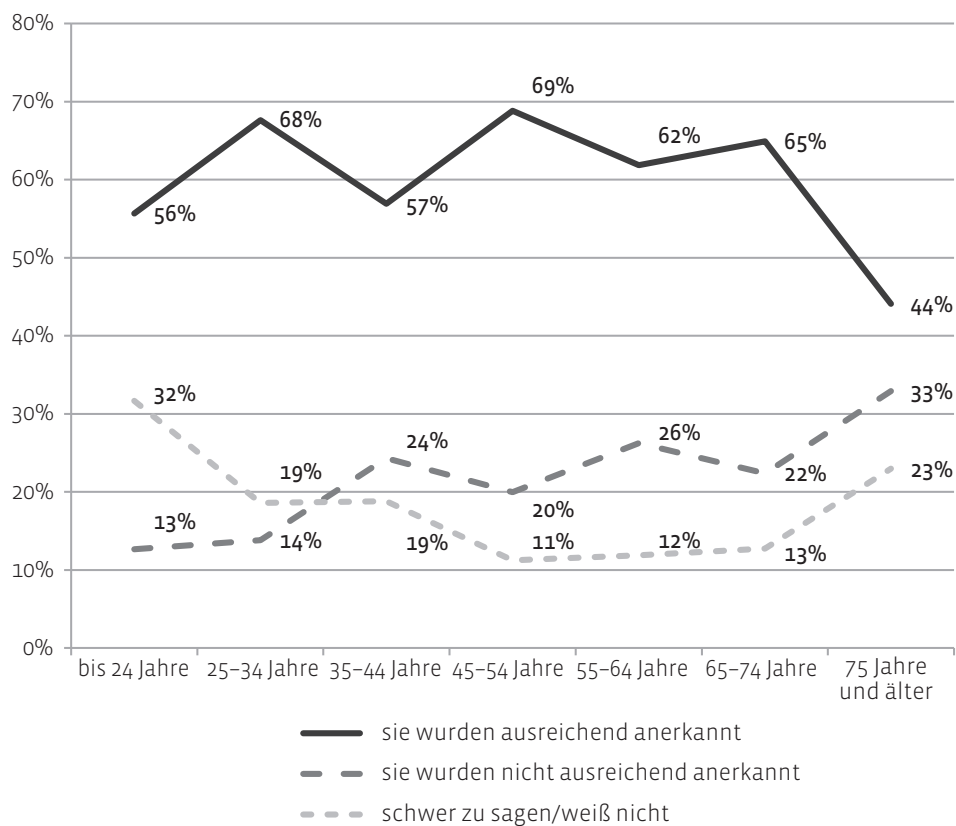


Abbildung 13. Wahrnehmung des Leides und der Opfer der Polen in ihrer Geschichte seitens der internationalen Öffentlichkeit. Antworten der Deutschen im Jahr 2019 je nach Alter.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ, KAS.

Entlang der Unterscheidung in west- und ostdeutsche Befragte lassen sich keine statistischen Auffälligkeiten bezüglich dieser Frage festmachen; augenscheinlich sind hingegen Unterschiede zwischen bestimmten Bundesländern. Von einer ausreichenden Anerkennung des polnischen Leides am überzeugtesten sind die Einwohner der Länder Rheinland-Pfalz (83%), Thüringen (81%) und Baden-Württemberg (70%). Am häufigsten Zweifel an dieser These hegen die Einwohner von Sachsen-Anhalt (59%), Schleswig-Holstein (36%) und Berlin (35%).

Erkennbar auf Seiten der Polen hingegen ist eine Wechselbeziehung zwischen der Einschätzung zur Frage nach der Anerkennung des polnischen Leides und jener zum Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen. Polnische Befragte, die meinen, dem polnischen Leid werde ausreichend Anerkennung zuteil, bewerten die beidseitigen Beziehungen weit häufiger mit gut (80%), als jene, die eine unzureichende Anerkennung des Leides konstatieren (51%). Auf Seiten der deutschen Befragten ist solch ein Zusammenhang nicht nachweisbar, was darauf hindeutet, dass die Deutschen nicht erkennen, wie wichtig dieses Thema für einen Teil der polnischen Öffentlichkeit ist, und in Konsequenz auch für die bilateralen Beziehungen.

Tabelle 7.
Abhängigkeit der Antworten
auf Fragen zur Beurteilung
des Zustandes der
Beziehungen zwischen
Polen und Deutschland
und zur ausreichenden
Anerkennung des Leides
der Polen. Antworten der
Polen.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ,
KAS.

		Wie sind Ihrer Meinung nach die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen?			
		sehr/eher gut	sehr/eher schlecht	schwer zu sagen/weiß nicht	Insgesamt
Meinen Sie, dass das Leid und die Opfer, die Polen im Laufe der Geschichte durchlitten haben, von der internationalen Öffentlichkeit ausreichend anerkannt wurden?	ja, sie wurden ausreichend anerkannt	80%	11%	9%	100%
	nein, sie wurden nicht ausreichend anerkannt	51%	36%	13%	100%
	schwer zu sagen/weiß nicht	48%	11%	41%	100%

Tabelle 8.
Abhängigkeit der Antworten
auf Fragen zur Beurteilung
des Zustandes der
Beziehungen zwischen
Polen und Deutschland
und zur ausreichenden
Anerkennung des Leides
der Polen. Antworten von
Deutschen.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ,
KAS.

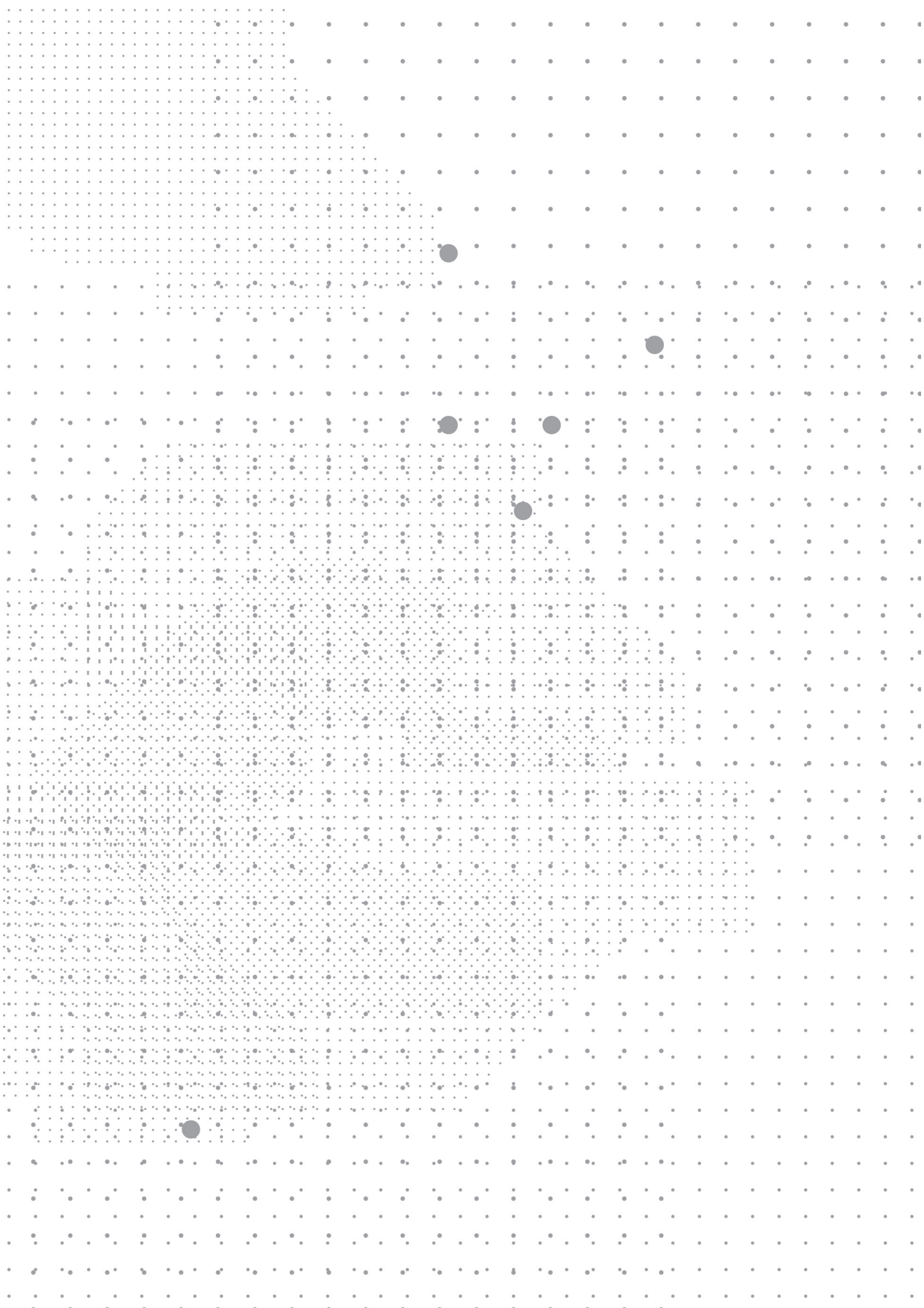
		Wie sind Ihrer Meinung nach die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen?			
		sehr/eher gut	sehr/eher schlecht	schwer zu sagen/weiß nicht	Insgesamt
Meinen Sie, dass das Leid und die Opfer, die Polen im Laufe der Geschichte durchlitten haben, von der internationalen Öffentlichkeit ausreichend anerkannt wurden?	ja, sie wurden ausreichend anerkannt	67%	28%	5%	100%
	nein, sie wurden nicht ausreichend anerkannt	65%	31%	4%	100%
	schwer zu sagen/weiß nicht	29%	17%	53%	100%

Die Haltung zur Frage der Anerkennung der polnischen Opfer korreliert auf Seiten der Polen auch mit der Meinung zur Frage nach einer angemessenen Handlungsweise in den gegenseitigen Beziehungen, wonach entweder der Kompromiss oder der Kampf um die eigenen Interessen im Vordergrund stehen sollte. Eben jene Befragte, denen die Anerkennung des polnischen Leides als nicht ausreichend gegeben erscheint, sind vergleichsweise häufiger der Auffassung, man solle hart für die eigenen Interessen eintreten (50%), als jene, die die Anerkennung für ausreichend erachten (24%). Auch diese Wechselbeziehung lässt sich auf deutscher Seite nicht feststellen.

		Was meinen Sie, sollte Deutschland in seinen Beziehungen zu Polen in erster Linie			
		auf die starke Verteidigung seiner eigenen Interessen ausgerichtet sein	auf Kooperation und das Erreichen von Kompromissen ausgerichtet sein	schwer zu sagen/weiß nicht	Insgesamt
Meinen Sie, dass das Leid und die Opfer, die Polen im Laufe der Geschichte durchlitten haben, von der internationalen Öffentlichkeit ausreichend anerkannt wurden?	ja, sie wurden ausreichend anerkannt	24%	73%	3%	100%
	nein, sie wurden nicht ausreichend anerkannt	50%	40%	10%	100%
	schwer zu sagen/weiß nicht	14%	42%	44%	100%

Tabelle 9.
Abhängigkeit der Antworten auf Fragen zur ausreichenden Anerkennung des Leides der Polen und zur Notwendigkeit, die Interessen des eigenen Landes zu verteidigen. Antworten der Polen.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ, KAS.





Das Jahr 2019 ist reich an runden Jubiläen in Bezug auf Ereignisse, die sowohl für die Geschichte Polens und Deutschlands als auch für die gegenseitigen Beziehungen von großer Bedeutung sind. Wie die Menschen diese Ereignisse bewerten, sagt viel darüber aus, auf welche Art sie die Beziehungen zum Nachbarland und seiner Gesellschaft ausgestaltet sehen möchten.

Die demokratische Wende 1989

Die Polen sind geteilter Ansicht darüber, ob ihr Beitrag zum Sturz des Kommunismus und zur Einleitung des demokratischen Wandels in Mittel- und Osteuropa seitens der internationalen öffentlichen Meinung ausreichend anerkannt wird. Die mit einem Anteil von 41 Prozent größte Gruppe ist der Ansicht, dies sei nicht der Fall, aber auch der Anteil derer, die die Anerkennung als angemessen empfinden, ist mit 35 Prozent nicht viel kleiner. Ein knappes Viertel der Befragten äußert keine Meinung zu diesem Thema.

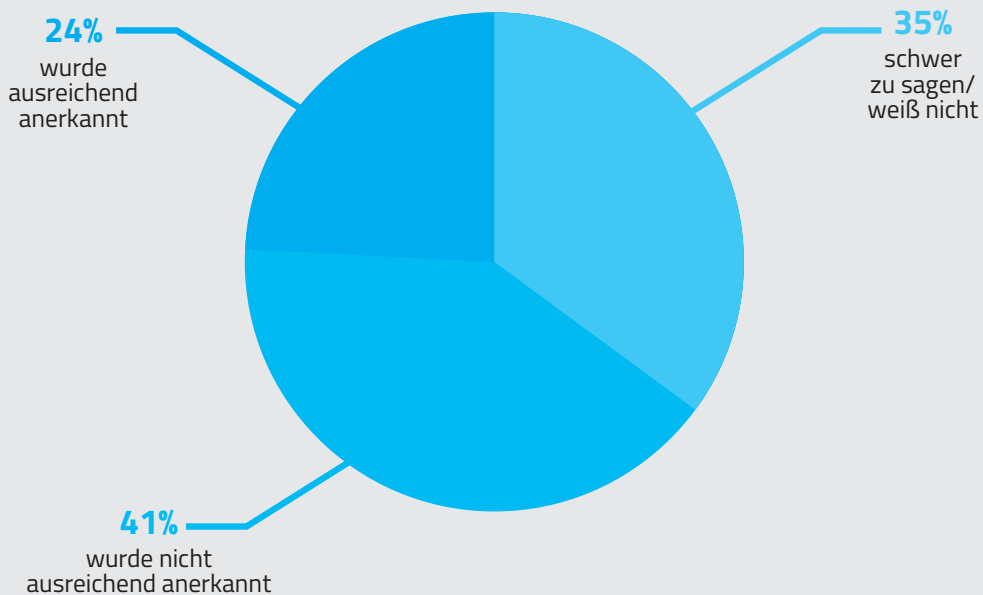
Eine nicht ausreichende Anerkennung des polnischen Beitrages zum Transformationsprozess empfinden weniger häufig Vertreter der jüngeren Generation als vielmehr solche der Altersgruppen „55-64 Jahre“ (45%) und „65-74 Jahre“ (53%). Dies rührt daher, dass die heute Älteren damals selbst in diesen Prozess involviert waren und dessen Auswirkung unmittelbar erfahren haben.

Die Gruppe der Polen, die die Auffassung vertreten, der Beitrag ihres Landes zum Sturz des Kommunismus und zur demokratischen Wende in der Region werde von der internationalen öffentlichen Meinung nicht ausreichend anerkannt, ist größer als die Gruppe derjenigen Befragten, die eine angemessene Anerkennung wahrnehmen.

Solidarność

Abbildung 14.

Meinungen zur Anerkennung des Beitrages Polens und der Polen zum Sturz des Kommunismus und zum demokratischen Wandel in Mittel- und Osteuropa seitens der internationalen Öffentlichkeit. Antworten der Polen im Jahr 2019.



Quelle: 2019: ISP, SdpZ, KAS

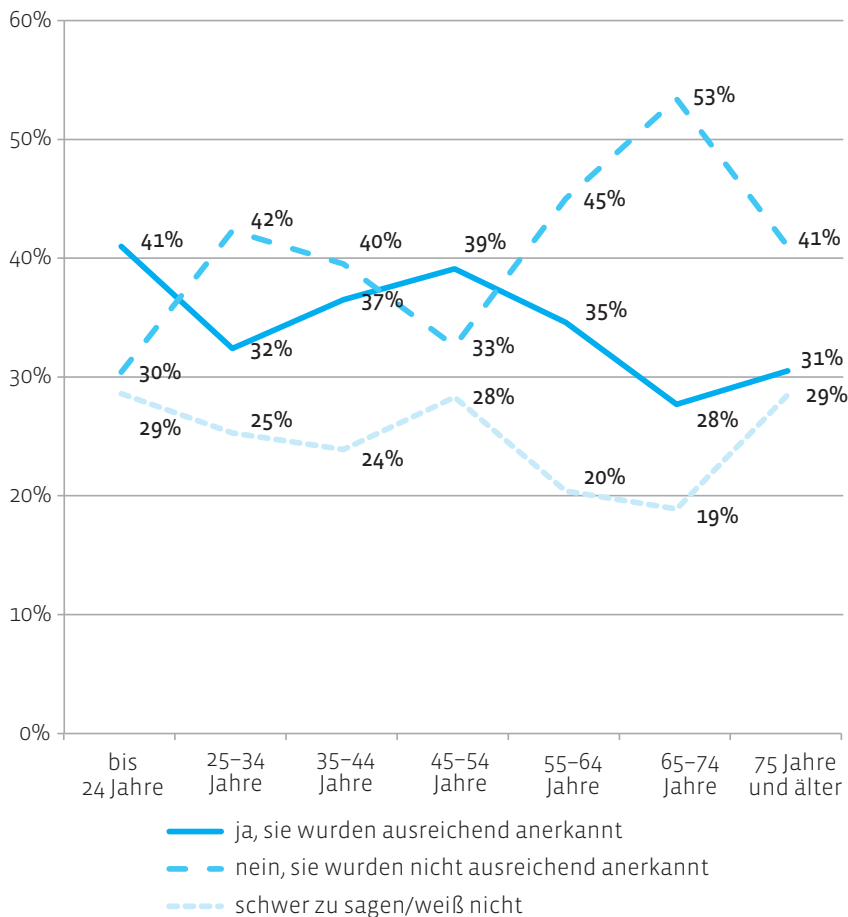


Abbildung 15. Meinungen zur Anerkennung des Beitrages Polens und der Polen zum Sturz des Kommunismus und zum demokratischen Wandel in Mittel- und Osteuropa seitens der internationalen Öffentlichkeit. Antworten der Polen im Jahr 2019 je nach Alter.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ, KAS.

Ein Zusammenhang zwischen den Meinungsäußerungen zu dieser Frage und der jeweiligen Parteipräferenz der Befragten ist evident. Während die Wähler der Parteien Recht und Gerechtigkeit (PiS) (55%) und Kukiz'15 (69%) mehrheitlich der Überzeugung sind, dass den Polen an dieser Stelle die angemessene Anerkennung verwehrt wird, sind die Anhänger der Europäischen Koalition und der Partei „Frühling“ gegenteiliger Ansicht.

	sie wurden ausreichend anerkannt	sie wurden nicht ausreichend anerkannt	schwer zu sagen/weiß nicht
Insgesamt	35%	41%	24%
Recht und Gerechtigkeit	29%	55%	16%
Europäische Koalition	50%	34%	16%
Kukiz-Bewegung	22%	69%	9%
Partei Frühling	49%	36%	15%

Tabelle 10. Meinungen zur Anerkennung des Beitrages Polens und der Polen zum Sturz des Kommunismus und zum demokratischen Wandel in Mittel- und Osteuropa seitens der internationalen Öffentlichkeit. Antworten der Polen im Jahr 2019 nach Parteipräferenzen.*

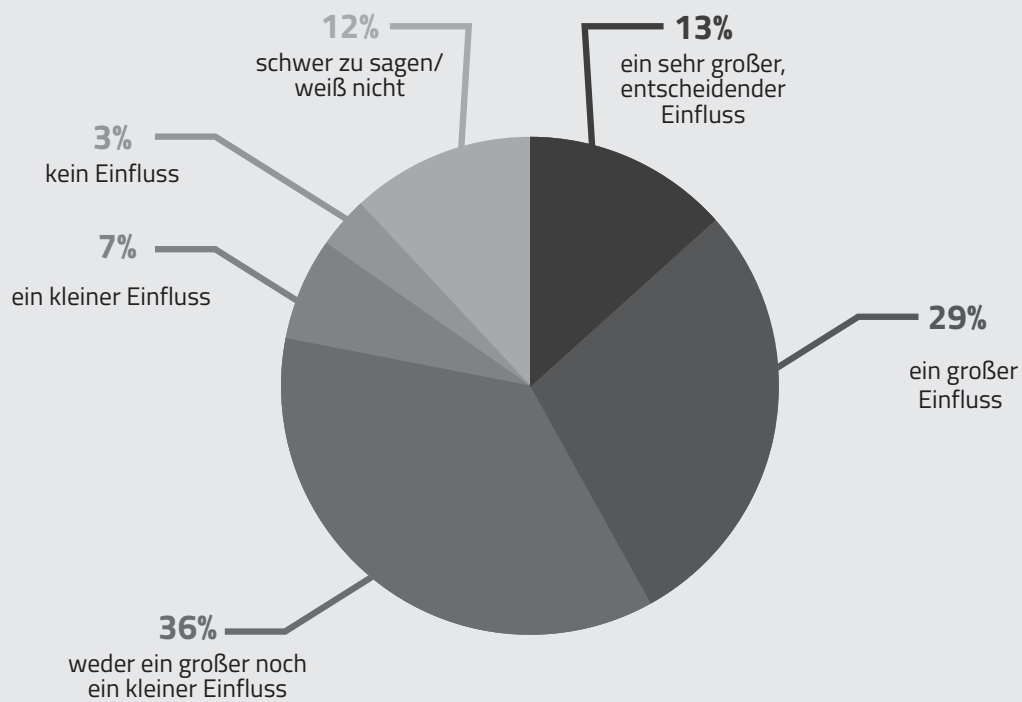
Quelle: 2019: ISP, SdpZ, KAS.

* In dieser Tabelle sind nur Befragte berücksichtigt, die sich als Anhänger einer der Parteien oder Wahlbündnisse zu erkennen gegeben haben, die laut Umfragen die Sperrklausel überwinden werden. Anhänger anderer Parteien oder Nichtwähler sind nicht berücksichtigt. Deshalb stellen die unter „insgesamt“ angegebenen Anteile nicht den Durchschnitt der in dieser Tabelle genannten Antwortwerte dar.



Abbildung 16.

Bewertung des Beitrages Polens und der Polen zum Sturz des Kommunismus und zum demokratischen Wandel in Mittel- und Osteuropa.
Antworten der Deutschen im Jahr 2019.



Quelle: 2019: ISP, SdpZ, KAS

Ziemlich geteilt sind die Meinungen der deutschen Befragten zur Frage des Beitrages der Polen zum Sturz des Kommunismus und zum demokratischen Wandel in Mittel- und Osteuropa. Die größte Gruppe (42%) schätzt diesen Beitrag als „groß“, ein knappes Drittel davon (13%) sogar als „sehr groß“ ein. Doch mit 36 Prozent bewertet eine ähnlich starke Gruppe diesen Beitrag als „weder groß noch klein“, und 10 Prozent der Befragten sind sogar der Auffassung, Polen habe lediglich einen „geringen oder gar keinen Beitrag“ zu dieser historischen Zäsur geleistet. Dabei sind weder signifikante statistische Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen noch unter den verschiedenen Altersgruppen festzustellen.

Die von einem Teil der Polen als unzureichend empfundene internationale Anerkennung in Bezug auf den polnischen Beitrag zum Demokratisierungsprozess findet an dieser Stelle ihre Bestätigung. Tatsächlich ist der Anteil derjenigen Deutschen, die Polens Beitrag als erheblich ansehen („sehr groß“ bzw. „groß“), kleiner als der Anteil derer, die ihn kaum oder nicht anerkennen („nicht groß, nicht klein“, „gering“ oder „gar keiner“).

Addiert man wiederum den Anteil der eher unbestimmten „nicht viel, nicht wenig“-Antworten (36%) mit dem Anteil derer, die keine Meinung zu dieser Frage äußern (12%), so entspricht dies knapp der Hälfte aller deutschen Befragten. Dies lässt sich als ein Beleg für gravierende Wissenslücken werten, die mit Blick auf diese Thematik auf Seiten der deutschen Befragten sichtbar werden.

Weniger als die Hälfte der Deutschen erkennt den Beitrag Polens zum Sturz des Kommunismus und zur Demokratisierung in Mittel- und Osteuropa als wichtig an; die Mehrheit hingegen äußert sich zurückhaltender.

Polens Beitritt zur NATO

Das Nordatlantische Bündnis begeht im Jahr 2019 seinen 70. Gründungstag und zugleich feiern Polen und andere Länder Mittel- und Osteuropas 20 Jahre Mitgliedschaft in der Allianz. Die jeweilige Betrachtung dieser Jubiläen in den Gesellschaften der Mitgliedstaaten ist allerdings durchaus unterschiedlich.

Deutsche und Polen erkennen mehrheitlich an, dass der Beitritt Polens und anderer Länder der Region zur NATO die Sicherheit Europas erhöht hat; 75 Prozent der Polen und 63 Prozent der Deutschen sind davon überzeugt. Jeder vierte Deutsche indes sieht einen solchen Zusammenhang entweder kaum (21%) oder gar nicht (4%). Wohingegen auf polnischer Seite der Anteil solcher Skeptiker mit zwölf Prozent nur halb so groß ist.

Die Polen sind zu einem noch größeren Teil als die Deutschen davon überzeugt, dass der Beitritt Polens und anderer Länder dieser Region zur NATO die Sicherheit Europas erhöht hat.

Abbildung 17.
Wahrnehmung des
Beitrages Polens und
anderer mittel- und
osteuropäischer Länder
seit deren Beitritt zur NATO
im Jahr 1999 zur Erhöhung
der Sicherheit in Europa.
Antworten der Polen im
Jahr 2019.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ,
KAS.

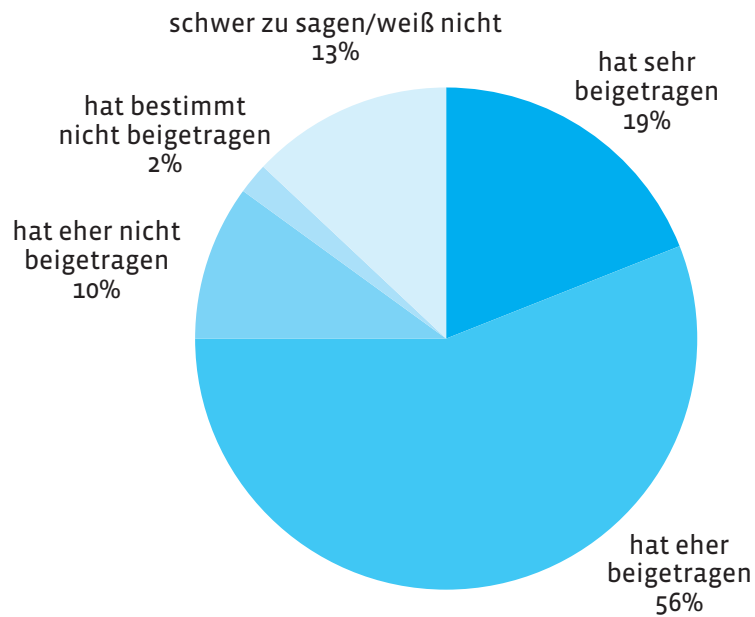
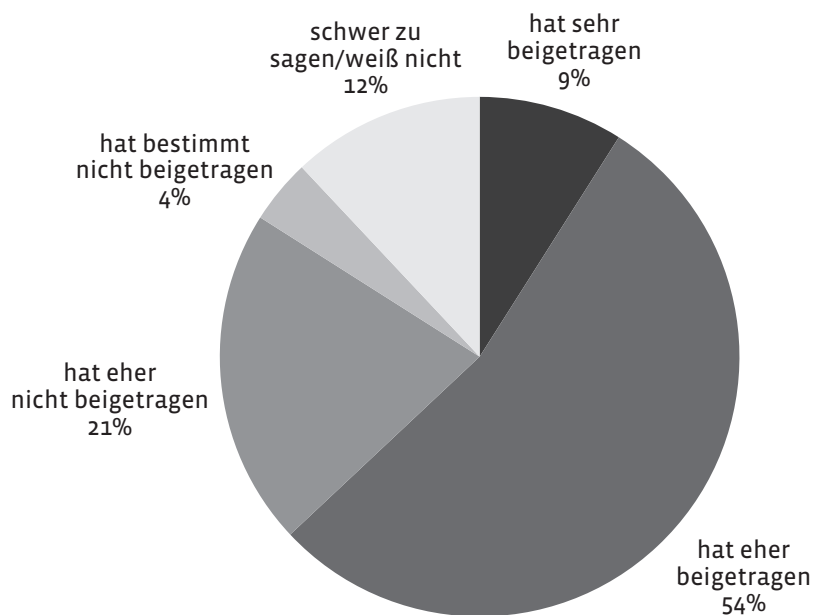


Abbildung 18.
Wahrnehmung des
Beitrages Polens und
anderer mittel- und
osteuropäischer Länder
seit deren Beitritt zur NATO
im Jahr 1999 zur Erhöhung
der Sicherheit in Europa.
Antworten der Deutschen
im Jahr 2019.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ,
KAS.



Auf Seiten der polnischen Befragten spielen bei der Beantwortung dieser Frage weder der Faktor Alter noch der Faktor Parteipräferenz eine entscheidende Rolle. Sogar die Anhänger der „Antisystem-Bewegung“ Kukiz'15 äußern sich hierzu positiv. Dabei auffällig ist aber der hohe Anteil derjenigen Befragten, die keine Meinung äußern, in den Wojewodschaften Ermland-Masuren (35%), Lebus (19%) und Karpatenvorland (19%). Dies ist besonders bemerkenswert, da gerade in den beiden erstgenannten Regionen größere Kontingente von Nato-Truppen stationiert sind.

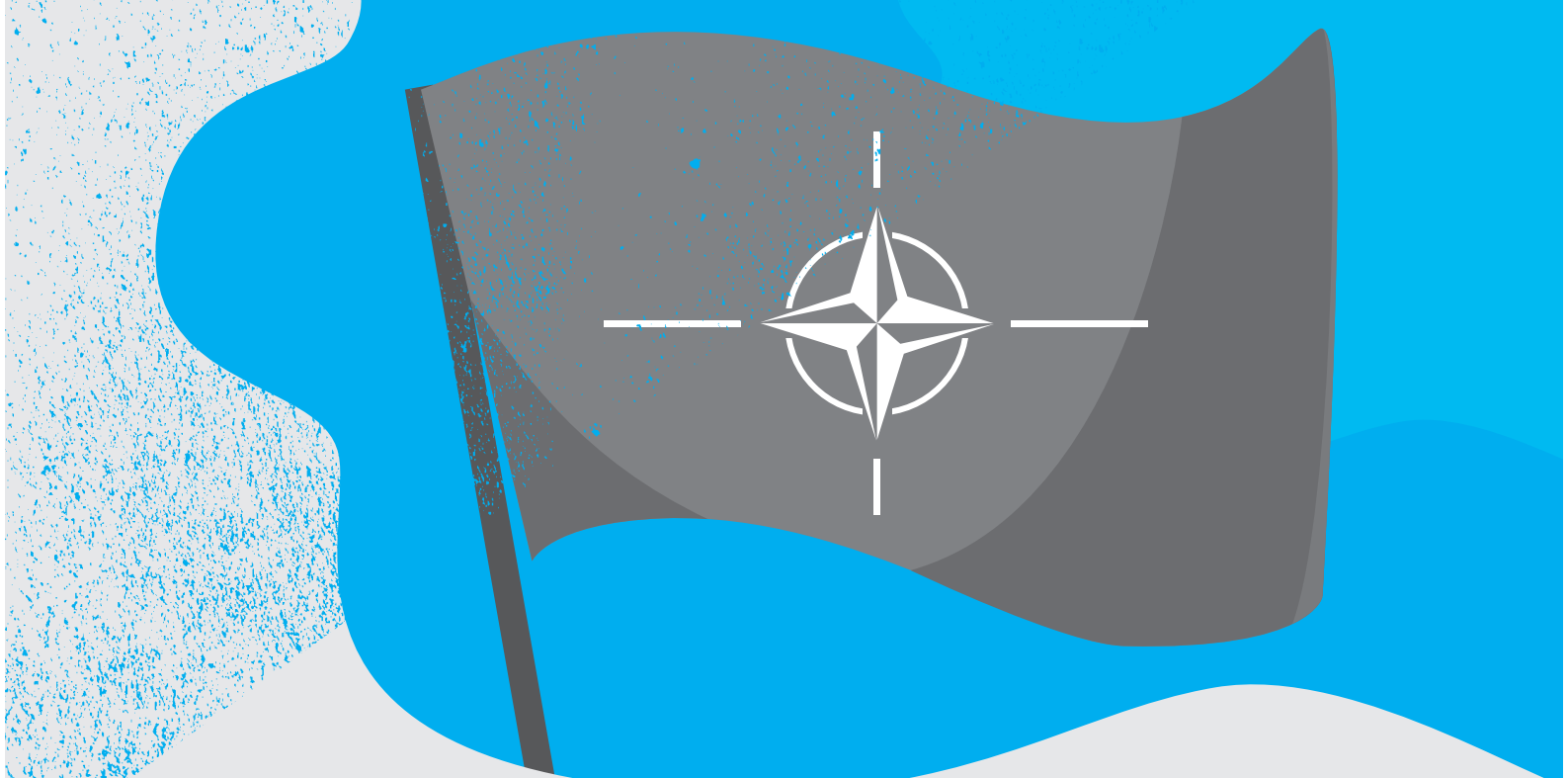
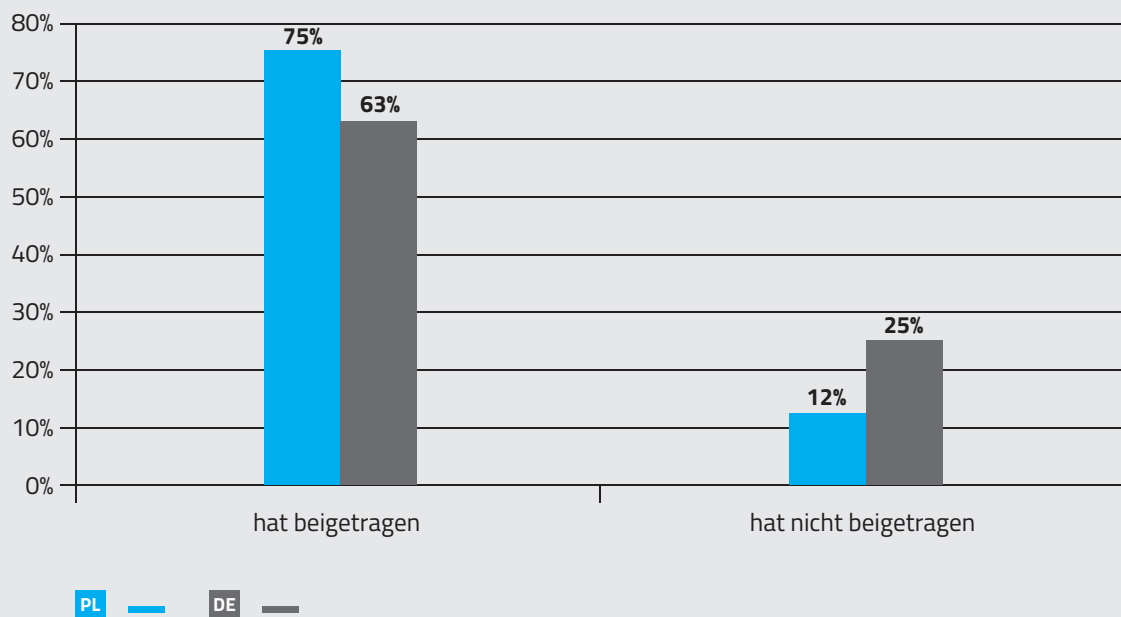


Abbildung 19.

Wahrnehmung des Beitritts Polens und anderer mittel- und osteuropäischer Länder zur NATO im Jahr 1999 als Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit in Europa.
Antworten von Polen und Deutschen im Jahr 2019.



Quelle: 2019: ISP, SdpZ, KAS

Tabelle 11.
Wahrnehmung des Beitrages Polens und anderer mittel- und osteuropäischer Länder seit deren Beitritt zur NATO im Jahr 1999 zur Erhöhung der Sicherheit in Europa. Antworten der Polen im Jahr 2019 nach Parteipräferenzen.*

Quelle: 2019: ISP, SdpZ, KAS.

	hat sehr/eher beigetragen	hat bestimmt nicht/eher nicht beigetragen	schwer zu sagen/weiß nicht
Insgesamt	76%	12%	13%
Recht und Gerechtigkeit	86%	7%	7%
Europäische Koalition	83%	13%	4%
Kukiz-Bewegung	96%	0%	4%
Partei Frühling	75%	16%	9%

* In dieser Tabelle sind nur Befragte berücksichtigt, die sich als Anhänger einer der Parteien oder Wahlbündnisse zu erkennen gegeben haben, die laut Umfragen die Sperrklausel überwinden werden. Anhänger anderer Parteien oder Nichtwähler sind nicht berücksichtigt. Deshalb stellen die unter „insgesamt“ angegebenen Anteile nicht den Durchschnitt der in dieser Tabelle genannten Antwortwerte dar.

Von einer durch die NATO-Osterweiterung erhöhten Sicherheit in Europa sind in Deutschland mehr west- als ostdeutsche Befragte überzeugt (65% zu 56%). Zugleich traut sich auf deutscher Seite indes jeder fünfte Befragte der jüngsten Altersgruppe zu diesem Thema keine Einschätzung zu (21%).

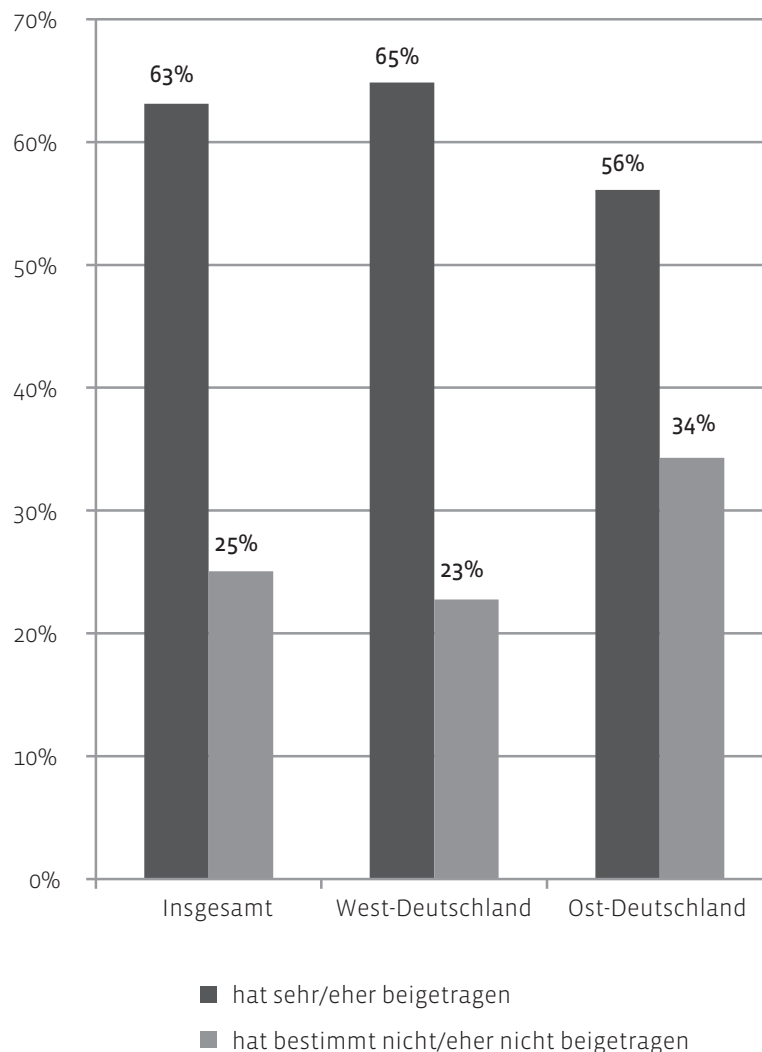


Abbildung 20.
Wahrnehmung des Beitrages Polens und anderer mittel- und osteuropäischer Länder seit deren Beitritt zur NATO im Jahr 1999 zur Erhöhung der Sicherheit in Europa. Antworten der Deutschen im Jahr 2019 je nach Wohnort in Ost- oder Westdeutschland.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ, KAS.

Polens Beitritt zur Europäischen Union

Auch über die Erweiterung der Europäischen Union im Jahr 2004 und über deren Bedeutung sowie die Rolle einzelner Staaten wird heftig diskutiert. Aus Deutschland, dem Land, das Polen auf dem Weg in die Gemeinschaft unterstützte und dabei auch selbst wirtschaftlich und politisch sehr profitierte, sind aktuell Stimmen der Enttäuschung zu vernehmen über das Verhalten Polens wie auch anderer damals beigetretener Länder. In Polen wiederum, wo die Bürger mit überwältigender Mehrheit die Mitgliedschaft ihres Landes in der Gemeinschaft entschieden befürworteten, wird in letzter Zeit der Versuch unternommen, das Thema Europäische Union mittels negativer Erzählungen anders als bisher zu untermalen und auf diese Weise in ein schlechtes Licht zu rücken bzw. neuartig und negativ zu besetzen.

Dennoch teilen sowohl die Polen (76%) als auch die Deutschen (64%) gegenwärtig mit je deutlicher Mehrheit die Einschätzung, dass die Erweiterung der Europäischen Union im Jahr 2004 sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung und die politische Stabilität in Europa ausgewirkt hat. Dagegen sehen, ähnlich wie in der Frage nach den Auswirkungen der NATO-Erweiterung, auch in diesem Fall etwa ein Viertel der Deutschen (24%) keinen positiven Effekt, während es auf polnischer Seite anteilmäßig knapp halb so viele Befragte (11%) sind.

Nimmt man im Wege einer Gesamtbetrachtung die Umfrageergebnisse zu den beiden Fragen nach den Auswirkungen der Erweiterungsprozesse des Nordatlantischen Bündnisses sowie der Europäischen Union zusammen (d.h. die Aussagen von Befragten, nach denen beides entweder positiv oder negativ bewertet wird), so ist festzustellen: 54 Prozent der deutschen Befragten machen als Folge der Beitritte positive Effekte aus (Antworten: „hat beigetragen“) wohingegen 16 Prozent der Auffassung sind, diese hätten gar nicht zu Prosperität bzw. Sicherheit beigetragen (Antworten: „hat nicht beigetragen“). In Polen liegen diese Anteile bei 67 bzw. 5 Prozent.

Somit wird deutlich, dass die Polen nach 20 Jahren der Mitgliedschaft in der NATO und 15 Jahren als Mitglied der Europäischen Union ihre Meinung nicht geändert haben und weiterhin von den positiven Auswirkungen der Zugehörigkeit zum westlichen Bündnis überzeugt sind.

Die Mehrheit der Deutschen und der Polen sieht positive Auswirkungen der Erweiterung der Europäischen Union im Jahr 2004, wobei gegenwärtig die Deutschen daran im Vergleich mehr Zweifel erkennen lassen als die Polen.

Nach 20 Jahren der Mitgliedschaft in der NATO und 15 Jahren in der Europäischen Union sind die Polen immer noch überzeugt von den positiven Auswirkungen ihrer Zugehörigkeit zum westlichen Bündnis.

Abbildung 21.
Wahrnehmung des
Beitrages Polens und
anderer mittel- und
osteuropäischer Länder
seit deren Beitritt
zur Europäischen
Union im Jahr 2004
zur wirtschaftlichen
Entwicklung und
politischen Stabilität in
Europa. Antworten der
Polen im Jahr 2019.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ,
KAS.

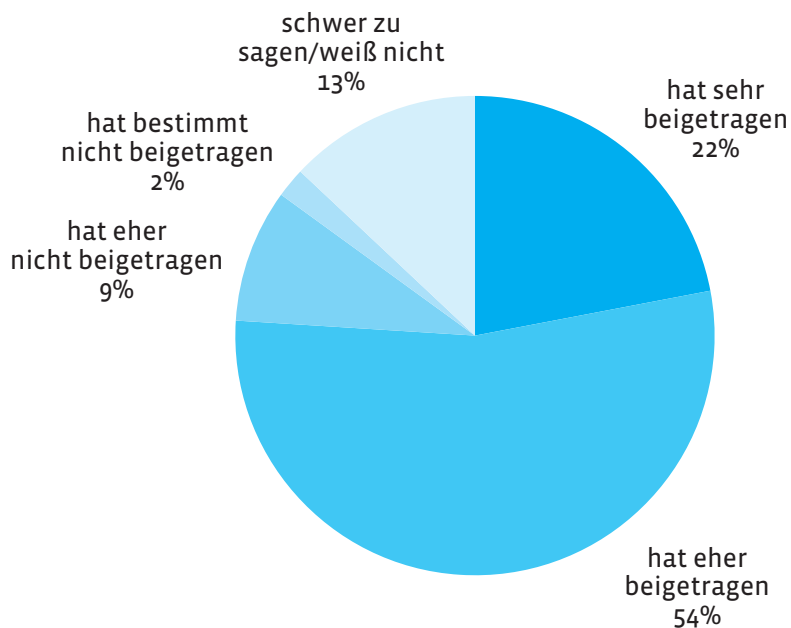
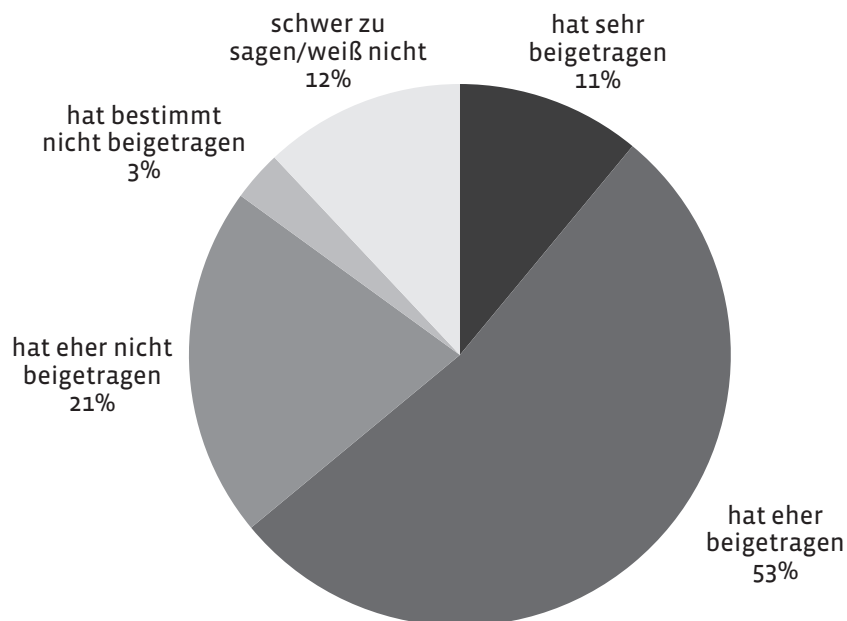


Abbildung 22.
Wahrnehmung des
Beitrages Polens und
anderer mittel- und
osteuropäischer Länder
seit deren Beitritt
zur Europäischen
Union im Jahr 2004
zur wirtschaftlichen
Entwicklung und
politischen Stabilität in
Europa. Antworten der
Deutschen im Jahr 2019.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ,
KAS.

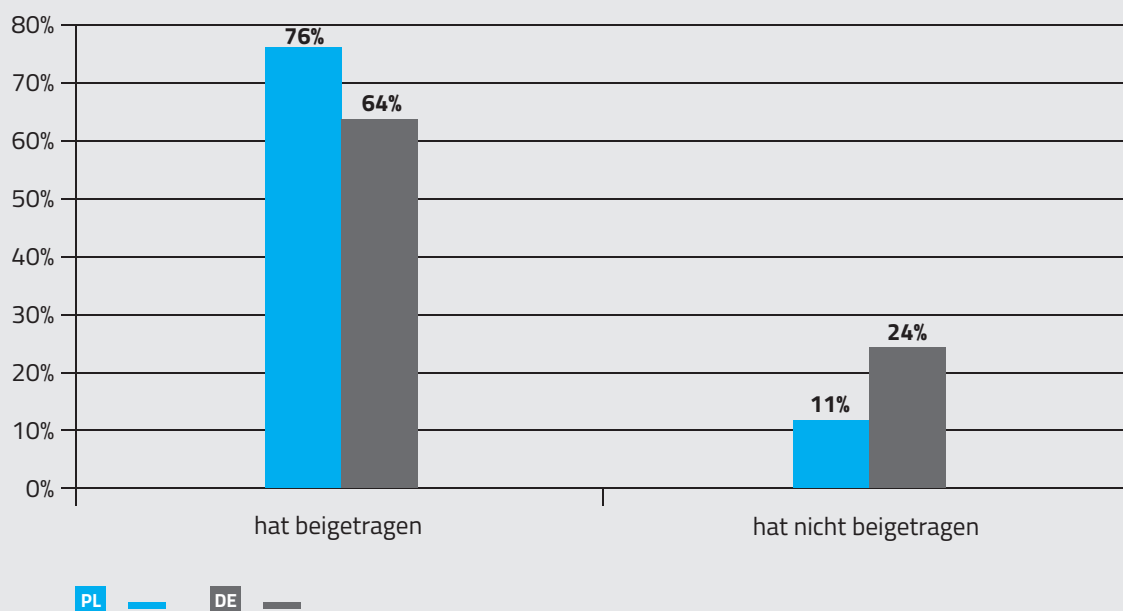


Hinsichtlich der Frage nach den Auswirkungen des Beitritts Polens und anderer Länder der Region auf die Europäische Union sind unter den polnischen Befragten weder nach verschiedenen Altersgruppen noch entlang der Parteipräferenz große Abweichungen zu erkennen. Feststellen lassen sich jedoch regionale Schwerpunkte mit Blick darauf, ob die Befragten sich eine Meinung gebildet haben oder nicht. So finden sich in den Wojewodschaften Ermland-Masuren (37%) und Kujawien-Pommern (26%) dies betreffend häufiger als andernorts Befragte an, die keine dezidierte Meinung vertreten.



Abbildung 23.

Wahrnehmung des Beitritts Polens und anderer mittel- und osteuropäischer Länder zur EU im Jahr 2004 als Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und politischen Stabilität in Europa. Antworten von Polen und Deutschen im Jahr 2019.



Quelle: 2019: ISP, SdpZ, KAS

Auf deutscher Seite ähneln die Einschätzungen zur Bedeutung des Beitritts Polens und der Länder Mittel- und Osteuropas für die wirtschaftliche und politische Prosperität der EU den Umfrageergebnissen auf die vergleichbare Frage zur Bewertung des Beitritts dieser Länder zur NATO – anders als auf polnischer Seite spielt der Faktor Alter hier doch eine Rolle. So sieht sich in der Altersgruppe der jüngsten Umfrageteilnehmer auf deutscher Seite jeder Fünfte (22%) nicht in der Lage, die Bedeutung des Beitritts Polens und anderer mittel- und osteuropäischer Länder zur EU im Jahr 2004 für die wirtschaftliche Entwicklung und politische Stabilität in Europa zu beurteilen. Zugleich sind Deutsche aus den westlichen Bundesländern (67%) deutlich häufiger als jene aus den östlichen Bundesländern (53%) der Ansicht, dass sich der Beitritt Polens und der mittelosteuropäischen Länder für Europa als relevant erwiesen hat bzw. für die heutige EU bedeutsam ist.

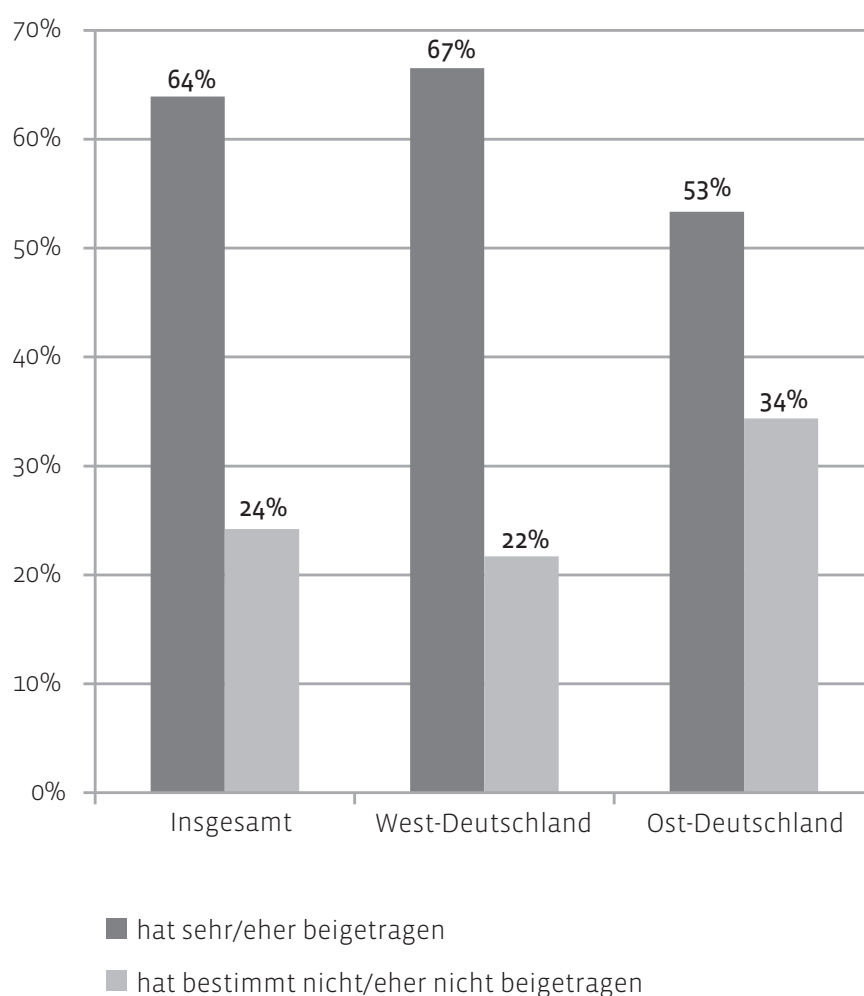


Abbildung 24. Wahrnehmung des Beitrages Polens und anderer mittel- und osteuropäischer Länder zur Europäischen Union seit deren Beitritt im Jahr 2004 zur wirtschaftlichen Entwicklung und politischen Stabilität in Europa. Antworten der Deutschen im Jahr 2019 je nach Wohnort in Ost- oder Westdeutschland.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ, KAS.

Ähnlichkeiten und Unterschiede in der Einschätzung der Weltordnung



In den vergangenen Monaten gab es verstärkt Diskussionen über eine sich wandelnde Weltordnung und die Bedeutung bestimmter Akteure im Rahmen dieses Prozesses. Dies können einzelne Staaten sein oder internationale Organisationen, aber auch bestimmte Personen, die jeweils an deren Spitze stehen. Unterschiedliche Einschätzungen in diesem Bereich können die Entwicklung gemeinsamer sicherheits- und wirtschaftspolitischer Lösungen erschweren.

Meinungen zur Rolle der Großmächte

In der Beurteilung des Beitrages wichtiger Akteure zur Stabilisierung der Weltordnung sind sich deutsche und polnische Befragte in den Fällen von Europäischer Union, Russland und China nahezu einig, groß jedoch fallen die Unterschiede in der Einschätzung der Rolle der USA aus.

Die Europäische Union wird einhellig als Player wahrgenommen, der zur Stärkung von Ordnung und Sicherheit in der Welt beiträgt, wobei sich deutsche Befragte diesbezüglich häufiger überzeugt geben als polnische Befragte (77% zu 62%).

Ebenso sind knapp zwei Drittel der Befragten in beiden Ländern der Ansicht, dass Russland eher zur Verschärfung der Konflikte in der Welt beiträgt. Die Deutschen sind hiervon noch etwas häufiger überzeugt als die Polen (65% zu 63%; allerdings liegt die Abweichung im Rahmen der statistischen Fehlertoleranz). Gleichzeitig liegt der Anteil der Deutschen, die der Meinung sind, Russland sei ein Stabilitätsfaktor, um acht Prozentpunkte höher als der Anteil der Polen, die diese Auffassung vertreten (26% zu 18%). Dies liegt daran, dass die Polen in dieser Frage vergleichsweise häufig – mit 19 Prozentpunkten fast jeder Fünfte – unentschieden sind, was durchaus überraschend ist angesichts der bereits über Jahre hinweg einmütig vernehmbaren Russland-skeptischen Haltung der polnischen politischen Eliten.

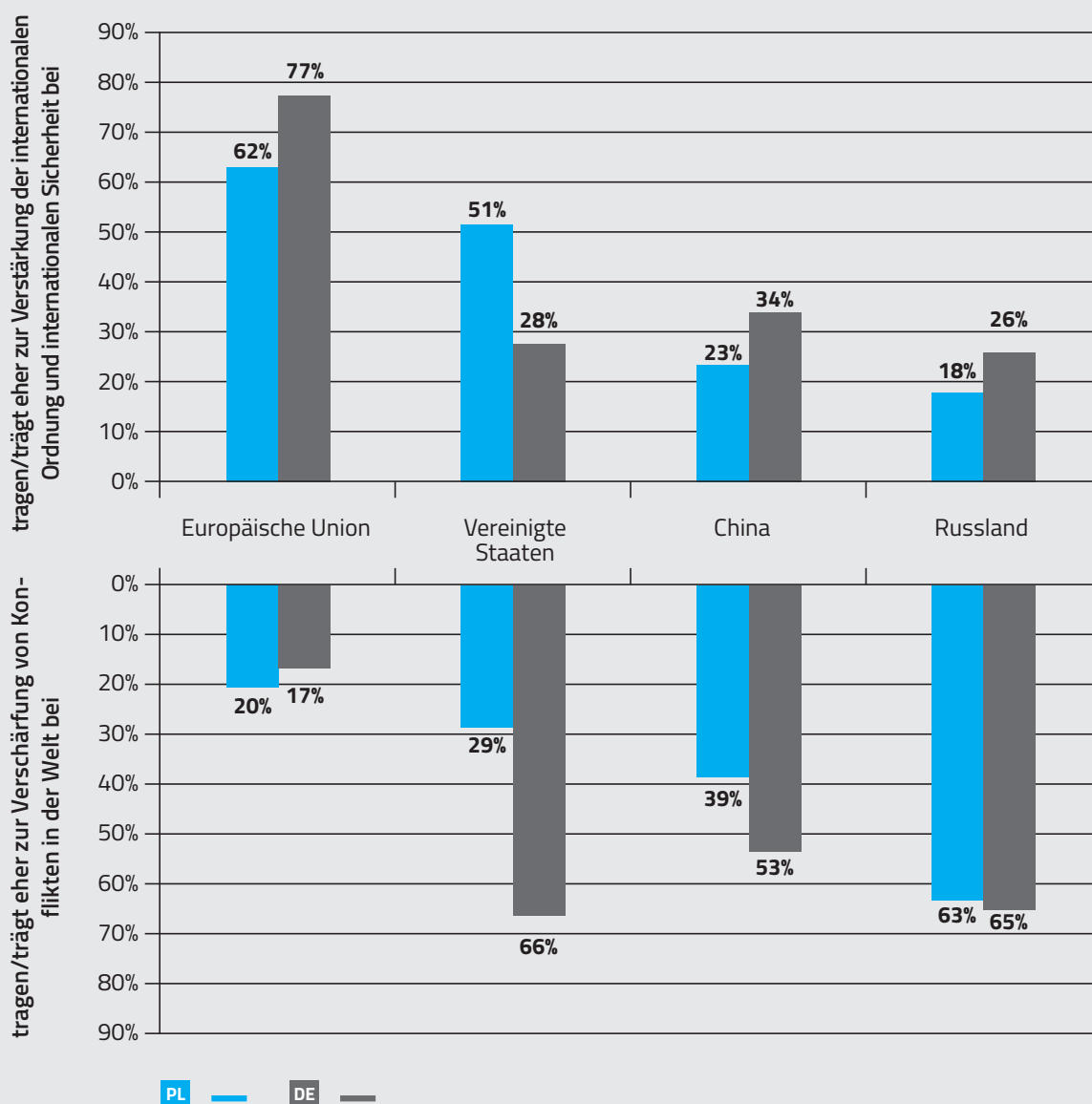
Und auch im Falle Chinas und dessen Rolle in der Weltpolitik überwiegen sowohl in Deutschland als auch in Polen die negativen Einschätzungen. Auf deutscher Seite sind die skeptischen Stimmen mit 53 Prozentpunkten klar vorherrschend, wohingegen auf polnischer Seite auch hier erneut der Anteil der Unentschiedenen mit 38 Prozent bemerkenswert hoch ausfällt.

Deutsche und Polen sind sich einig in der Einschätzung der Rolle der Europäischen Union, Russlands und Chinas in der Weltordnung. Uneins sind sie in der Betrachtung der USA.



Abbildung 25.

Bewertung der Rolle der Vereinigten Staaten, der Europäischen Union, Russlands und Chinas in der Weltordnung.
Antworten von Polen und Deutschen im Jahr 2019.



Ganz anders, weil auffallend unterschiedlich, präsentieren sich die Meinungsbilder beidseits der Oder mit Blick auf die Rolle der USA. Während die Hälfte der polnischen Befragten der Meinung ist, die Vereinigten Staaten setzten sich weltweit für Ordnung und Sicherheit ein (51%), teilt unter den deutschen Befragten diese Ansicht lediglich eine Minderheit von 28 Prozent. Zwei Drittel der Deutschen (66%) behaupten sogar, die USA trügen global zur Verschärfung von Konfliktlagen bei.

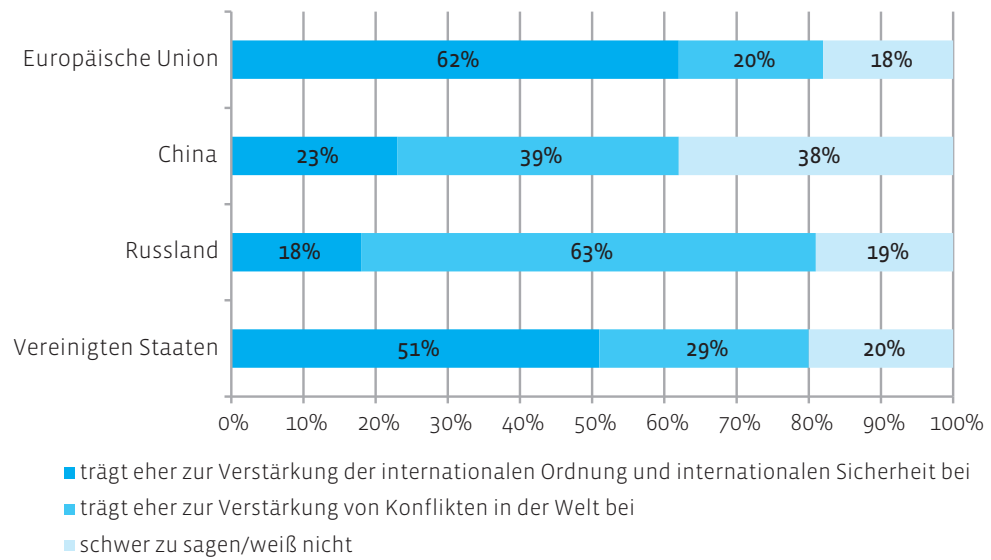
Die Analyse der Antworten die verschiedenen Staaten betreffend zeigt, dass acht Prozent der deutschen Umfrageteilnehmer die abgefragten Staaten positiv einschätzen, wohingegen sechs Prozent der Befragten ihnen gegenüber negativ eingestellt sind. Die entsprechenden polnischen Werte liegen mit jeweils etwa drei Prozent sehr niedrig. Besser nachvollziehen lässt sich dieses Phänomen, wenn man zwei der untersuchten Länder gemeinsam in den Blick nimmt. Die USA und Russland werden von den polnischen Befragten mit einem kumulierten Anteil von zehn Prozent positiv eingeschätzt, zu 21 Prozent hingegen negativ. Auf Seiten der deutschen Befragten liegen die entsprechenden Werte bei zwölf bzw. 49 Prozent, d.h. jeder fünfte Pole respektive jeder zweite Deutsche hat sowohl von den Vereinigten Staaten als auch von Russland eine schlechte Meinung.

Jeder fünfte Pole und jeder zweite Deutsche hat sowohl von Russland als auch von den USA eine schlechte Meinung.

Bei den Antworten der Polen fällt auf, dass die positiven Meinungen bezüglich der Europäischen Union um elf Prozentpunkte höher liegen als jene die USA betreffend. China und Russland hingegen werden im Kontext ihrer Einflussnahme auf die Weltordnung wesentlich negativer beurteilt. Gleichzeitig fällt jedoch der hohe Anteil an polnischen Befragten auf, die Schwierigkeiten haben, dies überhaupt zu beurteilen. Dies belegt aufs Neue, dass in der polnischen Gesellschaft Wissen im Bereich Internationale Beziehungen und Außenpolitik kaum in breitem Maße vorhanden ist.

Weiter sind in Polen regionale Unterschiede bei der Bewertung der Rolle der einzelnen Staaten und der Europäischen Union erkennbar. Die Altersgruppen dagegen unterscheiden sich mit Blick auf die Einschätzungen nicht sehr, außer dass die jüngsten Befragten in Polen weit größere Schwierigkeiten haben als ältere, die Rolle Russlands zu beurteilen (28% trauen sich an dieser Stelle keine Einschätzung zu). Auch hinsichtlich der Parteipräferenzen lassen sich keine relevanten Unterschiede in der Beantwortung der Fragen feststellen. Vor dem Hintergrund der gewaltigen Polarisierung der polnischen Gesellschaft in vielen politischen Bereichen erscheinen vielmehr die Einschätzungen zur Rolle der Europäischen Union und zu den untersuchten Staaten geradezu kohärent.

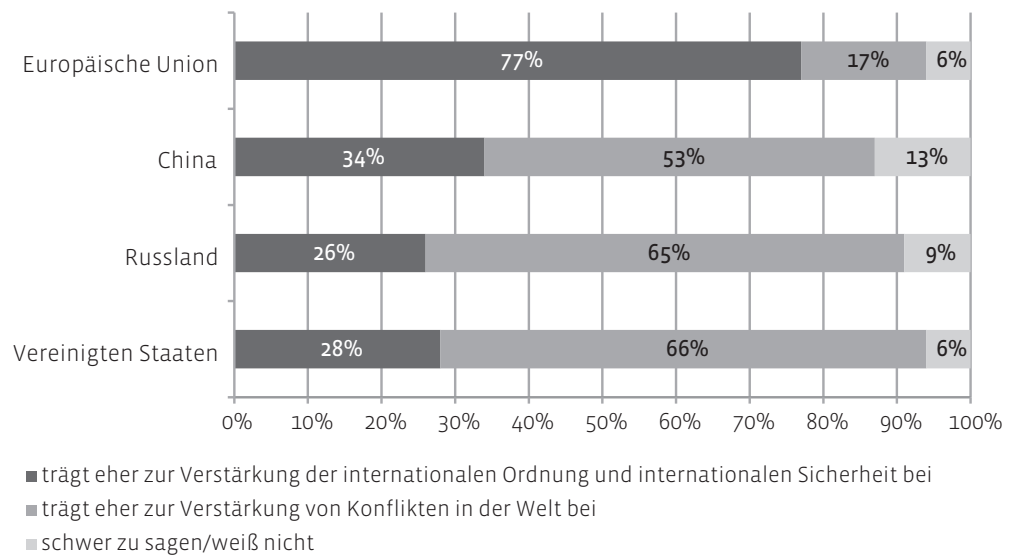
Abbildung 26.
Bewertung der Rolle der
Vereinigten Staaten, der
Europäischen Union,
Russlands und Chinas
in der Weltordnung.
Antworten der Polen im
Jahr 2019.



Quelle: 2019: ISP, SdpZ,
KAS.

Auf deutscher Seite wird die Überzeugung, dass die Europäische Union sich für Ordnung und internationale Sicherheit stark macht, mehr als doppelt so häufig bekundet wie ein diesbezügliches Vertrauen gegenüber China. Doch der Anteil der positiven Bewertungen Chinas ist sogar – und das ist bemerkenswert – immer noch höher als derjenige in Bezug auf die Vereinigten Staaten. Darüber hinaus hat im Vergleich zu den Werten unter den polnischen Befragten ein bedeutend geringerer Anteil der deutschen Befragten zu diesen Fragen keine Meinung.

Abbildung 27.
Bewertung der Rolle der
Vereinigten Staaten, der
Europäischen Union,
Russlands und Chinas
in der Weltordnung.
Antworten der Deutschen
im Jahr 2019.



Quelle: 2019: ISP, SdpZ,
KAS.

Der Blick auf die Rolle ausgewählter Akteure fällt unter den deutschen Umfrageteilnehmern je nach Wohnort unterschiedlich aus. 31 Prozent der westdeutschen Befragten sehen die USA eine positive Rolle in der Welt einnehmen (dabei stammt der höchste Wert aus dem Saarland mit 51%, gefolgt von Bremen mit 49% und Baden-Württemberg mit 40%). Aber nur 15

Prozent der ostdeutschen Befragten bewerten die Vereinigten Staaten positiv. Entsprechend umgekehrt verteilen sich die negativen Einschätzungen: 79 Prozent der Ostdeutschen sehen die USA kritisch (an der Spitze die Einwohner Berlins mit 96%, gefolgt von Brandenburg mit 93% und Thüringen mit 86%) und 62 Prozent der Westdeutschen.

Betrachtet man weiter die deutschen Umfragewerte zu Russland, so lassen sich hier ebenfalls große Unterschiede zwischen den Einwohnern einzelner Bundesländer ausmachen: Am positivsten wird Russland von den Bremern gesehen (55%), gefolgt von den Thüringern (39%), während die negativsten Bewertungen aus dem Saarland (90%), aus Rheinland-Pfalz (89%) und aus Hamburg (79%) stammen.

Schließlich ist darüber hinaus festzuhalten, dass die jüngsten Deutschen auch diejenigen unter den Befragten sind, die wohl die größten Schwierigkeiten haben, sich eine Meinung zu einzelnen Staaten zu bilden. So wissen 15 Prozent der jüngsten Altersgruppe keine Bewertung zur Rolle der USA abzugeben, 19 Prozent keine zu Russland und 23 Prozent keine zu China.

Einstellung zu international führenden Politikern

In der Bewertung von fünf derzeit die Weltpolitik federführend mitbestimmenden Politikern unterscheiden sich Deutsche und Polen, je nach abgefragter Führungspersönlichkeit, mal mehr und mal weniger. Ähnlich wie bei der Frage nach der Einschätzung verschiedener Staaten und ihrer jeweiligen Rolle in der Weltpolitik lässt sich aber feststellen, dass sich die Polen auch an dieser Stelle häufiger als die Deutschen der Meinung enthalten.

Vergleichsweise ähnlich fallen die Bewertungen zu Wladimir Putin und Xi Jinping aus, bei denen auf beiden Seiten der Oder die negativen Urteile überwiegen, im Falle des russischen Präsidenten sogar deutlich. Zum chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping haben die Deutschen eine dezidiertere Haltung als die Polen, die sich hier zu 38 Prozent der Meinung enthalten. Demgegenüber liegen die deutschen und polnischen Negativbewertungen in Bezug auf Angela Merkel fast gleichauf. Allerdings ist die deutsche Bundeskanzlerin unter den hier abgefragten fünf international bedeutenden Politikern mit einem Anteil von 48 Prozent die von den Polen am positivsten bewertete Spitzenpolitikerin, wobei vergleichsweise der Anteil der positiven Einschätzungen der Deutschen für die Kanzlerin mit 61 Prozent noch deutlich höher liegt. Nur knapp hinter der Kanzlerin folgt auf der polnischen Beliebtheitskala US-Präsident Donald Trump (47%), der jedoch von den Deutschen mit einem Anteil von 82 Prozent an negativen Bewertungen ganz anders gesehen wird. Umgekehrt wiederum entwickeln die Polen zum französischen Präsidenten Emmanuel Macron keine vergleichbar positive Einstellung wie die Deutschen (68%), sondern sind ihn betreffend geteilter

In der Beurteilung international führender Politiker sind Deutsche und Polen nicht immer auf einer Linie.

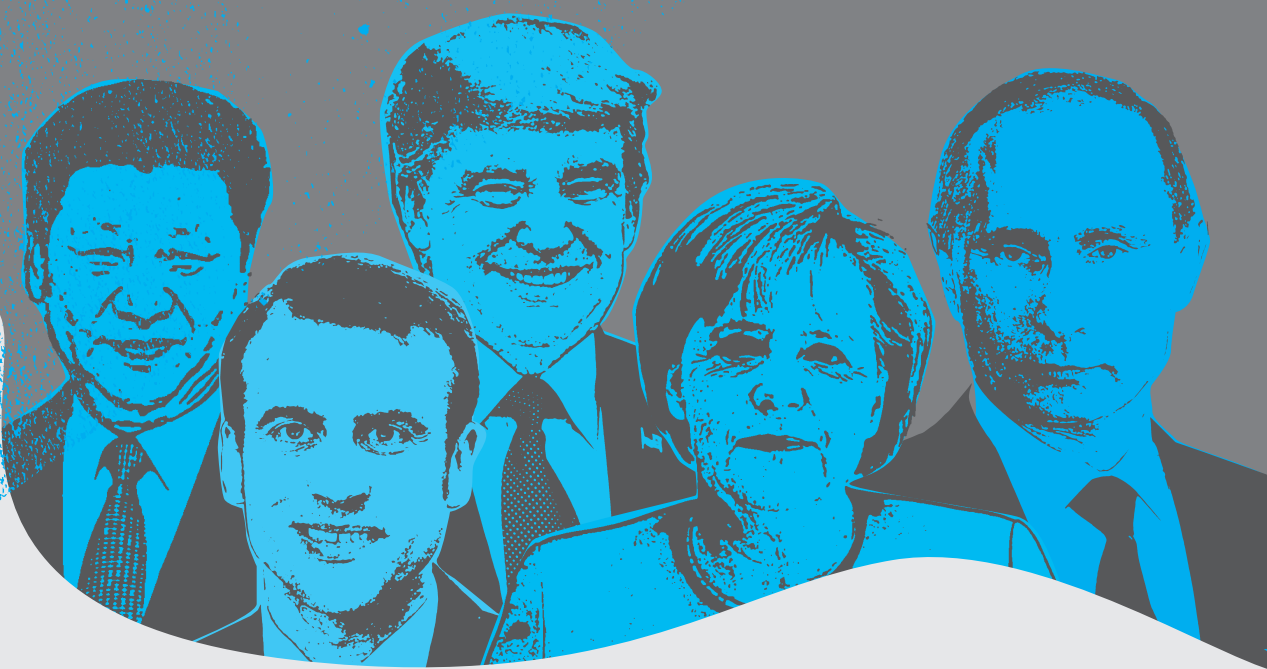
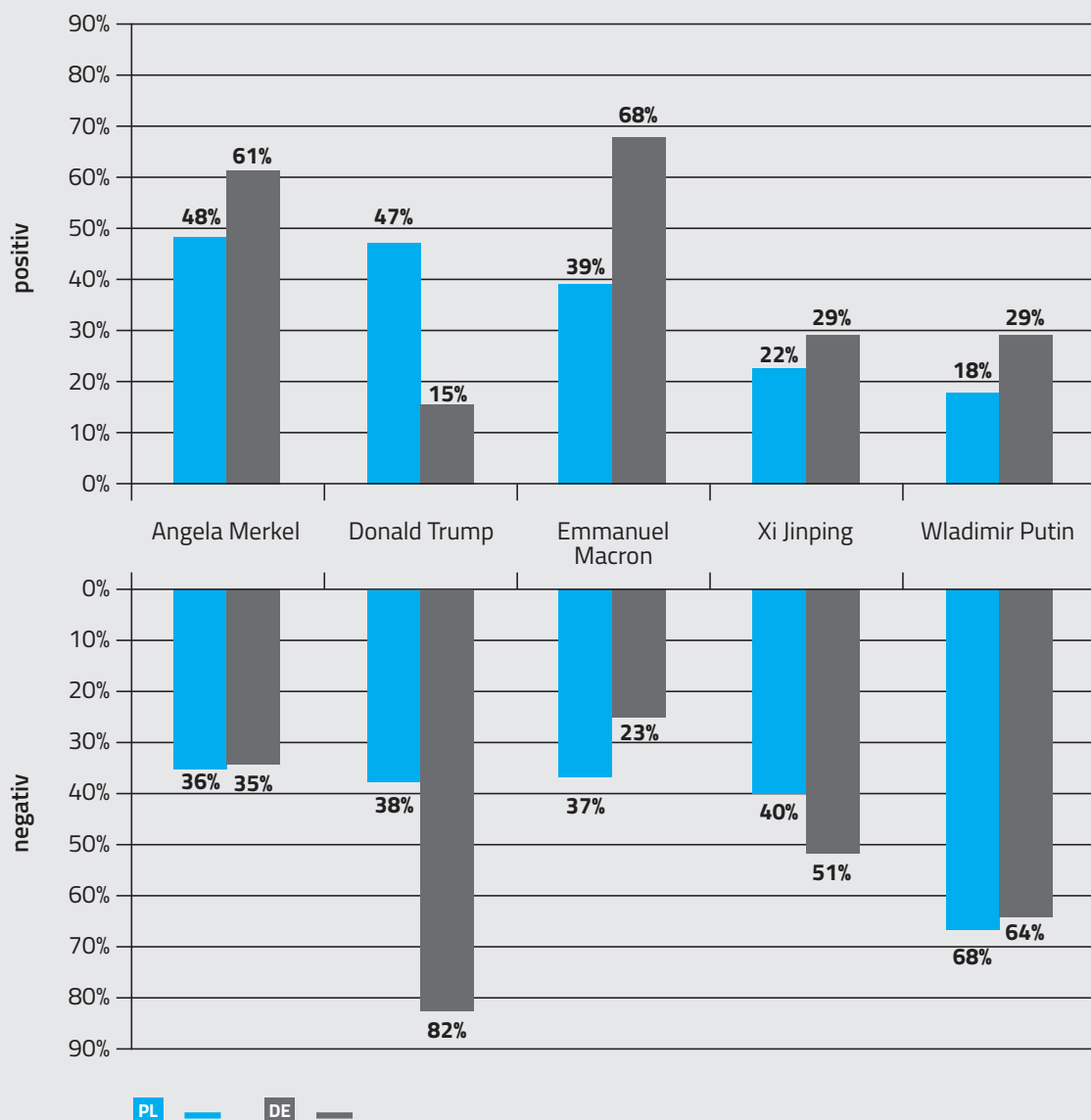


Abbildung 28.

Einstellung zu Politikern von globaler Bedeutung.
 Antworten von Polen und Deutschen im Jahr 2019.



Quelle: 2019: ISP, SdpZ, KAS

Meinung (37% zu 39%). Klar negativ aber sind die polnischen Meinungen zu Wladimir Putin, den sogar ein Drittel der Befragten „entschieden negativ“ beurteilt (32%) – eine Besonderheit bei Umfragen dieses Typs, da Teilnehmer tendenziell eher Antworten des mittleren Meinungsspektrums bevorzugen.

	sehr positiv	eher positiv	eher negativ	sehr negativ	schwer zu sagen/ weiß nicht
Donald Trump	6%	41%	28%	10%	15%
Wladimir Putin	3%	15%	36%	32%	14%
Angela Merkel	6%	42%	27%	9%	16%
Emmanuel Macron	5%	34%	25%	12%	24%
Xi Jinping	3%	19%	29%	11%	38%

Tabelle 12.
Einstellung zu Politikern von globaler Bedeutung. Antworten der Polen im Jahr 2019.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ, KAS.

Mit Blick auf die Politiker, die es im Rahmen dieser Studie zu bewerten gilt, vertreten die Deutschen insgesamt eine dezidiertere Meinung als die Polen. Eine entschieden negative Einstellung zu Donald Trump geben 47 Prozent der deutschen Befragten an, während nur verschwindende drei Prozent keine Meinung zum amerikanischen Präsidenten haben. Auffallend hoch sind dagegen – verglichen mit den Werten zu den anderen Politikern – die deutlich positiven Meinungen bezüglich Angela Merkel (14%) und Emmanuel Macron (12%).

	sehr positiv	eher positiv	eher negativ	sehr negativ	schwer zu sagen/ weiß nicht
Donald Trump	2%	13%	35%	47%	3%
Wladimir Putin	4%	25%	42%	22%	7%
Angela Merkel	14%	47%	28%	7%	4%
Emmanuel Macron	12%	56%	19%	4%	9%
Xi Jinping	3%	26%	32%	19%	20%

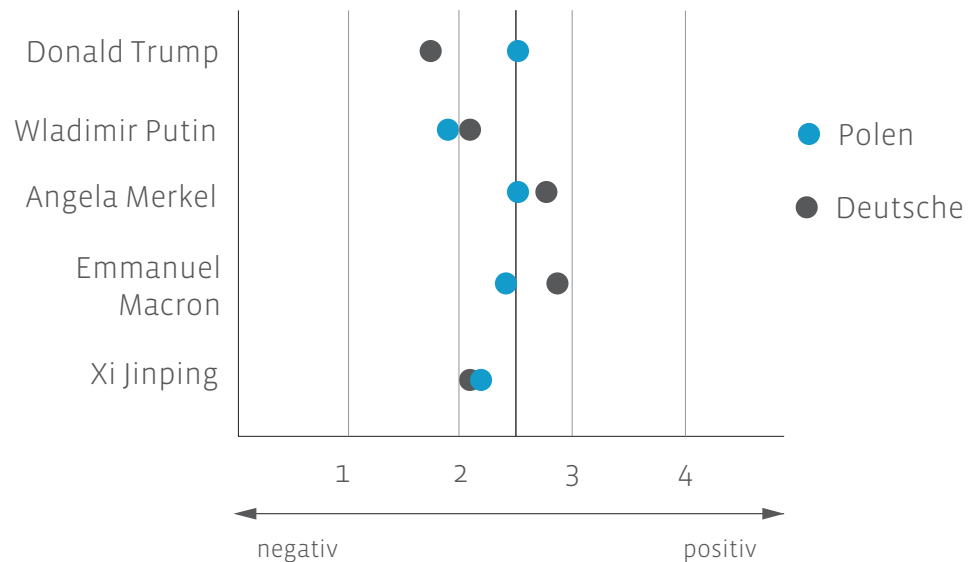
Tabelle 13.
Einstellung zu Politikern von globaler Bedeutung. Antworten der Deutschen im Jahr 2019.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ, KAS.

Betrachtet man die Durchschnittswerte der Meinungen zu den genannten Politikern, ist mit Blick auf Donald Trump der Unterschied zwischen den polnischen und den deutschen Bewertungen (2,51 zu 1,7) klar zu erkennen. Und es fällt außerdem Folgendes auf: die Polen bewerten den russischen Präsidenten Wladimir Putin besser als die Deutschen US-Präsident Donald Trump.

Abbildung 29.
Einstellung zu Politikern
von globaler Bedeutung.
Antworten der Polen und
Deutschen im Jahr 2019
(Durchschnittswerte).*

Quelle: 2019: ISP, SdpZ,
KAS.



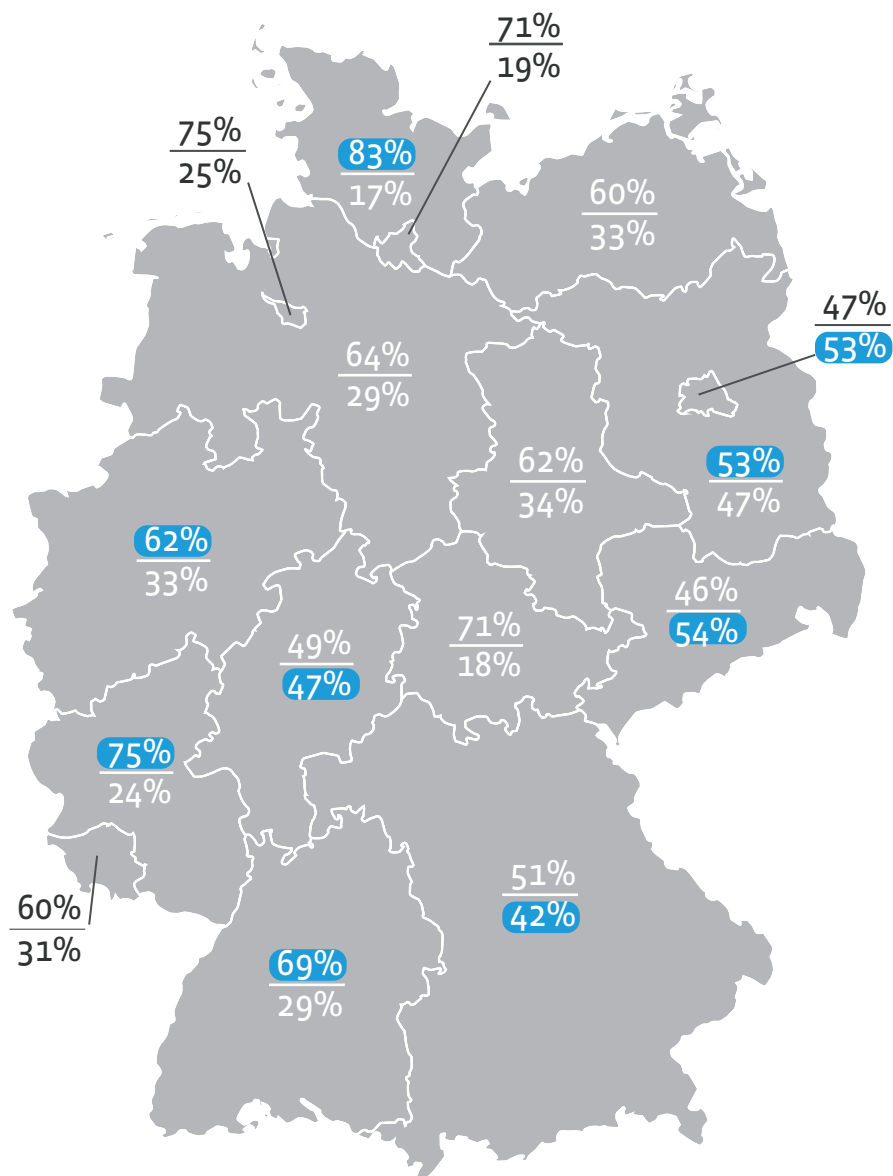
* Die Durchschnittswerte wurden errechnet aus den Antworten auf einer Skala von 1 (entschieden negativ) bis 4 (entschieden positiv), d.h. je höher ein Durchschnittswert ausfällt, desto positiver ist die Bewertung.

Das Alter der polnischen Befragten hat nahezu kaum Auswirkungen auf die Bewertungen der hier abgefragten internationalen Spitzenpolitiker, außer dass gegenüber den jüngeren Altersgruppen die ältesten Befragten Angela Merkel und Emmanuel Macron negativer bewerten (46% und 53% negative Antworten). Auch regionale Unterschiede sind feststellbar, doch ist es schwierig, daraus signifikante Tendenzen abzulesen. Deutlich hingegen sind die Unterschiede in den Bewertungen entlang der Parteipräferenzen: Die Anhänger der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) haben weit häufiger (61%) eine positive Meinung bezüglich Donald Trump als die Wähler der Europäischen Koalition (40%) und der Partei „Frühling“ (37%). Andererseits sehen sie aber Wladimir Putin (77%), Angela Merkel (51%) und Emmanuel Macron (53%) kritischer.

Deutsche über 75 Jahre sehen Donald Trump negativ, und das mit einem Wert von 90 Prozent. Bei den Bewertungen zu Wladimir Putin sticht hingegen die jüngste Altersgruppe der deutschen Befragten (bis 24 Jahre) heraus: 31 Prozent von diesen nehmen den russischen Präsidenten positiv wahr. Im Gegensatz dazu weist die älteste Gruppe unter den deutschen Befragten Putin betreffend die schlechteste Meinung (77%) aus. Einen weiteren erkennbaren Unterschied in der Einschätzung des russischen Staatsoberhauptes gibt es auch zwischen Ost- und Westdeutschland. 38 Prozent der ostdeutschen Befragten sehen ihn positiv, aber lediglich 27 Prozent der westdeutschen Befragten schließen sich diesem Urteil an; entsprechend lesen sich die Negativwerte in Ost (53%) und West (67%). Heraus sticht vor diesem Hintergrund Berlin, das im Kalten Krieg in Ost und West geteilt war und heute

zu den östlichen Bundesländern zählt. Seine Einwohner haben zu 87 Prozent eine schlechte Meinung vom russischen Präsidenten; ein ähnlich negativer Wert wie etwa in Hamburg (92%). Am wohlwollendsten sehen Putin dagegen im Osten die Einwohner Sachsen-Anhalts (61%) und Thüringens (50%), im Westen die der Freien Hansestadt Bremen (53%).

Die Regierungschefin des eigenen Landes wird von den deutschen Befragten der beiden jüngsten Altersgruppen am negativsten bewertet: unter



$\frac{72\%}{8\%}$ = sehr/eher positiv
 $\frac{8\%}{72\%}$ = sehr/eher negativ

72% statistisch auffälliger Wert

Karte 6:
 Einstellung zu Angela Merkel. Antworten der Deutschen im Jahr 2019 nach Wohnort.

Quelle: 2019: ISP, SdpZ, KAS.

denjenigen bis 24 Jahre mit einem Anteil von 40 Prozent, in der Gruppe bis 34 Jahre zu 47 Prozent. Das höchste Ansehen genießt die Bundeskanzlerin unterdessen in der Altersgruppe der 65-74-Jährigen mit einer Zustimmungsrate von 70 Prozent. Keine Meinung haben dagegen vergleichsweise häufig jüngste Befragte in Deutschland zum französischen Präsidenten (16%) und sogar doppelt so viele zum chinesischen Staatslenker (32%). Und regional betrachtet erreicht Angela Merkel die positivsten Werte in Schleswig-Holstein (83%) und Rheinland-Pfalz (75%); am negativsten gesehen wird sie demgegenüber in Sachsen (54%) und Berlin (53%).

Setzt man für die Polen die Bewertungen mit Blick auf Angela Merkel in Relation zu den Bewertungen des Zustandes der deutsch-polnischen Beziehungen, so zeigen sich zu erwartende Tendenzen: Befragte, die die gegenseitigen Beziehungen positiv einschätzen, finden auch die Kanzlerin gut (60%). Umgekehrt konstatieren 60 Prozent der Befragten einen schlechten Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen und bewerten parallel die Rolle der deutschen Regierungschefin negativ.



Anhand der regelmäßig durchgeführten Untersuchungen der Reihe „Deutsch-Polnisches Barometer“ lassen sich Veränderungsdynamiken der gegenseitigen Wahrnehmungen nachvollziehen und die Ursachen dafür aufzeigen. Gerade für dieses Jahr erweist sich diese Eigenschaft als besonders wertvoller Aspekt der hier vorgelegten aktuellen Umfrage. In beiden Ländern ist das Jahr 2019 einerseits geprägt von politisch-historisch aufgeladenen Debatten rund um die wichtigen Jahrestage und parallel dazu andererseits von laufenden politischen Debatten zu aktuellen Entwicklungen. Dies wurde durch die Aufnahme einiger neuer Fragen in die Studie berücksichtigt. Diese beziehen sich nicht zwingend auf die Wahrnehmung des jeweiligen Nachbarlandes, sondern auf die in beiden Ländern auszumachenden gemeinsamen Erfahrungen und Wahrnehmungen der Herausforderungen. Die diesbezüglich in den Antworten zutage tretenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschen und Polen sind besonders aufschlussreich.

Mehr oder weniger überraschende Meinungen

Das überraschendste Ergebnis der vorliegenden Studie ist der deutliche Stimmungswandel der Deutschen im Hinblick auf die deutsch-polnischen Beziehungen. Über viele Jahre hinweg hatten stets die Polen einen positiveren Eindruck von den gemeinsamen Beziehungen. Nun aber fällt die Beurteilung der Deutschen zum ersten Mal – wenn auch mit einem Prozentpunkt nur minimal – besser aus als die der polnischen Befragten. Der erdrutschartige Anstieg an positiven Einschätzungen um 29 Prozentpunkte bedeutet nahezu eine Verdoppelung von 31 auf 60 Prozent. Wie im ersten Teil des Berichts bereits erwähnt, ist dafür eine Gemengelage mehrerer Faktoren verantwortlich. Auf deutscher Seite traten das Thema Polen und die deutsch-polnischen Beziehungen in letzter Zeit in der öffentlichen Wahrnehmung in den Hintergrund. Der Brexit, die Politik von Donald Trump, die wirtschaftliche Rivalität zu China oder die Kriege in den Nachbarregionen der Europäischen Union überlagerten etwaige Berichte aus Polen. Und in der Folge scheint bei den Deutschen offenbar der Eindruck entstanden zu sein, die deutsch-polnischen Beziehungen verliefen reibungslos. Ferner werden potentiell disruptive Themen wie die punktuell auftauchenden Forderungen nach Kriegsreparationen überwiegend als innenpolitisches Thema diskutiert, so dass viele Deutsche dies gar nicht mitbekommen oder solchen Inhalten wenig Aufmerksamkeit schenken, weil sie die Thematik für unwichtig oder unrealistisch erachten. Inwieweit man sich daher über die so positiven

Einschätzungen der gegenseitigen Beziehungen tatsächlich freuen kann, wird davon abhängen, ob sie das Wahljahr in Polen sowie die kommenden Entwicklungen auf europäischer Ebene überdauern werden.

Auf polnischer Seite allerdings ist bezüglich der positiven Einschätzungen der Beziehungen seit Jahren ein, wenn auch langsamer, so doch stetig sich fortsetzender Abwärtstrend zu verzeichnen. Der Anstieg der Negativbewertungen hingegen verläuft noch moderater und liegt nur wenig über der statistischen Fehlertoleranz, aber auch diese Tendenz ist sichtlich vorhanden. Der Anteil der Befragten, die zur Frage der Bewertung der Beziehungen keine Meinung äußern, verharrt seit dem Jahr 2015 auf gleichbleibend hohem Niveau. Erklären ließ sich dies bereits im letzten Jahr damit, dass ein Teil der Polen durch die virulente Konfrontation mit widersprüchlichsten Bewertungen der Beziehungen zum westlichen Nachbarn schlicht die Orientierung verloren hat. Doch letztlich sollte man die Tatsache, dass Deutsche und Polen den Zustand der gegenseitigen Beziehungen ähnlich, und zwar mehrheitlich als gut einschätzen, mit Genugtuung aufnehmen – allerdings nicht vorbehaltlos, wie die oben erwähnten Faktoren verdeutlichen.

Angesichts des stark polarisierten innerpolnischen Diskurses ist die Frage von Interesse, inwieweit die Meinungen der Befragten von deren Parteipräferenz abhängen. In der Tat gibt es deutliche Hinweise auf eine solche Wechselwirkung. Doch für die Einschätzung des Zustandes der deutsch-polnischen Beziehungen gibt es keine signifikanten statistischen Unterschiede zwischen den Wählern der Regierungspartei und den Anhängern der Opposition. Dies zeigt, dass deutschlandbezogene Themen die polnische Gesellschaft nicht so sehr spalten, wie es in den politischen Debatten den Anschein hat. Parteifunktionäre beider Lager, aber auch einzelnen Parteien zugeneigte Experten und Journalisten sind nicht selten radikaler in ihren Meinungen zu Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen, als dies ihre Wähler bzw. Rezipienten sind. Zudem wird immer wieder aufs Neue deutlich, wie sehr einzelne Positionen der Regierung zu Deutschland je nach innenpolitischen Erfordernissen variieren. So kann man am selben Tag Nachrichten darüber hören, wie exzellent sich die Beziehungen – nicht nur wirtschaftlich – entwickeln (vor allem anlässlich hochrangiger Besuche aus Deutschland), um wenig später die Kunde vom höchst besorgniserregenden Zustand der Beziehungen zu vernehmen, mit dem Verweis auf die offenen Wunden der Geschichte und verweigerte Reparationszahlungen.

Darüber hinaus sind es, wie bereits in den vergangenen Jahren, auch 2019 die jüngsten Befragten, die generell die größten Probleme haben, eine Meinung zu äußern. Dies betrifft nicht nur die deutsch-polnischen Beziehungen, sondern auch viele andere gesellschaftspolitische Themen, was erneut die Notwendigkeit von Investitionen in Bildungs- und Austauschprogramme für

Jugendliche bestätigt, um politische Meinungsbildung sowie ein gegenseitiges Verständnis zu ermöglichen und zu fördern.

Die gemeinsame Geschichte bleibt eine Herausforderung

In beiden Gesellschaften herrscht die Überzeugung vor, dass der Zweite Weltkrieg nach wie vor einen Einfluss auf die gegenseitigen Beziehungen hat. Dies ist eine wichtige Diskussionsgrundlage für die gemeinsame Aufarbeitung schwieriger historischer Kapitel. Dass Letztere notwendig bleibt, zeigen die hier ermittelten Meinungsbilder. Diskussionen über die Geschichte müssen beiderseits auf der Grundlage verlässlicher Informationen stattfinden, die die historischen Umstände möglichst vollständig ausleuchten. Das allmähliche Schwinden derjenigen Generation, die den Krieg und seine Folgen noch persönlich erlebt hat, schlägt sich auch in den Umfrageergebnissen nieder. Die jüngere Generation bewertet den Einfluss des Krieges auf die deutsch-polnische Gegenwart weniger stark, doch das sollte nicht dazu verleiten, das Thema als verarbeitet und abgeschlossen zu betrachten. Gleichzeitig ist jedoch ein differenzierter Umgang mit jenen Gruppen zu finden, die diesen Einfluss als zu stark bzw. zu gering erachten; etwa indem man deutlich macht, dass die gemeinsame Geschichte einen festen Bestandteil der Beziehungen bildet und man die hierfür notwendige Sensibilität aufbringen sollte – ohne den Fokus ausschließlich oder zu sehr auf die Vergangenheit zu legen.

Auffällig ist allerdings die Tatsache, dass doppelt so viele Deutsche wie Polen der Ansicht sind, das polnische Leid sei von der internationalen öffentlichen Meinung ausreichend anerkannt. Dies zeigt, dass mehr Umsicht, Sensibilität und Initiative für ein gegenseitiges Verständnis notwendig sind. Hier sind Anstrengungen notwendig, mögliche Wissenslücken der Deutschen in Bezug auf den östlichen Nachbarn zu verkleinern, um ein besseres Verständnis der polnischen Geschichte und der damit einhergehenden Empfindsamkeiten zu fördern. Dies ist eine gemeinsame Aufgabe, die die Etablierung einer bewussteren schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit, einer staatsbürgerlichen Erziehung und der Vermittlung interkultureller Kompetenzen umfasst. Auch sollte die Vermittlung von Wissen über die polnische Geschichte in deutschen Lehrbüchern und im Rahmen deutsch-polnischer Projekte selbstverständlich sein. Dies wäre ein Schritt, Polen davon zu überzeugen, dass die tragischen Aspekte ihrer Geschichte im deutschen kollektiven Gedächtnis nicht verdrängt werden sollen. Gleichzeitig aber sind auch die Polen dazu aufgerufen, den Blick auf die Vergangenheit nicht zum Fixpunkt der gemeinsamen Beziehungen zu machen. Denn wie im Deutsch-Polnischen Barometer des vergangenen Jahres gezeigt wurde, wünschen sich beide Gesellschaften mehrheitlich, es möge in den gegenseitigen Beziehungen vor allem um Gegenwart und Zukunft gehen.

Ein ähnliches Anerkennungsproblem gibt es im Zusammenhang mit der Wende von 1989/90. Weniger als die Hälfte der Deutschen schätzt den Beitrag Polens zum Mauerfall und zur Demokratisierung Mittelosteuropas als wesentlich ein; die Mehrheit hat dazu eine eher zurückhaltende Meinung. Diese Haltung ist zum einen das Ergebnis einer Engführung des Blicks auf den deutschen Wiedervereinigungsprozess, zum anderen der – sogar in den Schulbüchern auszumachenden – übermäßigen Betonung der Rolle Michail Gorbatschows für die damaligen Umwälzungsprozesse geschuldet. In diesem Narrativ spielen die Polen eher eine Nebenrolle. Die Zahlen belegen ein mangelndes Bewusstsein dafür in Deutschland. Und vielleicht ist die Frustration über die wahrgenommene Nichtbeachtung des polnischen Beitrages zur europäischen Zeitgeschichte durchaus berechtigt. Geringes Interesse auf deutscher Seite ist jedenfalls wenig hilfreich für die Gestaltung eines Dialogs auf Augenhöhe. Wenngleich zu hinterfragen wäre, wie Polen und Deutsche in gleicher Weise geteilte Geschichte bewerten können. Die nationalen Narrative sind trotz einiger wissenschaftlicher Brückenprojekte recht exklusiv. Hier wären folglich Initiativen vonnöten, um den Deutschen die bedeutende Rolle Polens im Zuge des Transformationsprozesses stärker ins Bewusstsein zu rufen. Dabei sollte es sich aber nicht nur um symbolische Veranstaltungen mit Eventcharakter handeln, sondern vielmehr um in Breite wirkende pädagogische Maßnahmen. Doch auch unter den Polen selbst herrscht bei der Bewertung der Ereignisse von 1989/90 längst kein Konsens – vielmehr gibt es gegenwärtig Streitigkeiten um dieses sogenannte „epochale Datum“. Anfang des Jahres 2019 stellte das Warschauer Meinungsforschungszentrum CBOS folgende Frage: „Welches Ereignis bedeutet für Sie das Ende des kommunistischen Systems in Polen?“ 25 Prozent der Befragten antworteten, dies sei der Tag der ersten vollständig freien Sejm- und Senatswahlen in Polen 1991; 22 Prozent hingegen nannten den Runden Tisch, elf Prozent den Sturz von General Jaruzelski und die Wahl Lech Wałęsas zum Staatspräsidenten, neun Prozent die Ernennung der ersten Regierung Tadeusz Mazowiecki und lediglich sieben Prozent die nur teilweise freien Wahlen am 4. Juni 1989. Jeder fünfte Befragte hatte keine Meinung zu diesem Thema.¹ Eine solche Uneinigkeit der Polen untereinander ist kaum dazu geeignet, starke Botschaften glaubhaft nach außen zu tragen.

In die gleiche Richtung, aber mit verschiedenen Perspektiven

Die Antworten auf die Fragen zur Wahrnehmung der aktuellen Situation in der Welt zeigen, wie groß die Herausforderungen in den gegenwärtigen deutsch-polnischen Beziehungen sind. Verschiedene historische Erfahrungen – trotz oder gerade wegen der geografischen Nähe – haben bei Deutschen

¹ Trzydziesta rocznica obrad Okrągłego Stołu (Dreißigster Jahrestag der Beratungen am Runden Tisch). Bekanntmachung der Studie Nr. 16/2019, Zentrum für Meinungsforschung (CBOS), Warschau 2019, S. 2.

und Polen zu verschiedenen Deutungen der politisch notwendigen Entscheidungen geführt, z.B. in Sicherheitsfragen.

Die Polen sind zu 76 Prozent davon überzeugt, dass der Beitritt ihres Landes sowie anderer Staaten Mittel- und Osteuropas zur Europäischen Union im Jahr 2004 zur wirtschaftlichen Entwicklung und politischen Stabilität beigetragen hat. Die Deutschen sind hiervon zu 64 Prozent überzeugt. Die Einschätzung der Polen im Rahmen der vorliegenden Barometer-Umfrage ist insoweit vergleichbar mit der allgemein hohen Zustimmungsrates zur polnischen Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Die Polen sehen die Entwicklung aus ihrer eigenen Perspektive, nehmen die Veränderungen in ihrem Land wahr und erkennen die Vorteile aufgrund der Mitgliedschaft. Die deutsche Perspektive ist da eine andere. Die Gruppe der deutschen Zweifler äußert zwar Bedenken, dass die Entwicklung in den Ländern Mittelosteuropas vermeintlich durch die Beiträge deutscher Steuerzahler zum EU-Haushalt bezahlt wird. Doch dieselben Bedenkensträger wissen selten etwas über die Vorteile, die der deutschen Wirtschaft dadurch entstehen. Und darüber hinaus ist anzunehmen, dass die aktuellen Prozesse – das Erstarken populistischer Kräfte in Mittel- und Osteuropa sowie die konfrontative Haltung, die so manche Regierung aus dieser Region im Kontext von Entscheidungen in der Union einnimmt – zahlreiche Befragte zu dem Schluss kommen lässt, die Mitgliedschaft dieser im Jahr 2004 beigetretenen Länder habe gerade nicht zur Stabilität der Gemeinschaft beigetragen.

Derweil sind die Polen mit 62 Prozent weniger überzeugt von einem positiven Beitrag der Europäischen Union zur Weltordnung als die Deutschen, die zu 77 Prozent dieser Auffassung sind. Dies ist zum Teil auf das geringere Wissen der Polen zu internationalen Themen zurückzuführen, was sich an der unterschiedlichen medialen Berichterstattung in beiden Ländern ablesen lässt. Daher haben auch weitaus mehr polnische als deutsche Befragte zu dieser Frage keine Meinung angegeben: in Polen 18 Prozent gegenüber sechs Prozent in Deutschland. Ferner ist in Polen aufgrund des anhaltenden Konflikts in der Ukraine, d.h. in unmittelbarer Nachbarschaft, das Bewusstsein für die begrenzte Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in sicherheitspolitischen Fragen stärker ausgeprägt. Und schließlich hängt die Meinung der Polen auch mit der verbreiteten Vorstellung von der Schlüsselrolle der USA für die Weltordnung zusammen.

Lediglich zwölf Prozent der Polen teilen die Ansicht, der Beitritt Polens und anderer mittel- und osteuropäischer Länder zur NATO im Jahr 1999 habe nicht zu einem Zuwachs an Sicherheit in Europa geführt. Die Einhelligkeit in dieser Frage zeigt sich darüber hinaus darin, dass weder Alter noch Parteipräferenz einen statistischen Einfluss auf die Antworten aufweisen. Dies steht auch im Einklang mit anderen Studien, in denen die Beurteilung der Zugehörigkeit zur NATO abgefragt wurde: 86 Prozent der Befragten geben an, dass der Beitritt zum Nordatlantischen Bündnis für Polen ein bahnbrechender bzw.

wichtiger Schritt war, während 80 Prozent die polnische Mitgliedschaft im Bündnis begrüßen.² Indes sieht jeder vierte Deutsche keinen Zusammenhang zwischen dem Beitritt der Länder Mittel- und Osteuropas zur NATO und einem Zuwachs an Sicherheit in Europa. Dabei ist allerdings zu beachten, dass der Anteil derer, die diese Frage entschieden negativ beantworten, mit vier Prozent nur sehr gering ist. Dies zeigt, dass relativ wenige Deutsche mit der prorussischen Sichtweise übereinstimmen, wonach die Erweiterung der NATO Europa destabilisiert und Russland damit zu seiner aggressiv-antiwestlichen Politik „gezwungen“ habe. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein recht großer Teil der deutschen Befragten dieser Sichtweise zumindest potentiell offen gegenübersteht. Das belegen auch die positiven Einschätzungen zu Wladimir Putin (29%), vor allem verglichen mit denen zu Donald Trump (15%). Mit der Präsidentschaft Donald Trumps hat die Skepsis gegenüber den USA in Deutschland stark zugenommen; es lässt sich hier durchaus von einem in der Gesellschaft verbreiteten Antiamerikanismus sprechen.³ Sogar die Wahrnehmung Chinas (34%) übertrifft mittlerweile jene der Vereinigten Staaten (26%) als positives Partnerland. Russland (65%) und die USA (66%) werden in ähnlicher Weise als Akteure wahrgenommen, die eher zu einer Konfliktverschärfung in Europa beitragen. Ein Phänomen, das für Polen nur schwer nachvollziehbar ist. Die Polen berufen sich in ihrer Einschätzung der Rückversicherung auf klare Fakten: Während die seit Jahrzehnten in Deutschland stationierten US-Streitkräfte die Sicherheit Deutschlands garantieren, führt Russland Krieg gegen sein Nachbarland Ukraine und unterstützt das Assad-Regime in Syrien. Die Bundeswehr alleine ist trotz eines steigenden Wehretats immer noch vergleichsweise schwach und steht als sogenannte „Parlamentsarmee“ für schnelle und effektive Auslandseinsätze zur Verteidigung von Bündnispartnern nicht zur Verfügung. Die Polen jedenfalls haben in diesem Bereich diametral entgegengesetzte Einstellungen. Unabhängig von Parteipräferenzen bewerten sie die Rolle der USA in der Weltordnung durchweg positiv. Auch Donald Trump wird häufiger positiv als negativ bewertet, obwohl die Polen an dieser Stelle zunehmend geteilter Auffassung sind. Die vorwiegend positiven Einschätzungen mit Blick auf die USA - einschließlich des derzeitigen Präsidenten - hängen eng zusammen mit dem sehr positiven Bild der NATO und einem Gefühl der Sicherheit durch die Mitgliedschaft im Bündnis. Die Anwesenheit von US-Truppen in Polen ist ein Versprechen für mehr Sicherheit gegenüber Russland. Vor dem Hintergrund jahrelanger Bemühungen um die Stationierung von US-Einheiten in Polen und um eine enge und dauerhafte Zusammenarbeit, ist für die Polen die deutsche Debatte über die Stärkung der europäischen Fähigkeiten angesichts eines

2 20 lat członkostwa Polski w NATO (20 Jahre Mitgliedschaft Polens in der NATO). Bekanntmachung der Studie Nr. 31/2019, Zentrum für Meinungsforschung (CBOS), Warszawa 2019, S. 2, 5.

3 Mehr in: Christoph von Marschall, *Wir verstehen die Welt nicht mehr*, Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 2018.

etwaigen Rückzugs der Vereinigten Staaten aus Europa nicht nachvollziehbar. Ganz im Gegenteil sind die Polen durch die erfolgreich verlaufende Erhöhung der US-Präsenz im Land mehr denn je von einer nachhaltigen und guten Zusammenarbeit überzeugt. Allerdings differenzieren diese Meinungen nicht unbedingt, dass zwischen einseitig gegebenen Sicherheitsgarantien für ein einzelnes Land und der generellen Stärkung des Nordatlantischen Bündnisses durchaus ein Unterschied besteht. Vielmehr versucht die polnische Regierung den Eindruck privilegierter Beziehungen mit den USA zu vermitteln, gerade weil die diesbezüglichen Verhandlungen bilateral geführt wurden. Gleichwohl wird die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Polen („Fort Trumpf“), vor allem angesichts eines aggressiven Nachbarn im Osten, das Sicherheitsgefühl der Polen definitiv erhöhen. Zudem werden NATO-Truppen oftmals als gleichbedeutend mit US-Truppen wahrgenommen, da die Vereinigten Staaten über die weitaus stärkste Armee innerhalb des Bündnisses verfügen. Insofern sind die ähnlichen Einschätzungen der Polen zur NATO und zum Partner in Übersee grundsätzlich stimmig.

Das oben genannte deutsch-polnische Missverhältnis bei der Beurteilung der amerikanischen Großmacht beschreibt eine der entscheidende Herausforderung der gegenwärtigen deutsch-polnischen Beziehungen: Deutsche und Polen haben sehr unterschiedliche Vorstellungen von der zukünftigen Rolle der USA in Europa, den transatlantischen Beziehungen und der zukünftigen Sicherheitsarchitektur. Ohne ein Verständnis für die Ursachen dieser unterschiedlichen Sichtweisen besteht die Gefahr, in eine Negativspirale gegenseitiger Vorwürfe wie Kurzsichtigkeit, mangelndes Reflexionsvermögen oder Entsolidarisierung zu geraten. Expertengespräche sind hilfreich, um das gegenseitige Verständnis zu erleichtern, und sie zeigen häufig, dass in diesen Kreisen die Meinungen von Polen und Deutschen nicht selten nahe beieinander liegen. Doch wenn Teile der deutschen politischen Eliten die weitere Erhöhung eigener Verteidigungsausgaben in Frage stellen oder nicht nur Donald Trump, sondern zugleich die Vereinigten Staaten im Allgemeinen attackieren, so lässt sich dies in Polen nur schwer vermitteln. In Deutschland müsste darüber nachgedacht werden, wie die eigenen sicherheitspolitischen Vorstellungen so vermittelt werden können, dass sie mehrheitsfähig sind. Deshalb sind auch an dieser Stelle Informations- und Bildungsangebote erforderlich, um die divergierenden Sichtweisen den Nachbarn zu vermitteln. Und auch den Polen stünde es gut an, Deutschland nicht per se negative Absichten zu unterstellen; etwa in der Form, Deutschland strebe einzig nach dem Ausbau der eigenen Macht auf Kosten des Einflusses der USA. Vielmehr sollten die Polen ihrerseits deutsche Zweifel ernst nehmen und diesen mit sachlichen Argumenten begegnen. Denn sowohl die Gesellschaften als auch die Regierungen beider Länder schauen in Fragen der globalen Sicherheit letztlich in die gleiche Richtung – wenngleich aus verschiedenen Perspektiven.

Zusammenfassung

Wieder einmal zeigen die Ergebnisse des Deutsch-Polnischen Barometers, dass Deutsche und Polen vieles miteinander verbindet. Auch wenn verschiedene Perspektiven und unterschiedliche geschichtliche Erfahrungen dazu führen, dass so manches Thema anders bewertet wird, so ist doch in vielen Bereichen eine erfreuliche Nähe zu konstatieren. So lässt sich hier durchaus von einer gemeinsamen Grundrichtung sprechen. Eine positive Darstellung der Chancen und die Suche nach Gemeinsamkeiten liegen im Interesse beider Länder, sowohl in ihren bilateralen Beziehungen als auch in ihrer gemeinsamen Verantwortung als Mitglieder der Europäischen Union. Aber auch das Trennende darf nicht verschwiegen werden – etwa die unterschiedliche Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten. Hier gilt es vor allem, Offenheit im Dialog zu zeigen und Ursachen zu verstehen, anstatt sich gegenseitig mit Vorwürfen zu überschütten. Wiederholt gilt es auch hier auf die Notwendigkeit verstärkter Investitionen in Bildungs- und Begegnungsmöglichkeiten hinzuweisen, in Orte zu investieren, an denen man sich informieren sowie gemeinsam gegenseitige Standpunkte erläutern und diskutieren kann. Und schließlich hat, insbesondere vor dem Hintergrund der offenkundigen Unstimmigkeiten in den Bewertungen globaler Problemlagen, zugleich auch der Appell nicht an Aktualität eingebüßt, aneinander interessiert zu bleiben und einen sachorientierten, konstruktiven Dialog zu führen. Gerade angesichts globaler Herausforderungen und Gefahren gilt es umso mehr, in und als Europa zusammenzuhalten.



Dr. Agnieszka Łada – Direktorin des Europa-Programms und Senior Analyst am Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP). Promotion in Politikwissenschaft an der Universität Warschau. Studium der Politikwissenschaft in Warschau und Berlin sowie Aufbaustudium in Organisationspsychologie in Dortmund und Executive Master for Public Administration an der Hertie School of Governance. *Visiting fellow* am Brüsseler European Policy Centre (2011), *visiting research fellow* an der University of Sussex (2012), *visiting scholar* am Alfred von Oppenheim Centre for European Policy Studies, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (2013), *visiting researcher* bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin (2016/2017), Vorstandsvorsitzende der Policy Association for an Open Society PASOS (2011-2012), stv. Vorsitzende des Aufsichtsrates der Stiftung Kreisau für europäische Verständigung, Ratsmitglied des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (2011-2016), Mitglied der deutsch-polnischen Reflexionsgruppe bei den Außenministerien Polens und Deutschlands sowie der Kopernikus-Gruppe. Spezialisierung auf folgende Bereiche: Deutschland und deutsch-polnische Beziehungen, polnische Außen- und Europapolitik, Wahrnehmung Polens im Ausland bzw. der Ausländer in Polen, EU-Institutionen.

